

# **Die Landgemeinde Sende und ihr Gemeindevorsteher und Bürgermeister Johann Großerüschkamp 1919 – 1964: Kommunale Demokratie in turbulenten Zeiten**

## **1. Einleitung**

### **1.1. Motivation**

Das Jahr 1919 wird mit der Gründung der Weimarer Republik als Beginn der modernen Demokratie in Deutschland und Preußen gesehen. Im gleichen Jahr wird Johann Großerüschkamp, Großonkel des Autors, mit nur 30 Jahren zum Gemeindevorsteher der Landgemeinde Sende, Kreis Wiedenbrück, in der der Autor aufgewachsen ist, gewählt.<sup>1</sup>

Am 31. Dezember 1969 endet die Existenz der Gemeinde Sende durch das „*Gesetz zur Neugliederung des Kreises Wiedenbrück und von Teilen des Kreises Bielefeld vom 4. Dezember 1969*“. <sup>2</sup> Bis zum Jahr 1964 ist Großerüschkamp mit Unterbrechungen Gemeindevorsteher bzw. Bürgermeister von Sende, so dass er in den Epochen der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik Politik und Demokratie in der Gemeinde Sende und im zugehörigen Amt Verl mitgestaltet und erlebt hat. Aber auch das Verschwinden der Demokratie in der Zeit des Nationalsozialismus bleibt ihm nicht erspart. Es ist sicherlich recht ungewöhnlich, dass jemand über einen so langen Zeitraum und über drei sehr verschiedene Epochen Kommunalpolitik maßgeblich und erfolgreich prägt. Insbesondere hat er die Kommunalpolitik in den beiden demokratischen Epochen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik mitgestaltet.

Daher möchte sich der Autor auf den Weg durch die Zeit von Johann Großerüschkamp machen, um zu sehen, wie Demokratie in einer Landgemeinde in der Weimarer Republik funktionierte und am Ende scheiterte, in der NS-Zeit abgeschafft wurde und in der Bundesrepublik wiederauflebte. Dabei soll sowohl auf den Gemeindevorsteher und Bürgermeister Große-

---

<sup>1</sup> Jahrzehnte widmete er sich dem Allgemeinwohl, in: Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, 28.07.1969.

<sup>2</sup> Gesetz zur Neugliederung des Kreises Wiedenbrück und von Teilen des Kreises Bielefeld, [https://recht.nrw.de/lmi/owa/br\\_bes\\_text?sg=2&menu=0&bes\\_id=4044&aufgehoben=N&anw\\_nr=2](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?sg=2&menu=0&bes_id=4044&aufgehoben=N&anw_nr=2) (Zugriff vom 30.11.2020).

rüschkamp geschaut werden, als auch das Umfeld wie der Gemeinderat oder die Amtsvertretung und auch der Rahmen in Gestalt der Kommunalverfassung hinsichtlich ihrer Funktion und Veränderung mitbetrachtet werden.

Diese Arbeit entstand im Rahmen eines Seminars mit dem Thema „Forschendes Lernen – Demokratiegeschichte(n) vor Ort 1900 – 2000“ der Westfälischen Wilhelms-Universität vom Wintersemester 2019/2020 bis zum Sommersemester 2021. Aufgabe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war es, eigene Projekte zu entwickeln, um an Beispielen etwa aus ihren Heimatorten durch selbständige Forschung aufzuzeigen, wie Demokratie gestaltet und gelebt wird, funktioniert oder auch scheitert. Die Teilnehmer verständigten sich darauf, alle Arbeiten unter das Leitthema „Demokratie: ein ständiger Auftrag und Lernprozess“ zu stellen.

Wenn jemand wie Großerüschkamp über 45 Jahre erfolgreich als Gemeindevorsteher bzw. Bürgermeister einer Landgemeinde gewählt wird und tätig ist, dann ist das sicherlich nur möglich, indem er immer wieder selber dazu lernt, die jeweiligen Herausforderungen zur Zufriedenheit seiner Mitbürger zu bewältigen. Aber auch andere Akteure wie Gemeindeverordnete, Gemeinderäte oder Amtsvertreter bis hin zu Wählerinnen und Wählern müssen im Umgang mit der Demokratie immer wieder dazulernen, wie sich zeigen wird.

Vor dem Hintergrund dieses Leitthemas ergeben sich die folgenden Fragen:

1. Wie haben strukturelle Veränderungen durch die Kommunalverfassung und -gesetzgebung, wie etwa der Wahlgesetzgebung, zur Entwicklung der kommunalen Demokratie in Sende beigetragen?
2. Wie haben sich wichtige Akteure, wie die Gemeinde- und Amtsverordneten bzw. -vertreter, im Umgang mit der Demokratie verhalten?
3. Was war Großerüschkamps Verständnis von Demokratie und was hat ihn gerade in verschiedenen demokratischen Epochen erfolgreich gemacht?

Mit der Beantwortung dieser Fragen ergibt sich letztlich zumindest eine teilweise Beantwortung der Frage, wie der ständige Auftrag und Lernprozess der Demokratie in einer Landgemeinde wie Sende abgelaufen sind. Die Dokumentenlage in einer Landgemeinde ist nicht sehr umfassend wie etwa in den großen Städten, so dass sich letztlich am Ende nur ein teilweises Bild des Lernprozesses Demokratie zwischen 1919 und 1964 ergibt.

## **1.2. Stand der Informationen**

Johann Großerüschkamp hat selbst gemäß Auskunft seiner Adoptivtochter keinen persönlichen Nachlass hinterlassen, und es gibt nur sehr wenige Dokumente, die direkt von ihm verfasst wurden und Informationen zu seiner Person enthalten. Dieses sind der persönliche

Fragebogen in der Entnazifizierungsakte und ein eigenes Anschreiben an den Entnazifizierungsausschuss. Diese Dokumente sind im Landesarchiv NRW vorhanden.

Neben der Entnazifizierungsakte ist im Landesarchiv NRW die Ordensakte zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1963 vorhanden, wo das Vorschlagsschreiben des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Sender Gemeinderat, Josef Brinkord, einen wichtigen biografischer Überblick eines Zeitzeugen gibt.

Die wichtigste Quelle zur Kommunalpolitik in der Gemeinde Sende und im Amt Verl sind die Sitzungsprotokolle der Gemeindevertretung Sende und der Amtsvertretung Verl, die im Stadtarchiv Verl vorliegen. Allerdings sind diese oft reine Ergebnisprotokolle und daher nicht immer ergiebig für das Verständnis von Zusammenhängen. Einige Protokollabschriften liegen auch im Kreisarchiv Gütersloh vor.

Für Wahlinformationen, wie Wahlergebnisse und Zusammensetzung des Gemeinderates oder der Amtsvertretung, wird ein Dokument des früheren Verler Gemeindeverwaltungsleiters Josef Freise herangezogen, in dem er die vorhandenen Informationen zu Wahlen im Amt Verl zwischen 1919 und 1969, soweit bekannt, zusammengetragen hat. Dieses Dokument ist ebenfalls im Stadtarchiv Verl vorhanden.

Weiterhin werden Zeitungsartikel der Tageszeitung „Die Glocke“ genutzt, die in der Gemeinde Sende in der genannten Zeit als katholische Tageszeitung hauptsächlich gelesen wurde. Ab dem Jahr 1952 stehen diese im Zeitungs- und Pressearchiv der Universitätsbibliothek der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster zur Verfügung. Die Jahrgänge 1927 bis 1935 stehen nur in Auszügen online im Zeitungsportal NRW bereit. Auch der Holterdorf-Verlag in Oelde hat seine Zeitungen archiviert. Wegen der Corona-Pandemie war ab März 2020 bis zum Abschluss dieser Arbeit ein Zugriff auf dieses Archiv nicht möglich. Daher war eine wichtige Quelle gerade aus der Zeit zwischen 1919 und 1952 nur sehr unvollständig zugänglich. Bei Vorliegen weiterer Zeitungsartikel kann diese Arbeit möglicherweise weiter vervollständigt werden. Gerade die Zeitungsartikel geben aber wichtige Hinweise auf Zusammenhänge und Hintergrundinformationen.

Eine gute Quelle insbesondere für Statistikdaten für den betrachteten Zeitraum der Arbeit ist das 1959 veröffentlichte Gutachten zur sozialen und ökonomischen Struktur des Raumes Wiedenbrück-Nordost - zu diesem Raum gehörten auch das Amt Verl mit der Gemeinde Sende - vom Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.) . Für verschiedene Hintergrundinformationen erweist sich das Heimat-Jahrbuch des Kreises Gütersloh mit einigen Artikeln als gute Quelle.

Da Großeruschkamp kein großer Redner oder Schreiber war, ist es erforderlich, anhand der vorhandenen Quellen möglichst viele Informationen über sein politisches Wirken und die

damaligen kommunalen Verhältnisse herzuführen. Daneben wird für Hintergrundinformationen auf verschiedene im Literaturverzeichnis gelistete Informationen zurückgegriffen.

### **1.3. Überblick**

Im zweiten Kapitel wird zunächst die Gemeinde Sende mit Hintergrundinformationen zur sozialen, religiösen und politischen Struktur vorgestellt. Auch auf die Lebensverhältnisse am Anfang des 20. Jahrhunderts sowie die Besonderheiten des Ortsteils Eckardsheim wird kurz eingegangen.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Biographie Großerüschkamps. Diese beiden Kapitel liefern zwei Hintergrundbilder, vor denen die weiteren Kapitel zu verstehen sind.

Das vierte Kapitel handelt zunächst von den Kommunalwahlen 1919, dann aber auch von der Wahl der Amtsverordneten und schließlich der Neuwahl der Gemeindevorsteher im Herbst 1919, bei der Großerüschkamp zum ersten Mal zum Gemeindevorsteher gewählt wird. Anschließend wird auf die damalige Rolle des Gemeindevorstehers eingegangen.

Es folgt das fünfte Kapitel mit der Zeit der Weimarer Republik. Hier geht es zunächst darum, aufzuzeigen, dass sich die politische Situation in Sende erheblich von den übrigen Gemeinden des Amtes Verl unterscheidet und von daher auch Rückwirkungen auf die Kommunalpolitik hat. Ein weiteres Thema sind der Rücktritt und die Wiederwahl Großerüschkamps sowie die Wahlen insbesondere im Amt Verl am Ende der Weimarer Republik, wo noch immer freie Wählerlisten und keine Parteilisten eine Rolle spielen.

Es folgt das sechste Kapitel mit der Zeit des Nationalsozialismus. Hier wird zunächst die politische Situation in Sende am Anfang dieser Zeit erläutert, dann aber auch der Umgang mit dem SPD-Gemeindevorordneten Große in der Gemeindevertretung und Großerüschkamps Beitritt zur NSDAP. Es folgen Informationen zu einem Vorfall in der Gauamtsschule für Kommunalpolitik in Porta, wo sich Großerüschkamp mit den Nationalsozialisten anlegt, sowie ein Abschnitt über die Kriegszeit.

Das siebte Kapitel beschäftigt sich mit der Nachkriegszeit und Großerüschkamps Entnazifizierungsverfahren, das ihn letztendlich vollständig entlastete.

Im achten Kapitel geht es um die Rückkehr von Großerüschkamp in die Kommunalpolitik ab 1952 und die Entwicklung neuer demokratischer Formen etwa im Schulwesen, die auch Rückwirkungen auf die Gemeindepolitik haben.

Von 1956 bis 1961 war Großrüschkamp Amtsbürgermeister des Amtes Verl. Mit dieser Zeit, aus der auch eine Rede von Großrüschkamp stammt, die gute Rückschlüsse auf sein Demokratieverständnis zulässt, beschäftigt sich das neunte Kapitel.

Letztlich kommt es 1969, als Großrüschkamp nicht mehr Bürgermeister ist, zur Auflösung der Gemeinde Sende im Rahmen der kommunalen Neugliederung in NRW. Die Blaupause für diese Auflösung wurde bereits 1958 in einem Strukturgutachten gelegt. Mit dem Umgang mit diesem Strukturgutachten durch Rat und Bürgermeister beschäftigt sich das zehnte Kapitel.

Das elfte Kapitel geht auf die öffentliche Anerkennung Großrüschkamps ein, bevor sich das zwölfte Kapitel mit einer Bewertung und der Beantwortung der oben gestellten Fragen beschäftigt.

## **2. Die Landgemeinde Sende**

Da es die Gemeinde Sende seit nunmehr über 50 Jahren nicht mehr gibt, ist es sicherlich wichtig, der Leserschaft einige Hintergrundinformationen zur früheren Gemeinde zu geben. Die Gemeinde Sende lag im nordöstlichen Teil des früheren Kreises Wiedenbrück, heute Kreis Gütersloh, in Ostwestfalen und ist nicht mit der noch bestehenden Gemeinde Senden im Kreis Coesfeld im Münsterland zu verwechseln.<sup>3</sup>

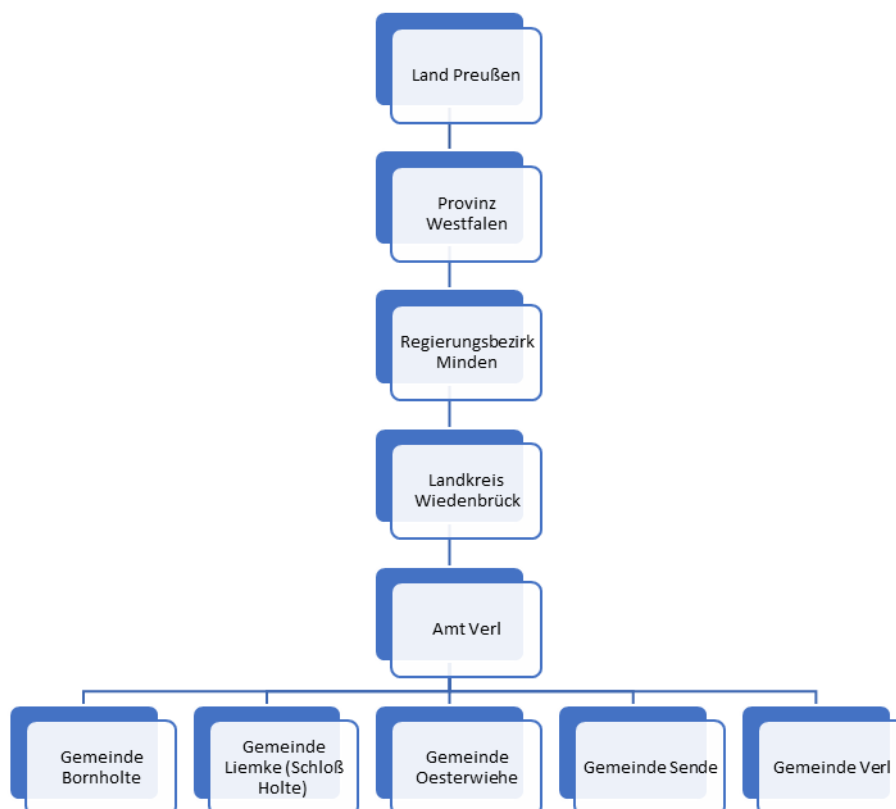
Wie Friedrich Adämmer und Udo Graffunder berichten, gehörte vor dem Wiener Kongress Sende zur Grafschaft Rietberg, die ab 1815 mit dem Amt Reckenberg und der Herrschaft Rheda an Preußen fiel.<sup>4</sup> Daraus wurde dann der Kreis Wiedenbrück gebildet. Nachdem 1838 die fünf Gemeinden Verl, Bornholte, Sende, Liemke (später Schloß Holte) und Oesterwiehe ihren Kantonssitz in Verl erhielten, bildeten die Gemeinden am 16. Mai 1843 auf Grund der preußischen Landgemeindeordnung vom 31. Oktober 1841 das „Amt Verl“ als Verwaltungsgemeinschaft. Die Amtsverwaltung befand sich ab 1861 in Verl.

Die folgende Abbildung zeigt die für die Gemeinde Sende relevante Verwaltungshierarchie im Amt Verl ab 1843, wobei für die Gemeindepolitik die Ebenen der Gemeinde und des Amtes wesentlich sind, während die darüber liegenden Einheiten eher für Vorgaben und Kontrolle zuständig sind.

---

<sup>3</sup> <https://www.senden-westfalen.de/de/startseite> (Zugriff 18.01.2021).

<sup>4</sup> Adämmer, Friedrich, Graffunder, Udo: VERL, eine Gemeinde mit Zukunft, Gütersloh, 1978, S. 22.



**Abbildung 1: Landgemeinde Sende in der Preußischen Verwaltungsstruktur bis 1945**

Diese Struktur blieb im Wesentlichen bis 1945 erhalten, so dass sie auch für die Betrachtung der Zeit von 1919 bis 1964 relevant ist. Allerdings wurde nach 1945 der Kreis Wiedenbrück dem Regierungsbezirk Detmold und dieser dem Land Nordrhein-Westfalen zugeordnet, die Provinz Westfalen entfiel.

Die gültige Gemeindeverfassung für das Amt Verl und die Landgemeinde Sende ab 1919 ist die Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856, die laut Wolfgang Lesch bis 1933 gültig bleibt.<sup>5</sup> Im Zusammenspiel mit ergänzenden Gesetzen und Erlassen bestimmt sie bis 1933 die Spielregeln der Arbeit von Johann Großerüschkamp als Gemeindevorsteher.

Laut Landgemeindeordnung handelt es sich bei dem Amt um einen staatlichen Verwaltungsbezirk, der sich aus Landgemeinden zusammensetzt.<sup>6</sup> Dem Amt steht ein staatlicher Beamter vor, der Amtmann, der auf Grund der jeweiligen Kommunalverfassungen ab 1927 als Amtsbürgermeister und in der Bundesrepublik als Amtsdirektor bezeichnet wird. Analog

<sup>5</sup> Lesch, Wolfgang: Die Verwaltung der Provinz Westfalen, 1815 – 1945, Struktur und Organisation, Münster, 1993, S. 215.

<sup>6</sup> Freitag, Werner: Amtmann und Dorfgesellschaft in Westfalen um 1900, in: Westfälische Zeitschrift 169, 2019, S. 75-96, S. 76.

zur Gemeindevertretung wird das Amt in seinen Kommunal-Angelegenheiten durch die Amtsversammlung vertreten, die aus mindestens je einem durch die Gemeindevertretung der verbundenen Gemeinden zu wählenden Amtsverordneten, deren Gemeindevorstehern und dem Amtmann als Vorsitzenden besteht.<sup>7</sup> Die Mitglieder der Amtsversammlung werden als Amtsverordnete bezeichnet, später in der Bundesrepublik als Amtsvertreter.

Flächenmäßig war die Gemeinde Sende mit ca. 24 km<sup>2</sup> nach Liemke (später Schloß Holte) mit ca. 26 km<sup>2</sup> die zweitgrößte Gemeinde im Amt Verl.<sup>8</sup> Auch von der Einwohnerzahl war Sende bis 1933 mit 2.919 Einwohnern im Vergleich zu Liemke mit 3.567 Einwohnern die zweitgrößte Gemeinde des Amtes. Nach 1933 wurde Sende durch Verl überholt. In Sende wuchs die Einwohnerzahl zwischen 1925 und 1957 von 2.713 auf 4.117.

Wie sahen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Landgemeinde Sende am Anfang des 20. Jahrhunderts, insbesondere 1919 aus, als Johann Großrüschkamp zum Gemeindevorsteher gewählt wurde? Eine zeitgenaue einfache Antwort für 1919 findet sich natürlich nicht. Es gibt aber aus dem Jahr 1905 ein Schreiben des Verler Amtmanns Adolf Rohden an den Landrat von Wiedenbrück, Wilhelm Engelhard, aus dem eine Reihe von Informationen über die Verhältnisse im Amt Verl und den zugehörigen Gemeinden, somit also auch Sende, hergeleitet werden können.<sup>9</sup>

Zunächst einmal geht Adolf Rohden auf die Siedlungsform ein, indem er mitteilt, dass im hiesigen Amtsbezirk nur zwei geschlossene Dörfer vorhanden seien, nämlich Verl und Kaunitz. „Die übrigen Wohnungen liegen sämtlich zerstreut und isoliert.“<sup>10</sup> Die Gemeinde Sende ist also eine großflächige Streusiedlung ohne einen zentralen Ortskern. 1905 leben 2.124 Menschen in Sende, bis 1925 ist die Zahl auf 2.719 gewachsen, so dass nur eine dünne Besiedlung vorhanden ist.<sup>11</sup>

Weiterhin schreibt Rhoden zum Hausbau:

---

<sup>7</sup> Siehe § 75 der Westfälischen Landgemeindeordnung vom 19. März 1856, Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856, <http://www.verfassungen.de/nrw/westfalen/> (Zugriff vom 22.12.2020).

<sup>8</sup> Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.): Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost, Münster (Westf.), 1959, Tabelle 1, Tabelle 2.

<sup>9</sup> Kröning, Annette : „Bevölkerung mit agilem, lebhaftem Charakter“, Heimat-Jahrbuch Kreis Gütersloh, 2020, S.26 – 35. Hier findet sich ein Abdruck des Schreibens von Alfred Rohden, der als Grundlage für diese Arbeit genutzt wird.

<sup>10</sup> Kröning: „Bevölkerung mit agilem, lebhaftem Charakter“, S. 32.

<sup>11</sup> Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.): Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost, Tabelle 2.

*„Die übrigen, zerstreut und isoliert liegenden Gebäude in den Landgemeinden sind zum Teil alte Bauernhäuser, zum Teil sogenannte Köttereien ... . Die alten Bauernhäuser haben fast sämtlich dieselbe Gestalt und Einrichtung: Sie sind einstöckig, in Fachwerk, aus Eichenholz erbaut mit weiß getünchten [sic], geflochtenen Lehmwänden, oder mit Ziegeln ausgemauert, haben ein großes mit roten Ziegeln gedecktes Dach, welches weit über die Außenwände hinwegragt.“<sup>12</sup>*

Man kann daraus schließen, dass viele Häuser relativ einfach gehalten und älteren Datums sind. Sie sind sicherlich nicht mit unseren modernen Häusern vergleichbar.

Aber auch eine Bemerkung zu Sozialstruktur findet man bei Rhoden:

*„Es hat sich im hiesigen Amtsbezirke, der zu der früheren Grafschaft Rietberg gehörte, die aus jener Zeit stammende Klasseneinteilung der Landbevölkerung nach der Größe des Grundbesitzes weiter erhalten.“<sup>13</sup>*

Offensichtlich herrscht noch immer ein gewisses Denken in diesen Kategorien bei der Mehrheit der Bevölkerung vor. Er berichtet weiter, dass die Gegend in der Mitte des 19. Jahrhunderts unter großer Armut litt, diese aber durch Wanderung der Arbeiter in Ziegeleien und Industrieregionen während des Sommers und Verbesserungen in der Landwirtschaft mittlerweile überwunden sei. Er schreibt dazu weiter:

*„Da die Ziegler [gemeint sind Wanderarbeiter, d. Verf.] im Sommer recht lohnende Arbeit finden und nebenbei die meisten für den Unterhalt ihrer Familien notwendigen Lebensmittel auf ihren gepachteten oder eigenen Ländereien ziehen, und da ferner auch die Landwirtschaft infolge der rationelleren Bewirtschaftung des Bodens, besonders auch infolge stets zunehmender Anwendung von künstlichen Düngemittel in Verbindung mit Gründüngung größere Erträge ergibt, als früher, so ist in hiesiger, früher mit Recht als arm verschriener Gegend jetzt die wirtschaftliche Lage der gesamten Bevölkerung eine sehr viel bessere geworden und läßt bei dem Fleiß und der Betriebsamkeit derselben und wegen der in neueren Jahren durch Chaussee- und Eisenbahnbauten geschaffenen besseren Verkehrsmittel ein weiteres Steigen erhoffen.“<sup>14</sup>*

Die Zunahme der Bevölkerung zwischen 1905 und 1925 (siehe oben) hat Alfred Rohdens positive Prognose bestätigt. Wichtig ist auch der Hinweis auf den Fleiß und die Betriebsam-

---

<sup>12</sup> Kröning: „Bevölkerung mit agilem, lebhaftem Charakter“, S. 32.

<sup>13</sup> Kröning: „Bevölkerung mit agilem, lebhaftem Charakter“, S. 32.

<sup>14</sup> Kröning: „Bevölkerung mit agilem, lebhaftem Charakter“, S. 33.



keit der Menschen, eben auch in der Gemeinde Sende, der natürlich zur Überwindung der Armut und weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse führen wird.

So stieg auch die Zahl der Industriebetriebe in der Nachbargemeinde Liemke zwischen 1900 und 1930 um acht Betriebe, und die Industrialisierung in den Städten Bielefeld und Brackwede schritt voran, wodurch aus den Wanderarbeitern Arbeiter in den dortigen Industriebetrieben wurden.<sup>15</sup>

Die Grafschaft Rietberg war katholisch, so dass auch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein die Bevölkerung der Gemeinden des Amtes Verl in Gesamtheit zu fast 90% katholisch ist. Zahlen aus dem Jahre 1939 belegen, dass in Verl 95,8 %, in Bornholte 97,6 %, in Oesterwiehe 99,5 % und in Liemke 93,7 % der Bevölkerung katholisch sind, während es in Sende über die ganze Gemeinde nur 64,6 % sind.<sup>16</sup> Diese im Vergleich niedrigere Zahl lässt sich durch den Ortsteil Eckardtsheim erklären, denn ohne Eckardtsheim läge der Wert sicherlich ähnlich hoch wie in den übrigen Gemeinden.

Zur Gründung einer landwirtschaftlichen Kolonie für Arbeitslose erwarb Ende des 19. Jahrhunderts der Leiter der Anstalt für Epileptische in Bethel, Pastor Friedrich von Bodelschwingh d. Ä., in der Senne drei zusammenhängende Höfe mit insgesamt 125 ha Land.<sup>17</sup> Am 22. März 1882 schickte von Bodelschwingh einen Diakon und 18 arbeitsfähige Männer zur Instandsetzung zu einem der Höfe, um die Gebäude für die Aufnahme verarmter Arbeitsloser vorzubereiten. Hieraus entstand in den folgenden Jahrzehnten die Teilanstalt Eckardtsheim der von Bodelschwinghschen Anstalten mit weiteren Einrichtungen, die sich über die damaligen Gemeinden Sende, Senne I und Senne II erstreckt.<sup>18</sup> Hier siedelten sich in diesem Rahmen auch Mitarbeiter der Anstalten, Handwerker und Einzelhändler an, so dass die Bewohner dieses Bereiches im Wesentlichen den Teil der evangelischen Christen in der Gemeinde Sende ausmachen.

Die ganze Gemeinde Sende gehört zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur katholischen Pfarrei Verl. Wegen der langen Wege aus dem östlichen Teil zur Verler Kirche, mindestens 1,5 Stunden zu Fuß, wird 1903 auf Wunsch der Gläubigen mit dem Bau des Vorläufers der heu-

---

<sup>15</sup> Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.): Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost, S. 21.

<sup>16</sup> Stadtarchiv Verl, Kleine Erwerbungen 52, Freise, Josef: Verl von A - Z, Schreiben des Meldeamtes Verl an das Finanzamt Wiedenbrück vom 23.10.1950.

<sup>17</sup> Türpitz, Helmut; Schmuhl, Hans-Walter: Von der Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf in der Senne zur Zweiganstalt Eckardtsheim (1882 bis 1914), in: Benad, Matthias u. a. (Hgg.): Bethel -Eckardtsheim, Stuttgart, 2006, S. 428-437, S. 431.

<sup>18</sup> Benad, Matthias; Schmuhl, Hans-Walter: Einleitung, in: Benad, Matthias u. a. (Hgg.): Bethel - Eckardtsheim, Stuttgart, 2006, S. 19-35, S. 30.

tigen St. Heinrich Kirche im Osten der Gemeinde begonnen.<sup>19</sup> Die Kirche wird 1904 geweiht und bleibt bis zum 31.12.1960 Filialkirche der Pfarrei Verl. Die Bewohner des westlichen Teils der Gemeinde bleiben weiter der Verler Pfarrkirche zugeordnet.

Hinsichtlich der Religionszugehörigkeit muss man sich Sende zu einem größeren Teil sehr stark katholisch und zu einen kleineren Teil sehr stark protestantisch geprägt vorstellen. Johann Großerüschkamp gehört zum stark katholisch geprägten Teil der Gemeinde, nämlich zur St. Heinrich Kirche.

Geschäfte wie z. B. Bäckereien sind über den Ort verteilt, so findet sich seit 1901 an der Gabelung der Straße aus Richtung Verl nach Schloß Holte und Bielefeld in der Mitte der Gemeinde die Bäckerei Helfberend.<sup>20</sup> Auch eine Gastwirtschaft, die Friedenslinde, in der auch häufiger der Gemeinderat tagt, existiert bis heute hier. Diese wenigen Einrichtungen bilden aber noch kein dörfliches Zentrum der Gemeinde.

Hinsichtlich der Schulsituation in Sende liegen verlässliche Daten aus dem Jahre 1957 vor.<sup>21</sup> Die Gemeinde Sende hat insgesamt fünf Schulen verteilt über die Gemeinde. *„Die Abgrenzung der einzelnen Schulbezirke ist nach tragbaren Entfernungen bemessen und beruht damit auf den örtlichen Besiedlungsverhältnissen.“* Im Jahre 1957 gibt es noch zwei einklassige Schulen und eine Schule mit zwei Klassen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Johann Großerüschkamp 1919 zum Gemeindevorsteher einer dünn und verstreut besiedelten, sehr landwirtschaftlich geprägten, katholischen Landgemeinde mit einem protestantischen Anhang gewählt wird, die die große Armut aus der Mitte des vorherigen Jahrhunderts überwunden hat und von mittlerweile verbesserter Infrastruktur sowohl innerhalb der Gemeinde wie auch im Umfeld profitieren kann. Auch die Landwirtschaft erzielt durch Kunstdünger und verbesserte Anbaumethoden höhere Erträge als noch einige Jahrzehnte zuvor. Die Lebensverhältnisse sind insgesamt recht einfach.

---

<sup>19</sup> Christophliemke J. u. W. (Hgg.): 100 Jahre St. Heinrich Sende 1904 – 2004, Festschrift zum Weihejubiläum, Schloß Holte-Stukenbrock, 2004, Abschnitt: Vom Wachsen und Werden der St.-Heinrich-Gemeinde.

<sup>20</sup> Abschied vom Familienbetrieb nach 50 Jahren, in: Die Glocke online, 19.12.2015, <https://www.die-glocke.de/lokalnachrichten/kreisguetersloh/verl/Abschied-vom-Familienbetrieb-nach-50-Jahren-9f2f55a3-8984-4d4b-b25c-e36a466ce8be-ds> (Zugriff 16.02.2021)

<sup>21</sup> Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.): Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost, S. 44.

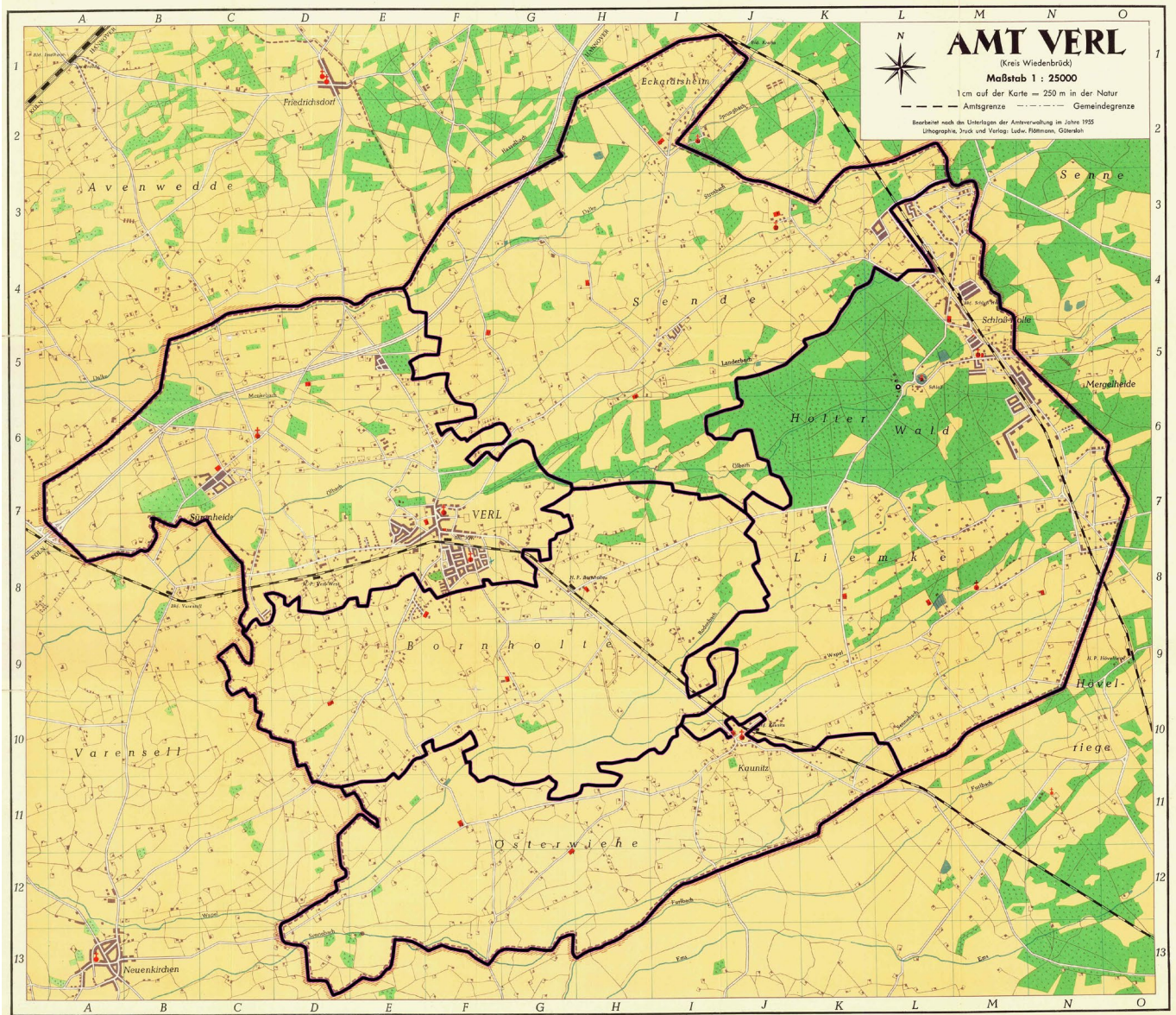


Abbildung 1 Das Amt Verl mit seinen Gemeinden <sup>22</sup>

<sup>22</sup> Karte des Amtes Verl mit seinen Gemeinden aus dem Jahr 1955, Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Flöttmann Verlag GmbH Gütersloh

### 3. Gemeindevorsteher und Bürgermeister Johann Großerüschkamp 1889 bis 1974

Für ein Verständnis des politischen Engagements von Johann Großerüschkamp ist es erforderlich, sich auch mit seiner Person auseinander zu setzen. Er wird am 28. Juli 1889 als Sohn von Heinrich Große-Rüschkamp und seiner Frau Maria Theresia geb. Elbracht-Hülseweh geboren<sup>23</sup>. Sein Vater hat 1881 in Sende die Wintershöfe Sende 37 und Sende 38 gekauft. Daher haben seine Nachfahren im Volksmund auch den Beinamen „Winters“.

Sowohl Johann Großerüschkamp wie auch sein jüngerer Bruder Josef weichen in der Schreibweise ihres Nachnamens von der des Vaters ab, indem sie den Namen in einem Wort ohne Bindestrich schreiben. Es gibt die Vermutung, dass sie sich damit von anderen Familienlinien abgrenzen wollen. Johann hat insgesamt sieben Geschwister, zwei ältere Brüder und eine ältere Schwester, einen jüngeren Bruder, Josef, und drei jüngere Schwestern. Sein älterer Bruder Ferdinand fällt bereits im November 1914 im ersten Weltkrieg in Frankreich, der andere ältere Bruder verstirbt im Kindesalter. Weitere biografische Informationen finden sich in den persönlichen Angaben des Fragebogens zur Entnazifizierung.<sup>24</sup>

Johann Großerüschkamp besucht von 1895 bis 1903 die Volksschule in Sende, die Elbracht-Schule. Danach arbeitet er von 1903 bis 1907 für vier Jahre bei seinem Vater in der Landwirtschaft. Von 1907 bis 1908 besucht er die Landwirtschafts-Schule Warburg, bevor er dann wieder für ein Jahr von 1908 bis 1909 bei seinem Vater beschäftigt ist. Es folgen von 1909 bis 1911 zwei Jahre Militärdienst beim Feldartillerie-Regiment 58 in Minden, dann zwei weitere Jahre Tätigkeit bei seinem Vater, bevor er von 1913 bis 1914 für ein Jahr in Seppenrade bei Lüdinghausen als „*Eleve in der Landwirtschaft*“ beschäftigt ist.<sup>25</sup> Hintergrund dieser Zeit in Seppenrade ist der folgende, von der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe zur Ausbildung junger Landwirte vertretene Gedanke:

*„Seit jeher hat der Bauernstand die Auffassung vertreten, daß der Hoferbe seine beruflichen Kenntnisse und sein Wissen und Können nicht nur auf dem elterlichen Betriebe erwerben kann. Es war daher Sitte und Brauch, wenigstens 1 Jahr „auszuwoh-*

---

<sup>23</sup> Stadtarchiv Verl Sammlung kleine Erwerbungen 3, Großerüschkamp, Johannes: Rüschkamp Großerüschkamp Hofbesitzer in Sende 1662 – 1999, Verl, 1999, S. 4, 30. Johannes Großerüschkamp ist ein Neffe von Johann Großerüschkamp

<sup>24</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung, Fragebogen S. 4.

<sup>25</sup> Johann Großerüschkamp Entnazifizierung, Fragebogen S. 4.

*nen“, d. h. 1 Jahr auf einem besonders guten Hofe bei einem erfolgreichen Landwirt abzuleisten.“<sup>26</sup>*

Insbesondere durch den Besuch der Landwirtschafts-Schule Warburg und die einjährige Tätigkeit außerhalb hat Großerüschkamp beruflich für die damaligen Verhältnisse eine gute Ausbildung erhalten.

Von 1914 bis 1918 ist Großerüschkamp Soldat im Ersten Weltkrieg. Als Gefreiter des 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments nimmt Johann Großerüschkamp ab dem 3. Tag der Mobilmachung bis zu seiner Verwundung im Juni 1918 in Frankreich und Russland am Ersten Weltkrieg teil.<sup>27</sup> Er wird laut im Bundesarchiv aufbewahrten Krankenbuch am 3. Juni 1918 in Frankreich - als Ort wird Soissons angegeben - am linken Oberschenkel so schwer verletzt, dass eine Amputation erfolgt.<sup>28</sup> Aus diesen Unterlagen ist zudem ersichtlich, dass er am 13. August 1918 aus dem bayerischen Vereins-Lazarett Aschaffenburg kommend im Vereins-Lazarett Bethel Gadderbaum-Bielefeld aufgenommen wird. Er ist also wieder in der Heimat angekommen.

Ab 1918 ist er als selbständiger Landwirt tätig. Er bewirtschaftet den vom Vater ererbten Hof Sende 37, später Sende, Buschweg 110, heute Schloß Holte-Stukenbrock, Buschweg 110, mit einer Größe von 15 ha.

In der Aufstellung aus dem Jahre 1956 zur sozialen und ökonomischen Struktur des Raumes Wiedenbrück-Nordost findet sich eine Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößen in der Gemeinde Sende.<sup>29</sup> Danach gehört der Betrieb mit 15 ha zu den 20 % der größten landwirtschaftlichen Betriebe in der Gemeinde. Diese Betriebsgrößenverteilung wird auch in der Zeit ab 1919 ähnlich gewesen sein, so dass wir Johann Großerüschkamp von seiner sozialen Eingruppierung zur Gruppe der eher größeren Bauern in der Gemeinde zählen können. Das war sicherlich eine gute Voraussetzung für eine hohe Akzeptanz in der stark landwirtschaftlich geprägten Gemeinde Sende.

Gleich zu Beginn des Entnazifizierungs-Fragebogens finden sich einige Daten zu seiner körperlichen Konstitution. Er gibt seine Größe mit 1,70 m und sein Gewicht mit 65 kg an, ver-

---

<sup>26</sup> Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe (Hg.): Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe -Entwicklung und Aufgaben der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Münster, 1960, S. 202.

<sup>27</sup> Jahrzehnte widmete er sich dem Allgemeinwohl, und: Johann Großerüschkamp Entnazifizierung, Fragebogen, S. 11.

<sup>28</sup> Bundesarchiv Berlin, Bundesarchiv/Krankenbuchlager B 578/13172, Seite 139.

<sup>29</sup> Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.): Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost, S. 32.



weist auf seine graublauen Augen und sein blondes (graumeliertes) Haar. Weiterhin nennt er in diesem Rahmen die Amputation seines linken Oberschenkels als besonderes Merkmal. 1921 heiratet Johann Großerüschkamp Margaretha Heitkämper aus Sende, das Ehepaar adoptiert einen Sohn und eine Tochter.<sup>30</sup> Johann Großerüschkamp stirbt am 5. Mai 1974 im 85. Lebensjahr.<sup>31</sup>

Hinsichtlich seiner politischen Ausrichtung kann man nur indirekte Rückschlüsse ziehen. So gibt er im Entnazifizierungsfragebogen an, sowohl bei den Reichstagswahlen im November 1932 als auch im März 1933 das Zentrum gewählt zu haben.<sup>32</sup> Gleichzeitig gehört er der katholischen Kirche an. Von 1925 bis 1961 ist er Mitglied des Kirchenvorstandes der St. Heinrich Gemeinde Sende, seit 1929 stellvertretender Vorsitzender.<sup>33</sup> Ab 1952 ist er für die CDU Gemeindevertreter in der Gemeindevertretung Sende.<sup>34</sup> Er ist politisch im katholisch bzw. christlich konservativen Lager zu verorten.



Abbildung 3: Johann Großerüschkamp<sup>35</sup>

Johann Großerüschkamp hat in einem landwirtschaftlich geprägten Umfeld einen für die damalige Zeit üblichen beruflichen Werdegang genommen. Weiterhin hat er die Gräueltaten des

---

<sup>30</sup> Jahrzehnte widmete er sich dem Allgemeinwohl.

<sup>31</sup> Stadtarchiv Verl, Kleine Erwerbungen 52: Freise, Josef: Gemeinde Verl A- Z. Ein Lexikon.

<sup>32</sup> Johann Großerüschkamp Entnazifizierung, Fragebogen, S. 9, S. 2.

<sup>33</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW O Nr. 6259, Johann Großerüschkamp Ordensakte, Schreiben Josef Brinkord an den Regierungspräsidenten vom 23.1.1963. Als Beginn muss abweichend vom Schreiben Brinkords 1929 angenommen werden, da Großerüschkamp selber dieses Jahr in der Entnazifizierungsakte angibt.

<sup>34</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S.94.

<sup>35</sup> Foto Privatbesitz A. Lange Schloß Holte-Stukenbrock, Abdruck mit ihrer freundlichen Genehmigung

Ersten Weltkrieges miterlebt und ist schwer verwundet heimgekehrt. Aber es ist nicht erkennbar, dass er durch seine berufliche Ausbildung oder beim Militär besondere Führungskompetenz oder politisch administratives Wissen erworben hat. Sozial ist er durch seine Ausbildung und seinen eigenen Betrieb im bäuerlichen Umfeld angesiedelt und gehört zu den größeren Bauern. Politisch ist er im katholisch konservativen Bereich einzuordnen.

#### **4. Wahlen 1919 – Beginn der Weimarer Republik**

Das Jahr 1919 war sicherlich mit seinen Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919, der Wahl zur preußischen Landesversammlung am 26. Januar 1919 und den Kommunalwahlen am 2. März 1919 in heutiger Terminologie ein Superwahljahr in der Weimarer Republik. Zwei wirkliche Errungenschaften bei diesen Wahlen waren die Einführung des Frauenwahlrechts sowie des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts für alle Frauen und Männer. Daneben wurden in Westfalen im Herbst 1919 in allen Landgemeinden auch die Gemeindevorsteher neu gewählt. Bei dieser Wahl wird Johann Großrüschkamp erstmals mit 30 Jahren zum Gemeindevorsteher von Sende gewählt.

Es wird nachfolgend zunächst auf die Kommunalwahl in Sende eingegangen, weil hieraus der Rat, der Großrüschkamp wählt und mit dem er dann zusammenarbeiten muss, resultiert. Anschließend wird die Wahl der Gemeindevorsteher betrachtet, und es folgen noch Informationen zur Rolle des Gemeindevorstehers zur damaligen Zeit.

##### **4.1. Kommunalwahl in Sende 1919**

Bei der Kommunalwahl 1919<sup>36</sup> stehen in Sende vier Listen zur Wahl, wie sich aus der Veröffentlichung der Wahlvorschläge im Amt Verl vom 20. Februar 1919 in der Glocke ergibt.<sup>37</sup> Die vier Listen sind jeweils mit „Wahlvorschlag 1:“, „Wahlvorschlag 2:“ bis „Wahlvorschlag 4:“ betitelt. Es sind also Listen freier Wählervereinigungen wie in allen Gemeinden des Am-

---

<sup>36</sup> Zu den gesetzlichen Voraussetzungen und ihrer Umsetzung, dem Meinungsstreit zum Termin der Kommunalwahl in Preußen und die kommunalpolitischen Programme der Parteien siehe: Reininghaus, Wilfried : „Darum wählt!“ Die ersten demokratischen Kommunalwahlen in Westfalen und Lippe 1919, Münster, 2019, S. 27-38.

<sup>37</sup> Bekanntmachung der Wahlvorschläge für die am 2. März 1919 stattfindenden Wahlen für die Gemeindevertreter im Amt Verl, in: Die Glocke – Beckumer Volkszeitung, Warendorfer Tageblatt, Wiedenbrücker Zeitung, 20. 02.1919

tes Verl. Im Kreis Wiedenbrück waren nur in den Städten Gütersloh, Wiedenbrück, Rheda und Rietberg Parteilisten erfolgreich.<sup>38</sup>

In den Wahlvorschlägen sind neben den Namen der Kandidaten auch ihre Berufe und genauen Wohnorte verzeichnet. Aussagen zum politischen Programm sind nicht ersichtlich. Aus den Berufen kann man aber etwas zur Sozialstruktur herleiten. Wahlvorschlag 1 mit dem ersten Kandidaten Uphoff, einem Lehrer, beinhaltet einen Lehrer, drei Landwirte, drei Arbeiter und einen Ziegeleibesitzer. Auf dieser Liste steht auch an 5. Position der Landwirt Johann Großerüschkamp. Da die Liste aber nur ein Mandat erhält, wird er durch die Kommunalwahl nicht Mitglied der Gemeindevertretung. Reininghaus geht davon aus, dass die aufgestellten Kandidaten in ihrer Gemeinde bekannt waren.<sup>39</sup> So ist anzunehmen, dass auch Großerüschkamp in der Gemeinde Senden hinsichtlich seiner Einstellungen, Kenntnisse und Persönlichkeit bekannt ist.

Wahlvorschlag 2 mit dem ersten Kandidaten Hilgemann besteht aus zwei Hausvätern, der einzigen Kandidatin Frau Sanitätsrat Marta Frobenius auf Platz sieben, vier Handwerkern und einem Arbeiter. Die Hausväter sind Leiter von Häusern der von Bodelschwingschen Anstalten Bethel in der Zweiganstalt Eckardtsheim. Frau Frobenius ist die Ehefrau eines Arztes aus Eckardtsheim.<sup>40</sup> Da aber nur drei Kandidaten der Liste in den Rat einzogen, wurde Martha Frobenius nicht die erste Gemeindevertreterin in Senden. Die drei Kandidaten aus Eckardtsheim deuten auf eine lokale und damit konfessionelle Orientierung des Wahlvorschlags an diesen Ortsteil hin.

Der Wahlvorschlag 3 mit dem ersten Kandidaten Elbracht-Hülseweh besteht aus dem Gutsbesitzer Elbracht-Hülseweh, vier Landwirten, einem Heuerling, einem Handwerker und einem Mühlenbesitzer. Diese Liste ist mit 6 Kandidaten aus dem landwirtschaftlichen Bereich sehr stark landwirtschaftlich orientiert.

Der vierte Wahlvorschlag mit dem ersten Kandidaten Bökamp, einem Kötter, besteht aus zwei Köttern, zwei Landwirten, zwei Arbeitern und zwei Handwerkern. Diese Liste ist gemischt, aber eher in den niedrigeren Sozialstufen angesiedelt.

Eine Zuordnung zu Parteien kann aus den Berufen der Kandidaten nicht hergeleitet werden. Bei der Veröffentlichung der Wahlvorschläge wird auch noch mitgeteilt, dass die Vorschläge 1, 2 und 3 miteinander verbunden seien. Wie sich noch zeigen wird, spielt die Verbindung der Listen eine wichtige Rolle für die Mandatsverteilung.

---

<sup>38</sup> Renk, Heinz, Dr. Sagebiel, Martin: Monographie des Kreises Wiedenbrück- Männer der Verwaltung 1816 – 1974 von Schele bis Scheele, Gütersloh, 1972, S. 267

<sup>39</sup> Reininghaus, Wilfried: „Darum wählt!“ , 2019, S. 214.

<sup>40</sup> Huss, Annette: Über das Frauenwahlrecht im Amt Verl, Heimat-jahrbuch Kreis Gütersloh, 2020, S. 25



Nach einem Glocke-Bericht vom 10. März 1919 über die Wahlergebnisse sind 840 gültige Stimmen abgegeben worden.<sup>41</sup> Bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 gibt es 1.004 gültige Stimmen, damit sind es bei der Kommunalwahl 16,7 Prozent weniger.<sup>42</sup> Das Interesse an der Kommunalpolitik ist offenbar ein Stück geringer. Die Liste Bökamp erhält mit 271 Kreuzen die meisten Stimmen, es folgt die Liste Hilgemann mit 267 Stimmen, dann die Liste Elbracht-Hülseweh mit 161 und zuletzt die Liste Uphoff mit 141 Stimmen. Laut Glocke erhalten damit die Liste Hilgemann und Bökamp je drei Mandate, die Listen Elbracht-Hülseweh und Uphoff je 1 Mandat.<sup>43</sup> Beim Studium der Gemeinderatsprotokolle nach der Wahl fällt auf, dass im Gegensatz zur dargestellten Mandatsverteilung in der Glocke nur zwei Gemeindeverordnete der Liste Bökamp erscheinen, dafür aber auch zwei der Liste Elbracht-Hülseweh.<sup>44</sup> Die folgende Abbildung zeigt die Zusammensetzung des Rates auf der Basis des Sitzungsprotokolls vom 2. Mai 1919.

<b>Zusammensetzung des Rates der Gemeinde Sende nach der Wahl vom 2. März 1919 gemäß Sitzungsprotokoll vom 2.5.1919</b>			
		<b>Name der Gemeindeverordneten</b>	<b>Beruf der Gemeindeverordneten</b>
Wahlvorschlag 1		Uphoff	Lehrer
Wahlvorschlag 2		Hilgemann	Hausvater
		Wellenbrink	Anstreichermeister
		Weingärtner	Vorarbeiter
Wahlvorschlag 3		Elbracht-Hülseweh	Gutsbesitzer
		Fortkord	Heuerling
Wahlvorschlag 4		Bökamp	Kötter
		Reineke	Landwirt

**Tabelle 1: Mandatsverteilung der Gemeindeverordneten nach der Wahl 1919**<sup>45</sup>

<sup>41</sup> Ergebnis der Gemeinderatswahl in Sende am 2. März 1919, in: Die Glocke – Beckumer Volkszeitung, Warendorfer Tageblatt, Wiedenbrücker Zeitung, 10. 03.1919.

<sup>42</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S.55.

<sup>43</sup> Ergebnis der Gemeinderatswahl in Sende am 2. März 1919, in: Die Glocke – Beckumer Volkszeitung, Warendorfer Tageblatt, Wiedenbrücker Zeitung, 10. 03.1919.

<sup>44</sup> Stadtarchiv Verl PB A 20: Protokollbuch der Gemeinde Sende 1911 – 1920, S. 120.

<sup>45</sup> Die Tabelle beruht auf: Stadtarchiv Verl PB A 20: Protokollbuch der Gemeinde Sende 1911 – 1920, S. 120 und Bekanntmachung der Wahlvorschläge für die am 2. März 1919 stattfindenden Wahlen für die Gemeindever-treter im Amt Verl, in: Die Glocke – Beckumer Volkszeitung, Warendorfer Tageblatt, Wiedenbrücker Zeitung, 20. 02.1919.

Die Diskrepanz zwischen der Darstellung in der Glocke und den tatsächlichen Verhältnissen ergibt sich aus der Anwendung des d'Hondt-Verfahrens zur Mandatsverteilung und der Nutzung der Möglichkeit, in diesem Rahmen verbundene Listen als eine Liste zu bewerten.<sup>46</sup> Eine Verteilung auf die verbundenen Listen 1 bis 3 einerseits und die Liste Bökamp andererseits nach d'Hondt ergibt sechs Mandate für die verbundene Liste und zwei für die Liste Bökamp. Die anschließende Verteilung auf die drei Listen innerhalb der verbundenen Liste ebenfalls nach d'Hondt liefert dann drei Mandate für die Liste Hilgemann, zwei für die Liste Elbracht-Hülseweh und ein Mandat für die Liste Uphoff. Die Verbindung der drei Listen im Zusammenspiel mit dem d'Hondt-Verfahren führt dazu, dass die Liste mit den meisten Stimmen, die Liste Bökamp, gerade nicht die meisten Mandate bekommt.

Durch die Verbindung der Listen Hilgemann, Elbracht-Hülseweh und Uphoff gibt es im Gemeinderat mit 8 Gemeindevertretern eine Gruppe von 6 Mitgliedern, die eine sichere Mehrheit bilden kann.

Im Rahmen der Wahl 1919 kommt es zu einer Vergrößerung des Gemeinderates von 7 auf 8 Gemeindeverordnete, nur die Herren Hilgemann und Elbracht-Hülseweh aus dem vorherigen finden sich im neu gewählten Rat wieder.<sup>47</sup> Diese sind nur zwei der vorherigen Verordneten, hier hat hauptsächlich wohl das abgeschaffte Dreiklassenwahlrecht und zusätzlich das eingeführte Frauenwahlrecht eine deutliche Veränderung gebracht.

Man kann davon ausgehen, dass bei funktionierender Zusammenarbeit der drei verbundenen Listen der Gemeinderat gut arbeitsfähig ist. Bei der Betrachtung der Sozialstruktur der Gemeindevertretung fällt auf, dass die Landwirtschaft mit vier Personen gut vertreten ist, in der sozialen Spanne aber vom Heuerling bis zum Gutsbesitzer. Daneben sind weitere wichtige Berufsgruppen in den Personen eines Arbeiters, eines Handwerkers, eines Lehrers und eines Hausvaters aus Eckardtsheim vertreten. Insgesamt ist dieses sicherlich eine weit gespannte Struktur.

Schaut man sich allerdings die Protokolle des Gemeinderats Senden an, so ist bis 1969 keine Frau im Gemeinderat zu finden.<sup>48</sup> Der Umgang mit dem Frauenwahlrecht in der Gemeinde Senden ist ein Beispiel dafür, dass gesetzliche Möglichkeiten auf der kommunalen Ebene wie das passive Frauenwahlrecht auf Grund von Sozialstrukturen oder milieubedingt nicht genutzt werden.

---

<sup>46</sup> Renk, Heinz, Dr. Sagebiel, Martin: Monographie des Kreises Wiedenbrück, S. 188.

<sup>47</sup> Stadtarchiv Verl PB A 20: Protokollbuch der Gemeinde Senden 1911 – 1920, S. 114.

<sup>48</sup> Stadtarchiv Verl PB A 21: Protokollbuch der Gemeinde Senden 1920 – 1937. und Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S. 93 – 96.

Die Mitglieder der Amtsversammlung waren bei der Kommunalwahl am 2. März 1919 nicht gewählt worden. Aber auch hier sorgt die Preußische Staatsregierung für einen Neuanfang durch eine entsprechende Verordnung. Im Protokoll der Gemeindevertretung von Sende vom 2. Mai 1919 ist zu lesen:<sup>49</sup>

*„Nach Bekanntgabe des Beschlusses der Preußischen Staatsregierung vom 8. April 1919, wonach die Amtsversammlungen in der Provinz Westfalen aufgelöst worden sind, und der Bestimmungen in dem §75 Ziffer 3 in der L. G. Ordn. für die Provinz Westfalen und § 24 der Kreisordnung für die Provinz Westfalen wurde mittels besonderer Verhandlung der Gutsbesitzer Joh. Elbracht-Hülseweh zu Sende No 28 zum Amtsverordneten für das Amt Verl auf die Dauer von 6 Jahren gewählt.“*

Sende ist wie jede Gemeinde des Amtes Verl durch einen Amtsverordneten, der aus der Gemeindevertretung gewählt wird, und den Gemeindevorsteher in der Amtsversammlung vertreten. Vermutlich wird gerade der Gutsbesitzer Elbracht-Hülseweh gewählt, weil er zumindest durch seine bisherige Rolle als Gemeindeverordneter Erfahrung in der Kommunalpolitik hat. In der Amtsversammlung ist er aber vor 1919 nicht vertreten.<sup>50</sup> Mit der Neuwahl der Amtsverordneten durch die Gemeindevertretungen ist aber ein weiterer wichtiger Schritt im Rahmen des demokratischen Neuanfanges nach 1918 vollzogen. Auch die Amtsverordneten werden also durch die Gemeindevertretungen neu gewählt.

#### **4.2. Die Wahl der Gemeindevorsteher 1919**

Wenig Beachtung in der Literatur finden die landesweiten Wahlen der Gemeindevorsteher in Preußen im Herbst 1919. Wie kam es zu diesen Wahlen? Die verfassungsgebende Preußische Landesversammlung erließ am 18. Juli 1919 das „Gesetz betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts“.<sup>51</sup> In §2 bis §10 dieses Gesetzes wird die „Neuwahl der unbesoldeten Gemeindevorstandsmitglieder und Kreisdeputierten“ geregelt. Unter §2 heißt es:

*„Die Amtszeit der unbesoldeten Gemeinde- (Dorf- und Bauerschafts-) Vorsteher, ihrer Stellvertreter, der unbesoldeten Schöffen, der unbesoldeten Magistratsmitglieder und Beigeordneten sowie der Kreisdeputierten endet mit dem 31. August 1919.“*

---

<sup>49</sup> Stadtarchiv Verl PB A 20: Protokollbuch der Gemeinde Sende 1911 – 1920, S. 120.

<sup>50</sup> Stadtarchiv Verl PB A 02: Protokollbuch der Amtsvertretung Verl 1898 – 1921, Protokoll 12. April 1915 und Protokoll 14. März 1917.

<sup>51</sup> Gesetz betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts, Preußische Gesetzesammlung Nr. 33, Jahrgang 1919, S. 118.

§3 regelt, dass die ausscheidenden Gemeinde- (Kreis-) Beamten die Dienstgeschäfte bis zur Einführung ihrer Nachfolger fortführen. Obwohl das Gesetz erst am 14. August 1919 veröffentlicht wird, wird in §4, Absatz 1 gefordert, dass die Neuwahlen der Gemeindevorsteher und ihrer Stellvertreter bis zum 31. August 1919 vorzunehmen sind.<sup>52</sup> Sollte dieses nicht möglich sein, so läßt §4, Absatz 2 zu, dass durch Beschluss des Kreisausschusses die Wahl bis spätestens zum 31. Oktober 1919 erfolgt. Gemäß §5 hat der bisherige Gemeindevorsteher bei der Wahl kein Stimmrecht. Dieses bleibt den demokratisch neu gewählten Gemeindeverordneten vorbehalten.

Ergänzend zum Gesetz erlässt der Minister des Inneren am 9. August 1919 eine „*Ausführungsanweisung zu dem Gesetz betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes vom 18. Juli 1919*“.<sup>53</sup> Hier wird auf Seite 3 unter Hinweis auf §7 des Gesetzes ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Gemeindevorsteher und sein Stellvertreter nach dem Mehrheitswahlrecht zu wählen sind. Begründet wird dieses damit, dass „*von dem Gemeindevorsteher grundsätzlich eine ganz andere Qualifikation als von dem Stellvertreter gefordert wird*“. Über die genauen Qualifikationen findet sich allerdings keine Aussage in der Ausführungsverordnung.

Der Vorsitzende des Kreisausschuss des Kreises Wiedenbrück schlägt in einem Schreiben an die Mitglieder des Kreisausschusses vom 30. August 1919 Dienstag, den 30. September 1919, als Wahltag der Gemeindevorsteher und Ihrer Stellvertreter vor.<sup>54</sup> Am 20. September 1919 ergeht die Einladung an die Gemeindeverordneten von Sende zur Sitzung am 30. September 1919 um 15 Uhr in der Gastwirtschaft Blankemeyer in Verl.<sup>55</sup> Neben der Neuwahl des Gemeindevorstehers und seines Stellvertreters unter Punkt 1 stehen die Wahlen der Mitglieder verschiedener Kommissionen und Ausschüsse auf der Tagesordnung. Mit Unterschrift vom 22. September 1919 haben der Gemeindevorsteher und alle Gemeindeverordneten durch Unterschrift bestätigt, dass die Einladung vorliegt.<sup>56</sup>

Im Sitzungsprotokoll der Gemeindevertretung vom 30. September 1919 ist die Wahl zum neuen Gemeindevorsteher festgehalten.<sup>57</sup> Es sind sieben der acht Gemeindeverordneten

---

<sup>52</sup> Gesetz betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes, Preußische Gesetzsammlung Nr. 33, Jahrgang 1919, S. 117. Hier ist unten vermerkt: „*Ausgegeben zu Berlin, den 14. August 1919*“

<sup>53</sup> Kreisarchiv Gütersloh A 02/02a-152 Wahl der Gemeindevorsteher: Ausführungsanweisung zu dem Gesetz betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes vom 18. Juli 1919 des Ministers des Inneren vom 9. August 1919.

<sup>54</sup> Kreisarchiv Gütersloh A 02/02a-152 Wahl der Gemeindevorsteher: Schreiben des Vorsitzenden des Kreisausschusses des Kreises Wiedenbrück vom 30. August 1919.

<sup>55</sup> Stadtarchiv Verl B93: Einladung der Gemeinderäte Sende vom 20.09.1919.

<sup>56</sup> Stadtarchiv Verl B93: Einladungsliste 22.9.1919.

<sup>57</sup> Stadtarchiv Verl B93: Protokoll Gemeinderatssitzung vom 30.09.1919.

zugegen, der Gemeindeverordnete Wilhelm Hilgemann der verbundenen Listen 1 bis 3 fehlt. Das Protokoll erscheint von der Amtsverwaltung vorbereitet, da es aus einem wohl vorformatiertem Schreibmaschinentext und vorgesehenen Bereichen für handschriftliche Ergänzungen besteht. Bevor es zur Wahl kommt, wird im Protokoll darauf hingewiesen, dass „dieselben [die Gemeindeverordneten, d. Verf.] mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 18. Juli 1919 (G. S. S. 118) und der dazu erlassenen Ausführungsanweisung vom 9. August 1919 bekannt gemacht wurden“. Zunächst werden den Gemeindevertretern der genaue Hintergrund der Wahl und die Regeln erläutert.

Danach wird das Ergebnis zur Wahl des Gemeindevorstehers protokolliert. Johann Großrüschkamp erhält 4 Stimmen, obwohl er nicht Mitglied in der Gemeindevertretung ist. Dagegen bekommt Johann Reineke, selbst Mitglied der Gemeindevertretung, nur 3 Stimmen. Offensichtlich hat ein Vertreter der verbundenen Listen nicht für den eigenen Kandidaten gestimmt. Hier sieht man, dass die Listenverbindung keinen allzu großen Wert hat.

Da Johann Großrüschkamp der Verbindung der Wahlvorschläge 1 bis 3 zuzuordnen ist (siehe oben), hat offensichtlich diese Gruppe ihren Vorschlag durchgesetzt. Mit seiner Wahl gehört Johann Großrüschkamp nach §75 der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. April 1856 automatisch auch der Amtsvertretung an.<sup>58</sup> Daneben ist er nach §31 auch voll stimmberechtigtes Mitglied und Vorsitzender der Gemeindevertretung. Durch die Wahl eines Externen haben die verbundenen Listen ihre Machtposition in der Gemeindevertretung weiter ausgebaut.

Anschließend wird dann mitgeteilt, dass in einem zweiten Wahlgang Johann Reineke mit 4 Stimmen zum Stellvertreter des Gemeindevorstehers gewählt wird. Er gehört dem Wahlvorschlag 4 an. Man kann diese Tatsache als Bestätigung des Willens zur Zusammenarbeit in der Gemeindevertretung deuten. Die Wahlzettel sind noch in einem Briefumschlag beim Protokoll vorhanden.

Gemäß § 40 der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 hat der Gemeindevorsteher nur „auf Entschädigung für Dienstunkosten Anspruch, welche vom Landrath [sic] nach Benehmen der Gemeindeversammlung festgesetzt wird“.<sup>59</sup> Dem neu gewählten Gemeindevorsteher wird ein Betrag von 400 Mark jährlich an Dienstunkostenentschädigung durch Beschluss der Gemeindevertretung gewährt.

---

<sup>58</sup> Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856, <http://www.verfassungen.de/nrw/westfalen/> (Zugriff vom 22.12.2020).

<sup>59</sup> Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856, <http://www.verfassungen.de/nrw/westfalen/> (Zugriff vom 22.12.2020).

Natürlich stellt sich die Frage, warum der bisherige Gemeindevorsteher Anton Lükewille nicht mehr gewählt wird. Man könnte vermuten, dass 1919 ein Neuanfang mit neuem Personal gewünscht ist. Diese Vermutung lässt sich nicht bestätigen, da es einen trivialen Grund für die Ablösung in der Person des bisherigen Vorstehers gibt. In einem Schreiben des Landrates des Kreises Wiedenbrück vom 7. Mai 1917 berichtet dieser von einem Gespräch mit dem Sender Gemeindevorsteher Anton Lükewille an diesem Tag. Dort heißt es: „Lükewille gab selber zu, dass ihm seine angegriffene Gesundheit es nicht gestatte, sich in erwünschter Weise seinem Amt als Vorsteher zu widmen.“<sup>60</sup> Der Landrat macht weiterhin den Vorschlag, Lükewille jemanden zur Unterstützung in seinen Geschäften zur Seite zu stellen. Das ist aber wegen der Kriegssituation nicht so einfach. Damit ist aber auch klar, dass bei einer Neuwahl des Gemeindevorstehers ein Nachfolger erforderlich wird.

Es ist davon auszugehen, dass die Wahl für Johann Großerüschkamp nicht völlig überraschend kam. In einem vorformulierten Dokument mit der Überschrift „Annahme-Erklärung“ bestätigten sowohl er wie auch Johann Reineke die Annahme der Wahl durch ihre Unterschrift mit Datum 30. September 1919.<sup>61</sup> Ob er in der Gastwirtschaft Blankemeyer anwesend war und die Unterschrift wirklich noch am 30. September 1919 geleistet hat, kann nicht mehr nachvollzogen werden.

Die Wahl alleine aber reicht nicht aus. Die Wahl muss noch vom Landrat des Kreises Wiedenbrück gemäß § 38 der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 bestätigt werden.<sup>62</sup> Dieses erfolgt am 9. Oktober 1919 und wird vom Amtmann Kleikemper Johann Großerüschkamp am 29.10.1919 mitgeteilt. Hierzu gibt es ein entsprechendes Protokoll, wo es heißt:

*„Demselben [Johann Großerüschkamp, d. Verf.] wurde eröffnet, dass seine in Gemässheit des Gesetzes vom 18. Juli 1919 erfolgte Wahl zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Sende von dem Herrn Vorsitzenden des Kreisausschusses des Kreises Wiedenbrück unterm 9. Oktober 1919 – J. No. 2907 K.A. – bestätigt worden und der unterzeichnete Amtmann mit seiner Vereidigung beauftragt sei.“<sup>63</sup>*

Ergänzend ist dann der Eid protokolliert: „Ich, Johann Großerüschkamp, schwöre Treue der Reichsverfassung.“ Länger ist der Eid nicht. Da am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung

---

<sup>60</sup> Stadtarchiv Verl B93: Schreiben des Landrates an den Amtmann von Verl vom 7. Mai 1917.

<sup>61</sup> Stadtarchiv Verl B93: Annahmeerklärung 30. September 1919.

<sup>62</sup> Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856, <http://www.verfassungen.de/nrw/westfalen/> (Zugriff vom 22.12.2020).

<sup>63</sup> Stadtarchiv Verl B93: Protokoll vom 29.10.1919.

erlassen worden war und diese auch als Reichsverfassung bezeichnet wird, erfolgt die Verteidigung auch zu Recht auf diese demokratische Verfassung.<sup>64</sup>

Mit der Neuwahl der Gemeindevorsteher und ihrer Stellvertreter hatte man nicht nur die Gemeinderäte, sondern auch die Gemeindevorsteher samt Stellvertreter demokratisch legitimiert. In der Gemeinde Sende kam es zu einer Ablösung des bisherigen Vorstehers aus persönlichen Gründen, es wäre interessant zu ermitteln, wie häufig in dieses Ehrenamt neue Personen gewählt wurden und ein personeller Neuanfang gewagt wurde.

#### 4.3. Die Rolle des Gemeindevorstehers 1919

Wir kennen heute den Begriff des Bürgermeisters, aber im bisherigen Text ist vom Gemeindevorsteher die Rede. Dieser Begriff wird bewusst genutzt, da er in der Preußischen Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen von 1856, die auch 1919 noch gilt, der genutzte Begriff ist. Es stellt sich die Frage, was die Landgemeindeordnung genau über Aufgaben und Kompetenzen des Gemeindevorstehers aussagt.<sup>65</sup> Es wird nachfolgend auf die wichtigsten Punkte eingegangen. Denn daraus ergeben sich die Aufgaben und Anforderungen, die von Johann Großerüschkamp ab 1919 in seiner Rolle als Gemeindevorsteher zu bewältigen und zu erfüllen sind.

Hier gibt zunächst der §23 eine klare Aussage über die Rolle des Gemeindevorstehers:

*„Die Gemeinde wird in ihren Angelegenheiten durch die Gemeindeversammlung und durch den Gemeindevorsteher vertreten; der Gemeindevorsteher ist die ausführende Behörde.“*

Die Gemeindeversammlung ist die Versammlung der gewählten Gemeindevertreter.

An dieser Stelle wird der Gemeindevorsteher sehr klar als Exekutivorgan definiert. Das entspricht nicht unbedingt unserer modernen Auffassung, wo der Bürgermeister viel eher für die politischen Vorgaben und Repräsentationsaufgaben zuständig ist. Dass sich die Sicht auf den Gemeindevorsteher als ausführende Behörde noch bis in die 50er Jahre gehalten hat, zeigt ein kleines Beispiel aus dem Jahre 1952, als Josef Großerüschkamp, der Bruder von Johann Großerüschkamp, Bürgermeister in Sende ist. Die Glocke berichtet in einem kleinen Artikel vom 8. Oktober 1952, dass die Wahlkarteien für die Kommunalwahlen am 9. November 1952 vom 10. bis einschließlich 21. Oktober 1952 werktäglich von 8 bis 18 Uhr öffentlich

---

<sup>64</sup> Reichsverfassung, Internet <https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsverfassung> (Zugriff vom 11.1.2021).

<sup>65</sup> Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856, <http://www.verfassungen.de/nrw/westfalen/> (Zugriff vom 22.12.2020).

zur Einsicht ausliegen, und zwar für die Gemeinden Sende, Liemke und Oesterwiehe in den Wohnungen der Bürgermeister.<sup>66</sup> Vermutlich hat man diesen Weg einerseits zur Abkürzung von Wegen der Bürger gewählt, zum anderen zeigt sich aber auch, dass der Bürgermeister selbstverständlich wie früher zu Exekutivaufgaben herangezogen wird.

§ 31 regelt die Rolle des Gemeindevorstehers in der Gemeindeversammlung. Dort heißt es:

*„Der Gemeindevorsteher führt in der Gemeindeversammlung den Vorsitz mit vollem Stimmrechte, und bei Stimmgleichheit mit entscheidender Stimme.“*

Somit haben die Vertreter der Wahlvorschläge 1 bis 3 durch die Wahl Großerüschkamps in der Gemeindevertretung ihre Mehrheit weiter ausgebaut, da Großerüschkamp auf Grund seiner Kandidatur diesem Bündnis zuzurechnen ist.

§38 legt fest, dass die Wahl des Gemeindevorstehers zunächst auf sechs Jahre erfolgt, nach dreijähriger Dienstzeit kann er durch die Gemeindeversammlung auf 12 Jahre gewählt werden.

Der Amtmann kann unter bestimmten Bedingungen die Sitzung zwar leiten, hat aber kein Stimmrecht, außer im Falle von Stimmgleichheit. Zum Verhältnis zwischen Amtmann und Gemeindevorsteher macht § 41 eine wesentliche Aussage:

*„Der Gemeindevorsteher hat unter der Aufsicht des Amtmanns die Gemeindeangelegenheiten zu verwalten und die Ortspolizei zu handhaben; er ist für alle Angelegenheiten, welche zum Geschäftskreis des Amtmanns gehören (§ 74), dessen Organ und Hilfsbehörde [sic];“*

Hier wird ebenfalls deutlich, dass der Gemeindevorsteher eine exekutive Aufgabe hat.

§ 46 macht Aussagen über die Aufgaben im Rahmen der Haushaltsführung:

*„In jeder Gemeinde wird ein Haushaltsetat von dem Gemeindevorsteher in Gemeinschaft mit dem Amtmann entworfen, durch Beschluß der Gemeindeversammlung festgestellt, dem Landrathe [sic] eingereicht, und danach der Haushalt geführt (§ 49).“*

---

<sup>66</sup> Verl. Die Wahlkarteien für die Kommunalwahlen, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 232, 8.10.1952.



Hier ist es für einen nicht in Recht und Kameralistik ausgebildeten Gemeindevorsteher wie Großerüschkamp sehr hilfreich, auf die Expertise des Amtmannes mit entsprechend fundierter Ausbildung bzw. die seiner Mitarbeiter zurückgreifen zu können.

An diesen Auszügen aus der Preußischen Landgemeindeordnung vom 19. März 1856 wird sehr deutlich, dass gegenüber heutiger Auffassung der Gemeindevorsteher eine stark exekutiv geprägte und viel weniger politische Rolle hat.

Insgesamt ist festzustellen, dass im ländlichen Raum durch die Kommunalwahlen im März, aber auch durch die anschließende Neuwahl der Amtsverordneten und der Gemeindevorsteher durch die Gemeindevertretungen im Jahre 1919 eine hohe demokratische Legitimierung der Mandatsträger auf der unteren Ebene erreicht wurde. Es ist ebenso bemerkenswert, dass sich die Gemeindevertreter in Sende offensichtlich sehr schnell und professionell an die vorteilhafte Ausnutzung neuer demokratischer Wahlverfahren (d'Hondt) und an das Rechnen mit Mehrheiten (Wahl des Gemeindevorstehers) gewöhnt haben.

## 5. Die Weimarer Zeit 1919 bis 1933

### 5.1. Die politische Situation in der Gemeinde Sende in der Weimarer Zeit

Reininghaus zitiert im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 1919 einen Artikel des Hagener Oberbürgermeisters Cuno aus der Hagener Zeitung vom 12. Februar 1919 wie folgt: „Der Demokratie erwachse die Aufgabe, eine Brücke zu schlagen zwischen den Kreisen, die sich bisher unverstanden gegenüberstanden, den Arbeitern und den Bürgern.“<sup>67</sup> Dass sich Großerüschkamp dieser Aufgabe der Demokratie auch gerade in der Gemeinde Sende offensichtlich bewusst war und diese angenommen hat, zeigt die nachfolgende Aussage von Josef Brinkord in seinem Vorschlag für die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes Jahrzehnte später:

*„In der turbulenten Notzeit nach dem ersten Weltkrieg schaffte es Joh. Großerüschkamp durch seine soziale Einstellung und sein ausgleichendes Wesen mit den sich oft widersprechenden Ansichten der Landbevölkerung und der Industriearbeiter fertig zu werden.“*<sup>68</sup>

---

<sup>67</sup> Reininghaus, Wilfried: „Darum wählt!“, Münster, 2019, S. 33.

<sup>68</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW O Nr. 6259 Johann Großerüschkamp Ordensakte, Schreiben Josef Brinkord an den Regierungspräsidenten vom 23.1.1963

Offensichtlich ist Großerüschkamp in der Lage, auf Grund seiner sozialen Einstellung die Nöte und Sorgen der Menschen zu erkennen und auch, wo möglich, zu lindern. Andererseits kann er offensichtlich durch sein ausgleichendes Wesen Kompromisse und Lösungen herbeiführen und diese auch vermitteln und umsetzen. Einzelsituationen zu diesen Punkten lassen sich nicht nachweisen. Allerdings gibt es wichtige Indizien, dass in Sende in der Weimarer Zeit der Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen sehr wohl erforderlich ist, etwa in den Wahlergebnissen der Wahlen im Reich zwischen 1919 und 1930. Die nachfolgende Tabelle zeigt den Vergleich der Ergebnisse im Amt Verl ohne Sende mit den Ergebnissen in Sende.

<b>Ergebnisse der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung</b>				
<b>am 19. Januar 1919</b>				
<b>Gemeinde</b>	<b>Zentrum</b>	<b>SPD</b>	<b>DNVP</b>	<b>NSDAP</b>
Sende	53,7%	18,9%	25,7%	0,0%
Amt Verl ohne Sende	83,6%	12,9%	0,3%	0,0%
<b>Ergebnisse Reichstagswahl 6. Juni 1920</b>				
<b>Gemeinde</b>	<b>Zentrum</b>	<b>SPD</b>	<b>DNVP</b>	<b>NSDAP</b>
Sende	50,1%	24,1%	23,5%	0,0%
Amt Verl ohne Sende	84,1%	10,7%	0,7%	0,0%
<b>Ergebnisse Reichstagswahl 4. Mai 1924</b>				
<b>Gemeinde</b>	<b>Zentrum</b>	<b>SPD</b>	<b>DNVP</b>	<b>NSDAP</b>
Sende	48,9%	11,2%	15,6%	0,0%
Amt Verl ohne Sende	82,3%	4,1%	4,1%	0,0%
<b>Ergebnisse Reichstagswahl 7. Dezember 1924</b>				
<b>Gemeinde</b>	<b>Zentrum</b>	<b>SPD</b>	<b>DNVP</b>	<b>NSDAP</b>
Sende	49,0%	13,7%	23,8%	4,1%
Amt Verl ohne Sende	82,7%	5,4%	3,0%	0,0%
<b>Ergebnisse Reichstagswahl 28. Mai 1928</b>				
<b>Gemeinde</b>	<b>Zentrum</b>	<b>SPD</b>	<b>DNVP</b>	<b>NSDAP</b>
Sende	41,2%	20,1%	22,2%	1,1%
Amt Verl ohne Sende	72,8%	12,5%	5,5%	0,3%
<b>Ergebnisse Reichstagswahl 14. September 1930</b>				
<b>Gemeinde</b>	<b>Zentrum</b>	<b>SPD</b>	<b>DNVP</b>	<b>NSDAP</b>
Sende	42,4%	14,6%	5,2%	12,4%
Amt Verl ohne Sende	75,4%	6,5%	1,7%	3,7%

**Tabelle 1 Ergebnisse der Wahlen im Reich 1919 bis 1930** <sup>69</sup>

<sup>69</sup> Die Tabelle resultiert aus dem folgenden Dokument: Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S.55-57. Für die Wahl vom 4. Mai 1924 sind bei Freise die SPD-Stimmen unter der VSP vermerkt. Der Zusammenschluss 1922 der USPD und der SPD führte zum

Man kann an den Wahlergebnissen sehr deutlich erkennen, dass im Gegensatz zu den übrigen Gemeinden des Amtes Verl in der Gemeinde Sende sehr viel heterogener gewählt wird und damit auch durchaus verschiedene politische Auffassungen in der Gemeinde deutlich vorhanden sind, die sicherlich Rückwirkungen auf die Gemeindepolitik und damit die Gemeindevertretung haben.

Hier gibt es zum einen die Wähler des Zentrums, mit ca. 40 bis 50 Prozent liegt der Wert um fast 30 Prozent niedriger als in den übrigen Gemeinden des Amtes Verl. Bei den Zentrumswählern handelt es sich um die katholische Landbevölkerung. Daneben gibt es aber zwei weitere recht starke Blöcke, das sind zum einen teilweise mehr als 20 Prozent SPD-Wähler, überwiegend Industriearbeiter, die in den Nachbarstädten Bielefeld und Brackwede und zum Teil in Liemke arbeiten. Sie wohnen vor allem im östlichen Teil der Gemeinde. Ferner gibt es bis zu über 20 Prozent DNVP-Wähler, nämlich die Bewohner des Ortsteils Eckardtsheim. Laut Reininghaus besaß die DNVP dort Hochburgen, wo pietistische Frömmigkeit unter evangelischen Christen verbreitet war.<sup>70</sup> Auf Grund der starken protestantischen Prägung von Eckardtsheim durch die von Bodelschwingschen Anstalten sind die DNVP-Wähler in Eckardtsheim zu verorten. Es gilt sicherlich in der Leitung der Gemeinde die verschiedenen Interessen dieser drei Gruppen zu berücksichtigen und auch für einen Interessenausgleich zwischen diesen Gruppen zu sorgen. Die Aussage von Brinkord macht deutlich, dass Großrüschkamp dieser Ausgleich gelungen ist und er damit einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung in seiner Gemeinde in der Weimarer Zeit geleistet hat.

## 5.2. Erhöhung der Dienstkostenentschädigung

Schon in der Ratssitzung am 18. Mai 1920 stellt der Gemeindevorsteher Johann Großrüschkamp im Laufe der Sitzung einen Antrag auf Erhöhung der Dienstkostenentschädigung auf 900 Mark.<sup>71</sup> Im Protokoll heißt es wörtlich:

*„Dieser Antrag stand nicht auf der Tagesordnung, sondern wurde vom Gemeindevorsteher im Laufe der Sitzung gestellt. Die Gemeindevertretung erkannte die Dringlichkeit des Antrages mit 7 gegen 1 Stimme an.“*

---

neuen Parteinamen VSPD, der im Laufe des Jahres 1924 wieder in SPD geändert wurde. Siehe hierzu: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/uspdp.html> (Zugriff vom 1. Juli 2021).

<sup>70</sup> Reininghaus, Wilfried: „Darum wählt!“ , 2019, S. 23.

<sup>71</sup> Kreisarchiv Gütersloh, A02/02a-153, Auszug aus dem Protokollbuch der Gemeinde Sende, Verhandlung vom 18.5.1920.

Ab dem 1. April 1920 rückwirkend soll Großerüschkamp die erhöhte Dienstunkostenentschädigung erhalten. Dieser Sachverhalt deutet darauf hin, dass mit dem Amt des Gemeindevorstehers doch erheblich mehr Aufwand verbunden war als noch ein Jahr zuvor sowohl von der Gemeindevertretung als auch vom Gemeindevorsteher angenommen.

### 5.3. Rücktritt 1922

Im Protokoll der Sitzung der Gemeindevertretung Sende vom 20. September 1922 findet sich unter Punkt 6 die Neuwahl eines Gemeindevorstehers.<sup>72</sup> Der Hintergrund dieses Tagesordnungspunktes ergibt sich direkt aus den folgenden Sätzen:

*„Die Gemeindevertretung wurde von der Erklärung des bisherigen Gemeindevorstehers Großerüschkamp vom 11 ds. Mts., nach der er sein Amt als Gemeindevorsteher mit dem 1. Oktober ds. Js. niederlegt, in Kenntnis gesetzt.“*

Offenbar hat er seine Arbeit bis dahin recht gut gemacht. Denn es ist ausdrücklich im Protokoll vermerkt, dass die Gemeindevertretung dem ausscheidenden Gemeindevorsteher, für seine bisherige Arbeit im Interesse der Gemeinde dankt. Aber nicht nur hier wird der Dank protokolliert, sondern auch im Protokoll der nachfolgenden Sitzung vom 27. September 1922 wird unter dem ersten Tagesordnungspunkt „Verabschiedung des früheren Gemeindevorstehers Großerüschkamp und Einführung des neu gewählten Gemeindevorstehers Hartkamp“ protokolliert:<sup>73</sup>

*„Die Gemeindevertretung sprach dem anwesenden früheren Gemeindevorsteher Großerüschkamp für die bisher der Gemeinde geleisteten Dienste den herzlichsten Dank aus.“*

Da die Protokolle sehr kurz ohne überflüssige Inhalte abgefasst sind, kann aus der zweifachen Danksagung an Großerüschkamp geschlossen werden, dass die Gemeindevertretung mit seiner Arbeit äußerst zufrieden war. Die Gründe für den Rückzug von Johann Großerüschkamp waren gesundheitlicher Natur, wie er in seinem Schreiben zur Entnazifizierung vom 17. Februar 1947 mitteilt.<sup>74</sup> Es fällt auf, dass Großerüschkamp nur an einer von fünf

---

<sup>72</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 21, Protokollbuch der Gemeinde Sende 1920 – 1937, S. 36-37, Protokoll vom 20. September 1922

<sup>73</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 21, Protokollbuch der Gemeinde Sende 1920 – 1937, S. 38, Protokoll vom 27. September 1922.

<sup>74</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung Schreiben Johann Großerüschkamp 17. Februar 1947.

Sitzungen der Amtsversammlung bis zum 30. September des Jahres 1922 teilnimmt.<sup>75</sup> Das kann als Bestätigung seiner gesundheitlichen Probleme gesehen werden.

Unter Demokratiegesichtspunkten ist aber die Wahl seines Nachfolgers von Interesse. Wie dem Protokoll zu entnehmen ist, stimmen vier Gemeindevertreter für Clemens Hartkamp und vier für Johann Helfberend, so dass eine Pattsituation bei der Wahl entsteht.<sup>76</sup> Hier greift nun erwartungsgemäß § 31 der Landgemeindeordnung vom 19. März 1856. Im Protokoll lesen wir:

*„Der den Vorsitz führende Amtmann hatte damit gemäß § 31 der Landgemeindeordnung die entscheidende Stimme. Der Vorsitzende stimmte für den Landwirt Clemens Hartkamp ... und ist dieser daher zum Gemeindevorsteher gewählt.“*

Durch ungeschicktes Verhalten von Einzelnen oder Gruppen innerhalb der Gemeindevertretung hat sie sich eine wichtige Personalentscheidung durch den Amtmann abnehmen lassen. Letztlich hat er allein über den neuen Gemeindevorsteher entschieden. Hier sieht man auch, dass die bei der Kommunalwahl verbundenen drei Listen nicht geschlossen abstimmen, denn dann hätte es 6 Stimmen für einen der beiden Kandidaten geben müssen. Es wird wieder offensichtlich, dass die Listenverbindung hinsichtlich inhaltlicher oder personeller Gemeinsamkeiten der Listen nicht sehr belastbar ist.

#### 5.4. Wiederwahl 1925

Lange bleibt Johann Großrüschkamp der Kommunalpolitik nicht fern. Schon 1924 wird er nach den Kommunalwahlen wieder zum stellvertretenden Gemeindevorsteher gewählt.<sup>77</sup> Gemäß dem Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923 sollten die Gemeindevertretungen bis zum 30. November 1923 neu gewählt werden, die Wahlen wurden aber erst am 4. Mai 1924 durchgeführt.<sup>78</sup> Auch das Wahlgesetz von 1923 sieht in § 9 vor, dass mit dem Ende der Wahlzeit der Gemeindevertretungen auch die Wahlzeit der sich im Amt befindlichen Gemeindevorsteher und deren Stellvertreter endet. Also mussten in der ersten Sitzung der Gemeindevertretung nach der Kommunalwahl im Juni

---

<sup>75</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 03 Protokoll der Amtsvertretung Verl 1921 – 1947, Protokolle 1922.

<sup>76</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 21, Protokollbuch der Gemeinde Sende 1920 – 1937, S. 37, Protokoll vom 20. September 1922.

<sup>77</sup> Kreisarchiv Gütersloh, A02/02a-153, Auszug aus dem Protokollbuch der Gemeinde Sende, Verhandlung vom 25.6.1924.

<sup>78</sup> Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923, <http://www.verfassungen.de/preussen/gesetze/gemeindewahlgesetz1923.htm> (Zugriff vom 30.12.2020). Zu den Wahlterminen siehe: Renk, Heinz, Dr. Sagebiel, Martin: Monographie des Kreises Wiedenbrück, S. 267.

1924 entsprechende Wahlen des Gemeindevorstehers und seines Stellvertreters stattfinden. Im Protokollauszug heißt es:

*„Nach Bekanntgabe der neuen Bestimmungen wurde durch Zuruf gewählt zum Gemeindevorsteher der Landwirt Clemens Hartkamp und zum Stellvertreter der Landwirt Johann Großerüschkamp.“*

Eine Angabe über Einstimmigkeit oder Anzahl der Stimmen für die jeweiligen Personen fehlen im Protokoll. Interessant ist auch, dass an der wichtigen Sitzung der Gemeindevertretung nur 5 der 8 Mitglieder teilnahmen. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass insbesondere die Mitglieder mit landwirtschaftlichem Beruf im Hochsommer wegen Erntearbeiten verhindert waren. Weiterhin fällt auf, dass Großerüschkamp zum stellvertretenden Gemeindevorsteher gewählt wird, obwohl er nicht gewähltes Mitglied in der Gemeindevertretung ist.<sup>79</sup>

Spätestens 1924 wird klar, dass in der Weimarer Republik die Wahl der Gemeindevorsteher auf 6 bzw. 12 Jahre, wie es in der immer noch gültigen Landgemeindeordnung vom 19. März 1856 festgeschrieben ist, der Vergangenheit angehört. Durch die Neuwahl jeweils in Verbindung mit der Wahl der Gemeindeverordneten erhalten die Gemeindevorsteher und ihre Stellvertreter eine deutlich bessere demokratische Legitimierung, und der Weg für personelle Veränderungen ist viel offener als zuvor.

Eine weitere wichtige Veränderung in Richtung Demokratie, die sich aus dem Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923 ergibt, ist die Änderung der Regelung zur Wahl der Amtsverordneten. In § 10 Abs. 2 heißt es hierzu:<sup>80</sup>

*„Die ... gewählten Amtsverordneten der Amtsversammlungen in der Provinz Westfalen werden gleichzeitig mit den Gemeindevertretungen neu gewählt.“*

Damit werden auch die Amtsverordneten direkt vom Wähler und nicht mehr indirekt durch die Gemeindevertretung gewählt. Somit wird ihre demokratische Legitimierung ebenfalls deutlich erhöht. Wegen der Verzahnung zwischen Gemeinde- und Amtspolitik wird die Arbeit sicherlich erleichtert, wenn die Amtsverordneten einer Gemeinde auch im Gemeinderat vertreten sind. Dieses kann aber durch die neue Regelung nicht immer gewährleistet werden.

---

<sup>79</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 21, Protokollbuch der Gemeinde Sende 1920 – 1937, S. 97, Protokoll vom 6. März 1925.

<sup>80</sup> Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923, <http://www.verfassungen.de/preussen/gesetze/gemeindewahlgesetz1923.htm> (Zugriff vom 30.12.2020).

Aber nicht einmal ein Jahr später muss in der Gemeinde Sende wegen des Todes von Clemens Hartkamp wieder ein neuer Gemeindevorsteher gewählt werden.<sup>81</sup> In der Sitzung der Gemeindevertretung von Sende vom 6. April 1925 wird die erneute Wahl von Johann Großerüschkamp zum Gemeindevorsteher protokolliert.<sup>82</sup> Danach wird er einstimmig zum Gemeindevorsteher per Zuruf gewählt. Dass die Einstimmigkeit nicht selbstverständlich ist, zeigt die Wahl seines Stellvertreters, der nur sechs Stimmen für sich und zwei Gegenstimmen erhält. Die Einstimmigkeit kann sicherlich als Zeichen der Zufriedenheit der Gemeindevertretung mit der bisherigen Arbeit von Großerüschkamp gewertet werden.

### 5.5. Neue Kommunikationstechniken

Auch im ländlichen Westfalen halten in den zwanziger Jahren neue Techniken langsam aber sicher Einzug. So findet sich im Protokoll der Sitzung der Gemeindevertreter vom 23. Juli 1925 unter Punkt 3 die Aussage, dass die Kosten für die Anlage eines Fernsprechanchlusses für den Gemeindevorsteher bewilligt werden.<sup>83</sup> Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass der Antrag bei der Post so zu stellen sei, dass der Anschluss an das Postnetz der Gemeinde Verl erfolgt. Damit werden die sicherlich häufigen und wichtigen Gespräche zwischen dem Gemeindevorsteher und der Amtsverwaltung in Verl zu preisgünstigen Ortsgesprächen und nicht zu teuren Ferngesprächen. Auch die Kommunikationsanforderungen in der kommunalen Demokratie steigen. Der Telefonanschluss ist sicherlich ein wichtiger Beitrag zur Erleichterung der Arbeit des Gemeindevorstehers.

### 5.6. Wiederwahl 1929

Die nächsten Kommunalwahlen finden 1929 am 17. November statt.<sup>84</sup> Auch nach dieser Wahl müssen der Gemeindevorsteher und sein Stellvertreter durch die Gemeindevertretung neu gewählt werden. Dieses geschieht in der Sitzung der Gemeindevertretung am 19. Dezember 1929.<sup>85</sup> Wieder wird Johann Großerüschkamp per Zuruf einstimmig als Gemeinde-

---

<sup>81</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung Schreiben Johann Großerüschkamp 17. Februar 1947

<sup>82</sup> Kreisarchiv Gütersloh, A0202a-153, Auszug aus dem Protokollbuch der Gemeinde Sende, Verhandlung vom 6.4.1925.

<sup>83</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 21, Protokollbuch der Gemeinde Sende 1920 – 1937, S. 102, Protokoll vom 23. 7.1925.

<sup>84</sup> Renk, Heinz, Dr. Sagebiel, Martin: Monographie des Kreises Wiedenbrück- Männer der Verwaltung 1816 – 1974 von Schele bis Scheele, Gütersloh 1972, S. 268.

<sup>85</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 21, Protokollbuch der Gemeinde Sende 1920 – 1937, S. 176, Protokoll vom 17.11.1929.

vorsteher bestätigt. Zu seinem Stellvertreter wird ebenfalls einstimmig der Kötter Konrad Fortkord gewählt.

Mittlerweile sind seit den ersten Kommunalwahlen in der Weimarer Republik zehn Jahre vergangen. Wie Renk und Sagebiel nachweisen, spielten die Parteien bei den Kommunalwahlen im Kreise Wiedenbrück immer noch eine sehr untergeordnete Rolle.<sup>86</sup> Außer in den Städten Wiedenbrück, Rheda und Gütersloh kandidierten in den übrigen Orten nur Interessengemeinschaften, so dass von den 27.662 im Kreis abgegebenen Stimmen 18.708, das sind rund 68 %, auf die verschiedenen Interessengemeinschaften entfielen.

Welche wichtige Rolle die Interessengemeinschaften auch für die Gemeinde Sende und das Amt Verl selbst bis 1933 weiterhin spielen, lässt sich am Beispiel der Wahl der Amtsversammlung in den Jahren 1929 und 1933 verdeutlichen. Wie die Ergebnisse zeigen, gibt es jeweils Orts- oder Berufsgruppen orientierte Wahlvorschläge.<sup>87</sup> So gibt es 1929 eine Liste Bornholte, 1933 gibt es Listen Eckardtsheim, Bornholte und Oesterwiehe als ortsorientierte Listen. 1929 existiert eine Liste Landwirtschaft, 1933 eine Liste Gewerbe und eine Landwirtschaft an Berufsgruppen orientiert, weiterhin Listen Kötter- und Arbeiter-Partei Bornholte-Verl-Sende und eine Vereinigte Arbeiter und Handwerker Liste Liemke als Mischform.

Nach der Wahl 1929 sind die Herren Brockbals (Liemke), Horstmann (Sende), Laustroer (Oesterwiehe), Sagemüller (Bornholte) und Schröder (Verl) direkt gewählte Mitglieder der Amtsvertretung.<sup>88</sup> Das Wahlergebnis gibt her, dass die entsprechenden Listen Brockbals, Landwirtschaft, Laustroer, Sagemüller und Schröder die meisten Stimmen mit je einem Mandat erhalten haben.<sup>89</sup> Folglich ist der Amtsverordnete Horstmann der Liste Landwirtschaft zuzuordnen. Schaut man sich die Zahlen an, sieht man, dass die Liste Brockbals 80 % ihrer Stimmen in Liemke, die Liste Landwirtschaft 80 % in Sende, die Liste Laustroer 74% in Oesterwiehe, die Liste Sagemüller 56% in Bornholte und die Liste Schröder 90 % in Verl erhalten hat. Hier ist erkennbar, wie stark sich die Wähler in ihrer Abstimmung bei diesen Wahlen ortsorientiert verhalten. Inhaltliche Programme spielen wohl keine Rolle, sondern nur der Kandidat aus dem eigenen Ort, der hoffentlich die Interessen dieses Ortes in der Amtsversammlung vertritt.

Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, ist das Abstimmverhalten 1933 ähnlich. Hier gibt es allerdings eine Besonderheit in Sende.

---

<sup>86</sup> Renk, Heinz, Dr. Sagebiel, Martin: Monographie des Kreises Wiedenbrück, S. 268.

<sup>87</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S.77

<sup>88</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 3, Protokollbuch der Amtsvertretung Verl 1920 – 1947, S. 126, Protokoll vom 21.1.1930.

<sup>89</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S.77.



Ergebnisse der Wahl vom 12.3.1933 zur Amtsvertretung des Amtes Verl								
Wahlvorschlag	Kandidaten nur aus einem Ort	Anzahl Stimmen Verl	Anzahl Stimmen Bornholte	Anzahl Stimmen Sende	Anzahl Stimmen Liemke	Anzahl Stimmen Oesterwiehe	Anzahl Stimmen Amt Verl	
<b>Bornholte</b>	Bornholte	146	488	29	81	43	787	
Brokbals, Alois	Liemke	15	30	22	440	54	561	
Eckardtsheim	Sende	12	11	400	17	0	440	
<b>Gewerbe</b>	Verl	519	59	57	19	15	669	
<b>Kötter und Arbeiter Partei Bornholte, Verl, Sende</b>		355	335	183	36	39	948	
Lanwirtschaft	Sende	100	24	372	20	6	522	
<b>Österwiehe</b>	Oesterwiehe	4	1	3	59	593	660	
Ortjohann-Westkämper	Liemke	3	0	14	239	2	258	
<b>Vereinigte Arbeiter und Handwerksliste Liemke</b>	Liemke	17	4	85	716	14	836	
			Höchste Anzahl Stimmen innerhalb einer Gemeinde					
			5 höchste Stimmzahlen mit Mandat					

Tabelle 2: Ergebnisse der Wahl vom 12.3.1933 zur Amtsvertretung des Amtes Verl <sup>90</sup>

In Sende gibt es einmal die Liste Eckardtsheim mit drei Kandidaten, wovon zwei als Hausvater Mitarbeiter der von Bodelschwingschen Anstalten sind. Daneben gibt es weiterhin die Liste Landwirtschaft ebenfalls mit drei Kandidaten aus Sende. Beide Listen erhalten je etwas über 30 % der Stimmen, und keine erhält damit ein Mandat. Beim ortsorientierten Wahlverhalten führen mehrere Listen innerhalb eines Ortes sehr schnell zum Aus für alle Listen durch die Zersplitterung der Stimmen.

Es verwundert, dass gerade 1933 die NSDAP nicht mit einer eigenen Liste auftaucht. Auf der Liste Eckardtsheim sind laut Wahlbekanntmachung vom 6. März 1933 die Herren Wevers und Dobener vertreten, die beide Parteimitglieder sind.<sup>91</sup> Die NSDAP tritt selbst nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler nur verdeckt auf.

1929 hatte die SPD noch eine eigene Liste mit vier Kandidaten, je zwei aus Liemke und Sende.<sup>92</sup> Allerdings kam diese Liste gerade auf 9,9 Prozent der gültigen Stimmen. Möglicherweise ist dieser Misserfolg der Grund dafür, warum sich die SPD 1933 nicht mit einer eigenen Liste an der Wahl beteiligt. Ein noch wichtigerer Grund hierfür kann in den Repressionen gegen Oppositionsparteien, Presseverboten und dem Terror der NS-Organisationen

<sup>90</sup> Die in der Tabelle genutzten Werte wurden dem folgenden Dokument entnommen: Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S.77.

<sup>91</sup> Stadtarchiv Verl, C 54, Die Wahl und Amtsführung der Amtsbeigeordneten und Verordneten, Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge zur Wahl der Mitglieder der Amtsvertretung vom 6. März 1933.

<sup>92</sup> Stadtarchiv Verl, C 54, Die Wahl und Amtsführung der Amtsbeigeordneten und Verordneten, Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei 1929.

spätestens nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 gesehen werden.<sup>93</sup> Die SPD-Kandidaten von 1929 finden sich auf keiner der Listen von 1933 wieder. Wohin sich ihre Wähler genau verteilt haben, ist aus den reinen Zahlen nicht mehr nachvollziehbar.

Fazit ist aber, dass es die demokratischen Parteien der Weimarer Republik, insbesondere die SPD und auch die Zentrums-Partei, bis 1933 nicht geschafft haben, auf kommunaler Ebene mit eigenen Listen bei den Gemeindevertretungs- und Amtsvertretungswahlen im Amt Verl und damit auch in Sende erfolgreich vertreten zu sein und ein entsprechendes Programm zu präsentieren.

## 6. Die Zeit des Nationalsozialismus

Johannes Großerüschkamp, 1931 geboren, Neffe und Nachbar von Johann Großerüschkamp, sagt im Rahmen des Zeitzeugenprojektes der Stadt Verl zur Zeit des Nationalsozialismus:<sup>94</sup> „In unserem Raum [gemeint ist insbesondere der östliche Teil der Gemeinde Sende, der Verfasser] fand der Nationalsozialismus überhaupt nicht statt.“ Er begründet dies damit, dass die jüngeren Männer Soldat gewesen seien, die anderen entweder Sozialdemokraten oder Zentrumsleute. Er fährt fort:

*„Wir waren also wirklich da nicht belastet und durften unsere Klappe auch manchmal ein bißchen weit losmachen, ohne das etwas passierte. ... Es gab kein separates Parteilieben bei uns, die Partei war in Verl oder Schloss Holte [also Liemke, der Verfasser].“*

Diese Darstellung von Johannes Großerüschkamp, der damals noch Kind und Jugendlicher war, gibt zwar keinen vollständigen Einblick in die damaligen Verhältnisse, ist aber als Zeitzeugenaussage ein sehr wichtiger erster Eindruck. Da die Aussage über 70 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus erfolgte, beinhaltet sie auch das, was neben der eigenen Wahrnehmung durch die Eltern oder Lehrer zu der damaligen Zeit vermittelt wurde. Daher kann sie schon als realistisch bewertet werden. Dass die Verhältnisse bei einer Detailbeachtung aber nicht ganz so einfach sind, zeigt sich in den nachfolgenden Unterkapiteln.

---

<sup>93</sup> Pollklas, Martin: Der Kreis Wiedenbrück 1933-1936 in den geheimen Lageberichten des Landrates, Bielefeld, 2002, S. 24.

<sup>94</sup> Bewahren der Erinnerung Kriegs- und Nachkriegsgeschichte in Verl und Umgebung, Ein Zeitzeugenprojekt der Stadt Verl in Zusammenarbeit mit dem Heimatverein Verl und der Historikerin Dr. Katja Kosubek, Verl 2020.

## 6.1 Zur politischen Situation in der Gemeinde Sende zum Beginn der 30er Jahre

Wie schon oben gesehen, sind die Ergebnisse der Reichstagswahlen in Sende ein guter Indikator zum Verständnis der politischen Situation und Entwicklung in der Gemeinde. Daher werden nachfolgend die Ergebnisse der Wahlen ab 1932 vorgestellt.<sup>95</sup>

Es ist ersichtlich, wie gerade die DNVP in Sende an Stimmen verliert, dafür aber die NSDAP hinzugewinnt. Erst bei der Wahl am 5. März 1933 erreicht die NSDAP in den übrigen Gemeinden des Amtes Verl einen mit Sende vergleichbaren Anteil. Die starke Position der NSDAP schon vor 1933 in Sende ist wohl auf den Ortsteil Eckardtsheim zurückzuführen. Hierzu berichtet der Historiker Hans-Werner Schmuhl über den Nationalsozialismus in Eckardtsheim, dass von jeher die politischen Sympathien im Betheler Anstaltsmilieu, wozu ja auch die Anstalten in Eckardtsheim gehören, auf das rechte Parteienspektrum beschränkt gewesen seien.<sup>96</sup> Um politische Konflikte aus den von Bodelschwingschen Anstalten herauszuhalten, gab es zwar einen Beschluss vom Juni 1931, keine Räume für politische Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Diese Maxime geriet aber insbesondere auch durch den Eckardtsheimer Anstaltsleiter Pastor Gustav Dietrich unter Druck, der die NSDAP und SA laut Schmuhl offen unterstützte. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten durften auch in Eckardtsheim Anstaltsräumlichkeiten durch NSDAP und SA für ihre Zwecke genutzt werden. Insbesondere die Fahnenweihe der SA in Eckardtsheim am 11. Mai 1933 zeigt die Stärke der Nationalsozialisten im Ortsteil Eckardtsheim.

Ein Artikel aus dem Aufwärts, dem christlich nationalen Tageblatt aus Bethel, vom 11. Mai 1933 über die SA-Fahnenweihe gibt einen guten Einblick in das Gedankengut und Verständnis insbesondere der NSDAP-Anhänger bzw. ihr Nahestehender in Eckardtsheim.<sup>97</sup>

*„Strahlender Sonnenschein leuchtet in die Frühlingspracht unserer stillen Senne. ..., von vielen Häusern wehten im Morgenwind die Fahnen der nationalen und sozialen Revolution. ..., und unter dem erhabenen Klang preußischer Armeemärsche rückten sie an, die braunen Scharen der SA, Sturm 13/74 (Senne) zu dem Eckardtsheim und ganz besonders Wilhelmsdorf eine stattliche Zahl von Männern stellt, und ihre Gäste im braunen Hitlerkleid, ... eine stattliche Abteilung der Schupo-SA aus Bielefeld mit ihrer Fahne. Über den Hof von Wilhelmsdorf ging der Zug und strebte einem stillen*

---

<sup>95</sup> Die in der Tabelle dargestellten Werte basieren auf dem folgenden Dokument: Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S.58-59.

<sup>96</sup> Schmuhl: Eckardtsheim und der Nationalsozialismus (1931 bis 1941), in: Benad, Matthias u. a. (Hgg.): Bethel – Eckardtsheim, Stuttgart 2006, S. 455.

<sup>97</sup> SA-Fahnenweihe in Eckardtsheim, in: Aufwärts 109, 11. Mai 1933, [www.zeitpunkt.nrw](http://www.zeitpunkt.nrw) (Zugriff vom 11.03.2021).

*Waldwinkel zu, wo seine schlichte Holzkanzel steht, ... . Hier sollte die Fahne unseres heimischen Sturmbanns ihre Weihe erhalten.“*

<b>Ergebnisse Reichstagswahl 21. Juli 1932</b>				
<b>Gemeinde</b>	<b>Zentrum</b>	<b>SPD</b>	<b>DNVP</b>	<b>NSDAP</b>
Bornholte	85,1%	2,0%	1,5%	6,5%
Liemke	78,8%	6,9%	0,9%	10,3%
Oesterwiehe	89,8%	0,7%	0,3%	5,8%
Sende	43,2%	12,8%	5,5%	25,2%
Verl	71,7%	5,3%	1,5%	12,2%
<b>Ergebnisse Reichstagswahl 6. November 1932</b>				
<b>Gemeinde</b>	<b>Zentrum</b>	<b>SPD</b>	<b>DNVP</b>	<b>NSDAP</b>
Bornholte	77,7%	2,9%	4,6%	3,2%
Liemke	75,6%	7,3%	1,6%	8,2%
Oesterwiehe	88,8%	1,4%	1,7%	3,8%
Sende	41,3%	9,9%	6,8%	22,6%
Verl	69,9%	3,1%	2,6%	8,8%
<b>Ergebnisse Reichstagswahl 5. März 1933</b>				
<b>Gemeinde</b>	<b>Zentrum</b>	<b>SPD</b>	<b>DNVP</b>	<b>NSDAP</b>
Bornholte	57,9%	2,4%	0,0%	34,6%
Liemke	68,2%	7,3%	0,0%	20,4%
Oesterwiehe	63,6%	1,5%	0,0%	32,8%
Sende	38,2%	8,6%	0,0%	37,3%
Verl	58,4%	3,9%	0,0%	28,7%
Amt Verl ohne Sende	80,0%	4,5%	1,1%	9,3%
Amt Verl ohne Sende	76,7%	4,3%	2,5%	6,6%
Amt Verl ohne Sende	62,7%	4,4%	0,0%	27,6%

**Tabelle 3 Ergebnisse der Reichstagswahlen 1932 und 1933 <sup>98</sup>**

<sup>98</sup> Die in der Tabelle dargestellten Werte basieren auf dem folgenden Dokument: Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S.58-59.

Die vielen Fahnen an den Häusern und die stattliche Zahl von Männern der SA aus Wilhelmsdorf und Eckardtsheim zeigen, dass es in Eckardtsheim eine entsprechend große Anhängerschaft der Nationalsozialisten gibt. Die Festpredigt hält Pastor Wilhelm Niemöller aus Bielefeld, der nach Vaterunser und Segen die neue Fahne weiht. Niemöller sagt dazu laut Aufwärts:

*„Ehre, Freiheit, Vaterland‘, der alte Wahlspruch der deutschen Burschenschaft solle mit des Herrn Hilfe auch dieses Banner geleiten, daß es in Ehren stets freien deutschen Männern in einem freien Vaterland voranwehe. Wie ein Geloben, ein Bekennen ertönte es im gemeinsamen Singen: ‚Ich hab‘ mich ergeben – meinem deutschen Vaterland““*

Die Vermischung nationalen und religiösen Gedankenguts bei der Fahnenweihe macht deutlich, warum möglicherweise gerade in den evangelischen Kreisen von Eckardtsheim der Nationalsozialismus so interessant ist. Am Nachmittag wird die Festveranstaltung im Haus Thekoa fortgesetzt, wo auch der Anstaltsleiter Gustav Dietrich spricht. Er wird vom Aufwärts wie folgt zitiert:

*„Wir Betheler sind unpolitisch, aber ‚deutsch bis auf die Knochen‘. Seitdem aber der 30. Januar und der 5. März unserem Volk eine wahrhaft deutsche Richtung gegeben haben, soll in diesem Saal auch wahrhaft deutsches politisches Wesen eine Heimstätte finden.“*

Hier wird die nationalsozialistische Gesinnung des Anstaltsleiters sehr deutlich, und unpolitisch ist er sicherlich auch nicht. Von einer Teilnahme Großrüschkamps an der Fahnenweihe wird nicht berichtet. Schmuhl geht sogar noch weiter und spricht davon, dass es insbesondere in den Anstalten „teilweise wohl sehr fanatische Nationalsozialisten“ gibt.<sup>99</sup>

Tatsache ist also, dass sich auch der Gemeindevorsteher Johann Großrüschkamp mit diesen politischen Gegensätzen in der Gemeinde Sende – einerseits der katholische, am Zentrum orientierte Teil, andererseits der evangelische, nationalsozialistisch orientierte Teil, der auch noch recht radikal einzuschätzen ist – auseinandersetzen muss.

Arbeitslosigkeit ist am Anfang der 30er Jahre im Vergleich zum Deutschen Reich im Kreis Wiedenbrück und auch in der Gemeinde Sende ein eher geringes Problem. Martin Pollklas schreibt hierzu:

---

<sup>99</sup> Schmuhl: Eckardtsheim und der Nationalsozialismus (1931 bis 1941), in: Benad, Matthias, u.a. (Hgg.): Bethel – Eckardtsheim, Stuttgart 2006, S. 457.

*„Sie [die Arbeitslosigkeit, d. Verf.] erreichte im Februar 1932 mit 2.269 registrierten Arbeitslosen ihren Höchststand von 5% [im Kreis Wiedenbrück, d. Verf.], während im Reich im Jahresdurchschnitt 1932 eine Arbeitslosigkeit von 29,9 % herrschte.“<sup>100</sup>*

Dementsprechend werden in einem Bericht der Glocke vom 3. August 1933 zwanzig „Wohlfahrtserwerbslose“ in der Gemeinde Sende gemeldet, was weniger als 1 % der Gesamtbevölkerung der Gemeinde ausmacht.<sup>101</sup> Arbeitslosigkeit ist sicherlich kein starker Treiber für die Zuwendung der Bevölkerung in Sende zum Nationalsozialismus.

## 6.2. Die Kommunalwahl am 12. März 1933 und ihre Folgen

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Januar 1933 werden am 12. März Kommunalwahlen durchgeführt. Nach der Wahl findet die nächste Sitzung der Gemeindevertretung von Sende am 6. April 1933 statt. Hier sind der Gemeindevorsteher und sein Stellvertreter zu wählen. Die Wahl der Gemeindevorsteher soll per Zuruf erfolgen<sup>102</sup>. Weiter heißt es:

*„Zum Gemeindevorsteher wird einstimmig der bisherige Gemeindevorsteher Landwirt Johann Großerüschkamp gewählt.“*

Die Einstimmigkeit beweist weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Arbeit von Großerüschkamp in der Gemeindevertretung.

Anschließend folgt die Wahl des Stellvertreters. Hier liegen zwei Wahlvorschläge vor. Der erste Vorschlag favorisiert den Deutschnationalen Hausvater Wilhelm Hilgemann aus Eckartsheim, der seit 1916 Mitglied der Gemeindevertretung ist.<sup>103</sup> Der zweite gilt dem Kötter Konrad Fortkord, der seit 1929 stellvertretender Gemeindevorsteher ist und seit 1919 der Gemeindevertretung angehört.<sup>104</sup> Die Wahl erfolgt ebenfalls per Zuruf, der erste Vorschlag wird mit drei Ja zu fünf Nein Stimmen abgelehnt, der zweite mit vier Ja zu drei Nein Stim-

---

<sup>100</sup> Pollklas: Der Kreis Wiedenbrück 1933-1936, S. 16.

<sup>101</sup> Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen fast unverändert, in: Die Glocke – Beckumer Volkszeitung, Warendorfer Tageblatt, Wiedenbrücker Zeitung 177, 03.08.1933, Internet [www.zeitpunkt.nrw](http://www.zeitpunkt.nrw) (Zugriff am 11.03.2021).

<sup>102</sup> Kreisarchiv Gütersloh, A02/02a-153, Auszug aus dem Protokollbuch der Gemeinde Sende, Verhandlung vom 6.4.1933.

<sup>103</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 20, Protokollbuch der Gemeinde Sende 1911 – 1920, S. 268-269, Protokoll vom 18.2.1916. und Kreisarchiv Gütersloh, A02/02a-153, Auszug aus dem Protokollbuch der Gemeinde Sende, Schreiben an den Kreisleiter der NSDAP Horn vom 10.4.1933.

<sup>104</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 20, Protokollbuch der Gemeinde Sende 1911 – 1920, S. 117, Protokoll vom 27.3.1919.

men und einer Enthaltung angenommen. Damit ist der Kötter Konrad Fortkord zum stellvertretenden Gemeindevorsteher gewählt.

Am 24. März 1933 war eine Verfügung des Innenministers ergangen, die forderte: <sup>105</sup>

*„Sozialistische Mitglieder der Gemeinderäte ... , soweit bisher noch nicht geschehen, beurlauben, wenn andernfalls Zusammenarbeit unmöglich erscheint. Solche Mitglieder, soweit es die von Ihnen bisher wahrgenommenen Funktionen erfordern, oder zur Erreichung der Beschlussfähigkeit erforderlich ist, sofort nach Einvernehmen mit Gauleitung durch Kommissare ersetzen.“*

Genau dieser Erlass führt in der Sitzung am 6. April 1933 dazu, dass vor der Besetzung der Ausschüsse und Kommissionen festgestellt werden muss, ob die Gemeindevertretung die Zusammenarbeit mit dem Gemeindevertreter Heinrich Große für möglich hält. Der Metallarbeiter Heinrich Große hat über die Gewerkschaft den Weg in die Politik gefunden und gehört seit 1924 der Gemeindevertretung an.<sup>106</sup> Im Jahr 1928 ist er nach eigenem Bekunden der SPD beigetreten.<sup>107</sup> Die Zusammenarbeit wird laut Protokoll von der Gemeindevertretung befürwortet:<sup>108</sup>

*„Bezügl. des auf den Wahlvorschlag „Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD“ gewählten Gemeindevertreters H. Große war zu entscheiden, ob eine Zusammenarbeit unmöglich sei, sodaß Große nicht zu Ausschüssen gewählt werden könnte. Die Vertretung stellt einmütig fest, daß eine Zusammenarbeit möglich ist.“*

Anschließend erfolgt die Besetzung der Ausschüsse, Heinrich Große wird u. a. in den Finanzausschuss gewählt. Diese Besetzung wird jedoch schon bald unwirksam, denn die Verordnung zur Sicherung der Staatsführung vom 7. Juli 1933 bestimmte in § 2, dass die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei unwirksam sei.<sup>109</sup> Damit war Heinrich Große spätestens ab diesem Zeitpunkt aus der Gemeindevertretung ausgeschlossen. Er nahm zwar noch an der Sitzung der Gemeindevertretung am 3. Mai 1933 teil, wie protokolliert wird, die weiteren Sitzungen finden ohne ihn statt.<sup>110</sup> Dem Gemeindevorsteher blieb hier außer einem möglichen eigenen Rücktritt kein Handlungsspielraum. Dieses Bei-

---

<sup>105</sup> Renk, Heinz, Dr. Sagebiel, Martin: Monographie des Kreises Wiedenbrück, S. 268.

<sup>106</sup> Huss, Annette: „Kommunalpolitiker mit Talent und Profil“, Neue Westfälische, 1./2.4.2017.

<sup>107</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung Gutachten Heinrich Große 18. Februar 1947

<sup>108</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 21, Protokollbuch der Gemeinde Sende 1920 – 1937, S. 268-269, Protokoll vom 6.4.1933.

<sup>109</sup> Renk, Heinz, Dr. Sagebiel, Martin: Monographie des Kreises Wiedenbrück, S. 269.

<sup>110</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 21, Protokollbuch der Gemeinde Sende 1920 – 1937, S. 270, Protokoll vom 3.5.1933.

spiel zeigt, wie schnell die Machtergreifung der Nationalsozialisten die unterste Ebene der Demokratie in der Landgemeinde Sende erreicht hat.

Aber die Gemeinderatssitzung vom 6. April 1933 sollte noch weitere Folgen haben, nämlich in Bezug auf den stellvertretenden Gemeindevorsteher. Am 10. April 1933 verfassen die Gemeindevertreter Gerhard Wewers und Wilfried Dobener ein Schreiben an den Kreisleiter der NSDAP Horn in Wiedenbrück.<sup>111</sup> Beide Autoren sind offensichtlich Parteigenossen der NSDAP, an der Unterschrift durch die Abkürzung „PG“ vor dem Namen ist dieses erkennbar. Im Schreiben heißt es: *„Auf Vorschlag wurde der frühere Vorsteher [Großerüschkamp, d. Verf.] einstimmig wiedergewählt.“* Dabei ist das Wort *einstimmig* unterstrichen, was offensichtlich noch einmal auch die Zustimmung der beiden Autoren des Schreibens verdeutlichen soll. Anschließend heißt es:

*„Auf die Stelle des Stellvertreters erhoben wir als die stärkste Fraktion Anspruch und schlugen den uns nahestehenden Deutschnationalen Wilhelm Hilgemann vor. Der Vertreter der SPD, die nur einen einzigen Abgeordneten in der Gemeindevertretung hat [gemeint ist Heinrich Große, d. Verf.], stellte als Gegenkandidaten den früheren Vorsteher-Stellvertreter, Kötter Fordkod [der korrekte Name ist Fortkord, der Name wird aber im gesamten Schreiben möglicherweise bewusst falsch geschrieben, d. Verf.] auf“*

Anschließend erfahren wir etwas über die Situation in der SENDER Gemeindevertretung. Es heißt weiter:

*„Es zeigte sich auch hier wieder das beschämende Schauspiel, daß sog. bürgerliche Abgeordnete, die allerdings dem Zentrum nahestehen, wenngleich die Fraktion sich auch nicht „Zentrum“ nennt, mit der S.P.D. durch Dick und Dünn gehen, wenn es gilt, den verhaßten Nazis eins auszuwischen. Wir sind jedoch als stärkste Fraktion nicht gewillt, uns das gefallen zu lassen,“*

Offensichtlich bilden die Abgeordneten Dobener, Hilgemann und Wewers eine Fraktion von drei Personen, hier spiegelt sich die starke nationalsozialistische Orientierung aus Eckardtsheim auch in der SENDER Gemeindevertretung wider. Dann wird der Kreisleiter der NSDAP aufgefordert, den SPD-Mann Heinrich Große auszuschalten. So schnell verlor die Aussage über die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Heinrich Große ihre Gültigkeit. Das Problem wird dann durch die Verordnung zur Sicherung der Staatsführung vom 7. Juli 1933 gelöst. Am 28. Juli 1933 wird in der Sitzung der Gemeindevertretung der Malermeister Gerhard

---

<sup>111</sup> Kreisarchiv Gütersloh, A0/202a-153, Auszug aus dem Protokollbuch der Gemeinde Sende, Schreiben an den Kreisleiter der NSDAP Horn vom 10.4.1933.



Wevers, einer der Autoren des Schreibens vom 10. April 1933, einstimmig zum stellvertretenden Gemeindevorsteher gewählt.<sup>112</sup> Dieses wird nur in einem Satz protokolliert.

Dieser Vorfall macht deutlich, wie sich zwischenzeitlich die Machtverhältnisse entwickelt haben. Auch der Gemeindevorsteher ist hier auf Grund von Verordnungen machtlos. In den Protokollen der Gemeindevertretung von Sende ist der stellvertretende Gemeindevorsteher außer bei seiner Wahl nicht wahrnehmbar. Daher ist es erstaunlich, wie die NSDAP-Vertreter um dieses Amt kämpfen, hier geht es sicherlich um eine klare Machtdemonstration.

### 6.3. Beitritt zur NSDAP

Nach diesem Vorfall und dem sicherlich vorhandenen Wissen über die politische Orientierung in der Gemeinde hat sich für Johann Großerüschkamp wie auch für manchen Gemeindevertreter die Frage nach der Bewertung dieses Ereignisses und dem weiteren Umgang damit gestellt. Großerüschkamp ist nach eigenen Angaben 1933 oder 1934 der NSDAP beigetreten, wie er in seinem Schreiben zur Entnazifizierung vom 17. Februar 1947 mitteilt.<sup>113</sup>

*„Anlässlich einer Sitzung im Jahre 1933 oder 1934 wurde erklärt, daß jeder Deutsche jetzt den Willen zur ernstlichen Mitarbeit zeigen müsse. Darauf erklärten wir den Beitritt zur NSDAP.“*

Wer in dieser Aussage neben Großerüschkamp mit „wir“ gemeint ist, kann nicht mehr ermittelt werden. Auch bleibt aus der Aussage unklar, wann genau der Beitritt erfolgt ist. Da keine Karteikarte im Bundesarchiv Berlin vorliegt, lässt sich dieses nicht mehr ermitteln.<sup>114</sup> Es wäre Interessant zu wissen, ob der Beitritt vor oder nach der Nachwahl des stellvertretenden Gemeindevorstehers am 28. Juli 1933 erfolgte beziehungsweise nach der Erstellung des Schreibens durch die Gemeindevertreter Dobener und Wewers. Der Inhalt dürfte Großerüschkamp vor der Sitzung am 28. Juli 1933 bekannt gewesen sein.

Wie der obige Auszug aus dem Schreiben zeigt, könnte ein weiterer Grund für den Beitritt von Johann Großerüschkamp gewesen sein, dass er um 1933 noch an „gute“ nationale Ziele der NSDAP glaubte. Ein wohl viel wichtigerer Grund wird mehrfach in Stellungnahmen im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens genannt. So schreibt Heinrich Große, SPD-Mitglied

---

<sup>112</sup> Kreisarchiv Gütersloh, A0202a-153, Auszug aus dem Protokollbuch der Gemeinde Sende, Verhandlung vom 28.07.1933.

<sup>113</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung Schreiben Johann Großerüschkamp 17. Februar 1947

<sup>114</sup> Bundesarchiv Berlin, Schreiben vom 6.7.2020, Privatbesitz Rudolf Hollenhorst.

seit 1928, der 1933 wie oben beschrieben aus der Gemeindevertretung ausgeschlossen und 1945 von den Siegermächten auf Grund seiner SPD-Zugehörigkeit als unbelastet erachtet und daher zum Bürgermeister von Sende ernannt wurde, in einer Stellungnahme vom 18. Februar 1947:<sup>115</sup>

*„Als im Jahre 1933 Hitler die Macht in Deutschland an sich gerissen hatte, wurde ich aus meiner Stellung als Gemeindevertreter entfernt. Großerüschkamp trat, um nicht auch aus seinem Amt entfernt zu werden, der N.S.D.A.P. bei. Ich habe mich mit ihm über diese Angelegenheit öfters unterhalten. Aus seinen Äußerungen ging hervor, dass er durch den Beitritt zur Partei keineswegs innerlich Nationalsozialist geworden war, sondern in dem Glauben stand, der Einwohnerschaft dadurch einen Dienst zu erweisen; denn die Gemeinde würde davor bewahrt, dass sie einen alten Kämpfer der N.S.D.A.P. als Vorsteher erhalte.“*

Heinrich Große bescheinigt Johann Großerüschkamp, dass er aus taktischen Gründen der NSDAP beigetreten sei, um die Spielräume in der Gemeindepolitik so groß wie nur möglich zu halten. Ähnlich argumentiert Johann Brei in einer Stellungnahme vom 12. September 1948, in dem er sich selber als Antifaschist bezeichnet:<sup>116</sup>

*„Daß Großerüschkamp Mitglied der NSDAP geworden ist, ist nur auf Drängen mehrerer beherzter Antifaschisten zurückzuführen, die ihn als Bürgermeister halten wollten.“*

Auch Bernhard Vorderbrüggen, ab 1948 Amtsbürgermeister des Amtes Verl, und Ferdinand Wester-Ebbinghaus, der sich selbst als „Halbjude“ bezeichnet, bestätigen die Ausführungen von Heinrich Große und Johann Brei.<sup>117</sup> Großerüschkamp kannte Vorderbrüggen und Wester-Ebbinghaus vermutlich aus dem landwirtschaftlichen und kirchlichen Umfeld. Die Erfahrung mit der Abwahl des stellvertretenden Gemeindevorstehers in Sende macht eine solche Überlegung sehr wohl verständlich. Auch vor dem Hintergrund der oben beschriebenen starken nationalsozialistischen Orientierung in Eckratsheim wird die obige Argumentation nachvollziehbar. Dass zudem zwei offensichtliche Gegner des Nationalsozialismus diese Überlegung bestätigen, macht sie deutlich glaubwürdiger.

---

<sup>115</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung Gutachten Heinrich Große 18. Februar 1947 und Huss, Annette: Kommunalpolitiker mit Talent und Profil, in: Neue Westfälische, 1. /2. 4.2017.

<sup>116</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung Gutachten Johann Brei 12. September 1948

<sup>117</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung Gutachten Bernhard Vorderbrüggen 3. Februar 1949 und Gutachten Ferdinand Wester-Ebbinghaus 3. Februar 1949

Große macht aber auch eine sehr klare Aussage zur politischen Einstellung von Großerüschkamp vor 1933, eine der wenigen vorhandenen schriftlichen Aussagen zu diesem Thema. Er schreibt: <sup>118</sup>

*„Während meiner Tätigkeit als Gemeindevertreter der Gemeinde Sende vom Jahre 1924 bis 1933 habe ich mit dem damaligen Gemeindevorsteher Johann Großerüschkamp, Sende 37, viele Unterhaltungen über Politik geführt. Ich habe nie den Eindruck gehabt, daß er mit dem Nationalsozialismus sympathisierte. Eher hatte ich den Eindruck, daß er diesen ablehnte.“*

Hier wird Großerüschkamp definitiv eine distanzierte Haltung zum Nationalsozialismus testiert.

#### **6.4. Der Vorfall in der Gauamtsschule für Kommunalpolitik in Porta**

Ab 1935 wurden die bisherigen Gemeindevorsteher der Landgemeinden gemäß der Gemeindeordnung von 1935 als Bürgermeister bezeichnet. Pollklas berichtet, dass für die Bürgermeister eine mehrtägige NS-Schulung in der Gauamtsschule für Kommunalpolitik in Porta zwingend erforderlich war.<sup>119</sup> So war auch Johann Großerüschkamp zu einer entsprechenden Veranstaltung im September 1936 eingeladen, über die er im Schreiben vom 17. Februar 1947 im Rahmen der Entnazifizierung berichtet.<sup>120</sup>

*„Im September 1936 wurden der damalige Gemeinderat Klemens Johannwille und ich zu einer Schulung in der Gauschule für Kommunalpolitik nach Porta verpflichtet. Diese Schulung sollte 7 Tage dauern. Am 2. Tage erklärten wir dem Schulungsleiter, Sturmführer Konitzka. [sic] nach seinen zwei Vorträgen, wir könnten seine Vorträge unmöglich weiter anhören, weil wir ein Identifizieren mit seiner Weltanschauung und eine Annahme oder Unterstützung ablehnten. Die Vorträge behandelten vor allem religiöse Fragen und das sogenannte Judenproblem. Nach einer stürmischen Auseinandersetzung mit dem Schulungsleiter verließen wir am 2. Tage diese Schulung. Der Schulungsleiter erklärte abschließend, er werde gegen uns Anzeige beim Gau erstatten. Es wurde gegen uns Anzeige erhoben wegen ablehnender Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus. Nur wegen unserer schweren Kriegsbeschädigung (ich 80% beschädigt aus dem Kriege 1914-1918) sah man von einer Bestrafung und sonstigen*

---

<sup>118</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung Gutachten Heinrich Große 18. Februar 1947.

<sup>119</sup> Pollklas, Martin: Der Kreis Wiedenbrück 1933 – 1936, S. 34.

<sup>120</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung Schreiben Johann Großerüschkamp 17. Februar 1947

*Maßregelungen, mit denen wir gerechnet hatten, ab. Gleich nach Rückkehr aus Porta haben wir unsererseits beim Ortsgruppenleiter aus der NSDAP Beschwerde über den Vorfall geführt und den Austritt aus der Partei und die Entlassung aus unseren Ämtern beantragt. Dieser Antrag wurde damals übergangen.“*

Offensichtlich hatte Großerüschkamp klare Überzeugungen, die er auch bereit war, zu vertreten. Sie sind sicherlich primär durch seinen katholischen Glauben geprägt. Aber immerhin lieferten ihm seine Überzeugungen unabhängig von temporären politischen Entwicklungen eine klare Orientierung.

Aber nicht nur im Rahmen der Schulung von Porta waren ihm die christlichen Grundsätze wichtig, sondern auch in seinem gesamten Handeln. So schreibt dazu Josef Brinkord 1963 in seinem Vorschlag für die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes: <sup>121</sup>

*„Auch in der Nazizeit vertrat er immer christliche Grundsätze und wich von seiner Überzeugung nicht ab. Es gelang ihm, manche Härten zu mildern. Dies wird in der Bevölkerung besonders anerkannt.“*

Allerdings nennt Brinkord keine Beispiele von Härten, die durch Großerüschkamp gemildert wurden.

Dass der Vorfall von Porta keine Konsequenzen hatte, könnte einfach im Mangel an alternativem NSDAP-Personal mit Erfahrung und Akzeptanz für bestimmte Positionen liegen. So berichtet Pollklas, dass in Preußen bei den Gemeindebürgermeistern nur 9.517 Altparteigenossen 49.443 Stellen gegenüberstanden, bis 1935 aber 20.114 Gemeindebürgermeister der Partei beitraten.<sup>122</sup>

## 6.5. Kriegszeit

Dass Großerüschkamp durchaus bereit war, die ihm möglichen Spielräume als Bürgermeister auszunutzen, zeigt das folgende Beispiel aus der Kriegszeit. Im Protokoll der Sitzung der Gemeinderäte von Sende vom 6. Mai 1943 findet sich unter Tagesordnungspunkt III.2 das Thema Straßen- und Wegebau.<sup>123</sup> Zunächst wird berichtet, dass der Bau neuer Straßen we-

---

<sup>121</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW O Nr. 6259 Ordensakte Johann Großerüschkamp, Schreiben Josef Brinkord an den Regierungspräsidenten vom 23.1.1963

<sup>122</sup> Pollklas: Der Kreis Wiedenbrück 1933 – 1936, S. 23, die Zahlen basieren auf: Broszaat, Martin: Der Staat Hitlers, Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München, 1989, S. 303 f.

<sup>123</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23, Sitzungsniederschriften der Gemeinde Sende vom 29.3.1939 – 18.3.1961, Protokoll vom 6.5.1943.

gen eines allgemeinen Bauverbots für die Kriegszeit unmöglich sei. Mit diesem Verbot will man sich aber nicht zufriedengeben, denn es soll versucht werden, für später durchzuführende Straßenbauten schon die notwendigen Straßenbaumaterialien zu beschaffen, wofür genügend Rücklagen vorhanden seien. Weiter folgt eine genaue Detailargumentation, warum die Gemeinde die Maßnahme nicht selber durchführt, aber die vorhandenen Rücklagen dafür verwendet werden dürfen und den unterhaltungspflichtigen Grundstücksanliegern zur Verfügung stehen. Und es wird das öffentliche Interesse an diesen Maßnahmen begründet. Es heißt dann:

*„Die Verbesserung der nicht befestigten öffentlichen Wege ist auch in Kriegszeiten durch Aufbringung von Schlacken, die hier in der Nähe zu günstigen Bedingungen erhältlich sind, möglich. Da die Unterhaltung der nicht befestigten öffentlichen Wege nach dem bestehenden Gewohnheitsrecht den Grundstücksanliegern obliegt, ist auch die Verbesserung der Wege durch Aufbringung von Schlacken Angelegenheit der wegunterhaltungspflichtigen Grundstücksanlieger. Die Aufbringung von Schlacken stellt aber eine außergewöhnliche Verbesserung dieser Wege dar und liegt deshalb im allgemeinen öffentlichen Interesse. Aus diesem Grunde ist die finanzielle Förderung solcher Wegverbesserungen durch finanzielle Beihilfen von Seiten der Gemeinde gerechtfertigt.“*

Die Gemeinde gibt den wegunterhaltungspflichtigen Anliegern einen verlorenen Zuschuss bis zur vollen Höhe der Material- und Transportkosten der aufzutragenden Schlacke. Mit diesem Vorgehen werden die Gesetze, insbesondere das Straßenbauverbot, eingehalten, andererseits wird das vorhandene Geld im Sinne der Bürger gut genutzt. Dieses erscheint als ein gutes Beispiel, dass Johann Großrüschkamp bereit war, die vorhandenen Spielräume möglichst weit auszunutzen u. a. auf Grund seiner langjährigen Erfahrung und durch kluge Argumentation. Letztlich muss er auf Grund des Führerprinzips die Beratungsergebnisse der Gemeindevertreter durch entsprechende Unterschrift zum Beschluss erheben und trägt dafür die volle Verantwortung.

## **6.6. Das Kriegsverdienstkreuz für den Bürgermeister?**

Einsatz und Leistung von Kommunalpolitikern sollten schon durch Aufwandsentschädigung und durch Wertschätzung honoriert werden. Eine solche Honorierung kann ein Orden sein. So schlägt auch der Verler Amtsbürgermeister in einem Schreiben vom 4. Januar 1944 an den Landrat in Wiedenbrück die Verleihung des „Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse ohne Schwerter“ an Johann Großrüschkamp und Heinrich Kuhlenkamp, den Bürgermeister der

Gemeinde Bornholte, vor.<sup>124</sup> Es wird darauf hingewiesen, dass Großrüschkamp arisch sei und nicht jüdisch versippt, seine politische Zuverlässigkeit wird damit begründet, dass die Ernennung zum Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Beauftragten der NSDAP erfolgte. Für die politische Zuverlässigkeit spielt also nicht das Verhalten in der Zeit eine Rolle, sondern nur der Status bei der Ernennung.

In einem weiteren Schreiben vom 3. Januar 1944 teilt der Amtsbürgermeister mit, dass bereits die ehrenamtlichen Bürgermeister der Gemeinden Liemke und Oesterwiehe das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse (ohne Schwerter) erhalten haben.<sup>125</sup> Es ist zu vermuten, dass es ein Ziel des Amtsbürgermeisters war, möglichst gut gegenüber seinen Vorgesetzten dazustehen durch viele verliehene Orden.

Auf den Vorschlag gibt es aber im Laufe des Jahres 1944 keine Reaktion, wie der Amtsbürgermeister in einem Schreiben vom 8. Januar 1945 an den Landrat mitteilt.<sup>126</sup> Er sieht sich nicht in der Lage, weitere Vorschläge für die Verleihung von Orden zu machen, solange die bisherigen nicht berücksichtigt seien. Danach ist in der Angelegenheit nichts mehr passiert, denn Johann Großrüschkamp hat den Orden nach den Angaben im Entnazifizierungsfragebogen nie erhalten<sup>127</sup>. Er hat nur das Eisene Kreuz II. Klasse 1917 im 1. Weltkrieg erhalten, wie er mitteilt. In den ersten Monaten des Jahres 1945 dürfte das Nazi-Regime andere Sorgen als die Verleihung von Orden gehabt haben. Die Tatsache, dass im Laufe des Jahres 1944 in der Ordensangelegenheit nichts passiert ist, könnte aber auch darauf hindeuten, dass es in höheren Stellen des Nazi-Regimes doch Bedenken gegen einen solchen Orden für Großrüschkamp gab.

Zusammenfassend ist davon auszugehen, dass das Verhältnis zwischen Großrüschkamp und den Nationalsozialisten trotz seines Parteibeitritts eher distanziert war auf Grund etwa des Vorfalls in Porta. Auch die Aussage von Heinrich Große zu seiner politischen Einstellung bis 1933 macht dieses deutlich.

Ob sein Beitritt zur NSDAP wirklich erforderlich war, um im Amt zu bleiben, kann aus heutiger Sicht nicht mehr endgültig bewertet werden. Man muss ihm zu Gute halten, dass er zu seiner Zeit mit seinen Informationen eine Entscheidung getroffen hat. Martin Pollklas

---

<sup>124</sup> Stadtarchiv Verl D 1540 Personalakte Bürgermeister Großrüschkamp, Sende,

<sup>125</sup> Stadtarchiv Verl D 1700 Ordensakte / Schreiben des Amtsbürgermeisters an den Landrat vom 3. Januar 1944

<sup>126</sup> Stadtarchiv Verl D 1700 Ordensakte / Schreiben des Amtsbürgermeisters an den Landrat vom 8. Januar 1945

<sup>127</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großrüschkamp Entnazifizierung Fragebogen S. 5.

schreibt in seiner Schlussbetrachtung zur Situation des Nationalsozialismus im Kreis Wiedenbrück in der zweiten Hälfte der 30er Jahre:<sup>128</sup>

*„... auch in einem katholischen Landkreis Westfalens [Kreis Wiedenbrück, d. Verf.] beharrten die Bewohner auf ihren Glauben und den hergebrachten Sitten und Gebräuchen. Während die Parteigliederungen über mangelnden Besuch klagten, waren die Kirchen weiterhin gut gefüllt und die kirchlichen Vereine suchten Spielräume für eine weitere Betätigung auszunutzen. Die Pfarrer waren für die Mehrheit immer noch die zentrale Autorität“*

Das Verhalten Großerüschkamps als Mitglied des katholischen Teils der Bevölkerung von Sende passt sehr wohl in dieses von Pollklas skizzierte Gesamtbild hinein. Die Situation in Eckardtsheim mit starker Befürwortung des Nationalsozialismus darf aber nicht außer Acht gelassen werden.

## **7. Nachkriegszeit und Entnazifizierung**

### **7.1. Nachkriegszeit**

Im Amt Verl und damit auch in Sende ging der Krieg Anfang April 1945 mit dem Einmarsch der Amerikaner zu Ende.<sup>129</sup> Ab Mitte des Jahres 1945 übernahmen die britischen Militärbehörden die staatliche Gewalt in Nordrhein-Westfalen von den Amerikanern und damit auch im Amt Verl und Kreis Wiedenbrück. Johann Großerüschkamp blieb aber weiterhin bis zum 15. Oktober 1945 im Amt. Zu diesem Termin wurde er vom damaligen Amtsbürgermeister Dr. Gärtner von seinem Amt entbunden.<sup>130</sup> Dr. Gärtner war von den Alliierten mit Wirkung zum 25. Oktober 1945 zum neuen Amtsbürgermeister des Amtes Verl ernannt worden.<sup>131</sup> Das Entlassungsschreiben für Großerüschkamp datiert vom 6. November 1945. Ob er etwa von den Alliierten zur gesichtswahrenden Niederlegung seines Amtes aufgefordert wurde oder wirklich auf eigenen Wunsch von seinen Aufgaben entbunden wurde, wie es im Schreiben heißt, kann nicht mehr nachvollzogen werden. Im Entlassungsschreiben heißt es zu seiner Arbeit:

---

<sup>128</sup> Pollklas: Der Kreis Wiedenbrück 1933-1936, S. 153.

<sup>129</sup> Hoffmann, Karl Otto: Das Ende des Zweiten Weltkrieges im Kreis Gütersloh, Heimat-Jahrbuch Kreis Gütersloh, 1986, S.124-125.

<sup>130</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großerüschkamp Entnazifizierung Entlassungsschreiben des Amtsbürgermeister Dr. Gärtner für Johann Großerüschkamp vom 6. November 1945.

<sup>131</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Porträt Amtsbürgermeister, Amtsdirektor Dr. Paul Gärtner.

*„Sie haben den ehrenamtlichen Dienst als Bürgermeister 24 Jahre lang ... in vorbildlicher Weise versehen, die Interessen der Gemeinde in jeder Hinsicht {sic} tatkräftig und gut gefördert und die von Ihnen von den Aufsichtsbehörden gestellten Aufgaben zur vollsten Zufriedenheit erfüllt.“*

Dieses ist ein sehr gutes Zeugnis für den ehemaligen Sender Bürgermeister von einem Amtsbürgermeister, der schon nach dem Ende des Nazi-Regimes ernannt worden war. In den Monaten nach Kriegsende lag sicherlich die Hauptaufgabe darin, die dringendsten Alltagsprobleme, wie die Versorgung der Bevölkerung mit Heizstoffen und Lebensmitteln, Gewährleistung der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Sicherheit zu bewältigen. Ralf Othengrafen berichtet, dass es im Gegensatz etwa zum benachbarten Kreis Halle (Westf.) im Kreis Wiedenbrück auf Kreisebene keine Initiative gab, „in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten eine Beteiligung der Bürgerschaft an ihrem Gemeinwesen auf den Weg zu bringen.“<sup>132</sup> Erst im September begannen die Briten durch die „Richtlinie der Militärregierung für die Verwaltung, die örtliche und die Gebietsregierung, sowie für den öffentlichen Dienst“ die Verwaltungsstrukturen in ihrem Bereich zu vereinheitlichen. Auf der Basis dieser Richtlinie teilte laut Othengrafen die britische Militärregierung u. a. in einem Schreiben vom 8. Oktober 1945 dem Wiedenbrücker Landrat Kluthe mit, dass zunächst Gemeindevertretungen von der Militärregierung auf der Basis von Vorschlagslisten, die durch die Bürgermeister zu erstellen seien, ernannt werden sollten.<sup>133</sup> Man sah sich zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, Wahlen durchzuführen. Die zukünftigen Gemeindevertreter sollten verantwortungsbewusste Bürger sein und sollten die verschiedenen Interessen in der Gemeinde repräsentieren. In einem Schreiben vom 11. Oktober 1945 fordert Kluthe die Bürgermeister auf, ihm die entsprechende Liste bis zum 15. Oktober 1945 zur Verfügung zu stellen.<sup>134</sup> Weiterhin teilt er mit, dass er Fragebogen zu den einzelnen Personen beifüge, die dann bis zum 18. Oktober 1945 auszufüllen seien.

Johann Großerüschkamp hat die angeforderte Liste mit 20 Kandidaten bis zum 15. Oktober 1945 erstellt und unterschrieben, ein wohl noch sehr wichtiger Akt am vorläufigen Ende seiner Tätigkeit. Auf der Liste befinden sich sieben Landwirte mit Angaben der Betriebsgrößen, sieben Arbeiter, ein Unternehmer, drei erkennbare Mitarbeiter der von Bodelschwinghschen Anstalten in Eckardtsheim und zwei Handwerker.<sup>135</sup> Zur politischen Einstellung oder Parteizugehörigkeit der Genannten gibt es keine Angabe. Die wichtigen Gruppen

---

<sup>132</sup> Othengrafen, Ralf: „Neues politisches Leben auf breitester demokratischer Grundlage“: Kreistag und Gemeindevertretungen nach 1945, Heimatjahrbuch Kreis Gütersloh, 2016, S. 44-50.

<sup>133</sup> Othengrafen: „Neues politisches Leben S. 44-50.

<sup>134</sup> Stadtarchiv Verl, D 1051, Mitglieder der Gemeindevertretungen 1945.1985, Schreiben des Landrats vom 11. Oktober 1945.

<sup>135</sup> Stadtarchiv Verl D 1051, Mitglieder der Gemeindevertretungen 1945 – 1985, Schreiben des Bürgermeisters von Sende an den Landrat vom 15. Oktober 1945.



in der Gemeinde, die auch schon in den Wahlergebnissen auf Reichsebene in den 20er Jahren erkennbar waren, sind angemessen vorhanden. Die Zusammenstellung zeigt, dass sich Großrüschkamp der Struktur in der Gemeinde bewusst ist, und es ihm auch wichtig ist, dass die verschiedenen Interessen angemessen zur Geltung kommen. Die ersten 15 Genannten der Liste sind dann auch die im November 1945 ernannten Gemeindevertreter.<sup>136</sup>

Die Erstellung der Liste war sicherlich recht aufwendig, denn in einer Zeit, wo zwar Großrüschkamp selbst ein Telefon hatte, aber wohl kaum einer der auf der Liste Genannten, musste mit jedem der 20 wahrscheinlich im persönlichen Gespräch die Bereitschaft geklärt werden, ein solches Amt auch zu übernehmen. Gleichzeitig musste auch noch die Ausfüllung der Fragebogen sichergestellt werden. Damit hat Großrüschkamp vor seinem Rücktritt im Oktober 1945 noch einen wichtigen Auftrag der Militärregierung zum Neubeginn der Demokratie in Sende erledigt.

## 7.2. Entnazifizierungsverfahren

Da Sende zur britischen Besatzungszone gehört, läuft das Entnazifizierungsverfahren nach den Regelungen dieser Zone ab. Hier soll nicht weiter auf die Unterschiede der Verfahren zwischen britischer und amerikanischer Besatzungszone eingegangen werden. Worum es bei der Entnazifizierung geht, erläutert die Historikerin Hanne Leßau wie folgt:<sup>137</sup>

*„Ihrer Konzeption nach ging es bei dieser Maßnahme [der Entnazifizierung, der Verfasser] weder um die ‚Umerziehung‘ der Deutschen noch primär um eine juristische Bestrafung ihrer Unterstützung des Nationalsozialismus oder gar der Beteiligung an seinen Verbrechen, wie immer wieder behauptet wird. Die breit angelegte Überprüfung der Deutschen auf ihre jeweilige Rolle im Nationalsozialismus war sicherheitspolitisch motiviert und sollte vor allem dafür sorgen, dass der Aufbau einer demokratischen Nachkriegsordnung nicht durch den Einfluss von (ehemaligen) Nationalsozialisten in den Schlüsselstellen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft torpediert wurde.“*

Auf Grund seiner Mitgliedschaft in der NSDAP musste sich auch Großrüschkamp einem Entnazifizierungsverfahren unterziehen, bevor er in die Politik zurückkehren konnte. Offensichtlich hat Großrüschkamp nach September 1946 vom Entnazifizierungsausschuss des Kreises Wiedenbück die Aufforderung zum Ausfüllen des Entnazifizierungsfragebogens samt Fragebogen erhalten, da dieser auf der ersten Seite mit dem Aufdruck „Third Reprint Sep-

---

<sup>136</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S.93.

<sup>137</sup> Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten, Göttingen, 2020, S. 475.

tember 1946“ versehen ist.<sup>138</sup> Großrüschkamp hat den Fragebogen bis zum 18. Februar 1947 ausgefüllt, mit diesem Datum ist er von ihm unterschrieben, und die enthaltenen Angaben sowie der Name wie auch die Unterschrift des Überprüften sind vom Amtsinspektor Alois Schröder vom Amt Verl als richtig bestätigt. Der Fragebogen ist mit Schreibmaschine ausgefüllt bis auf die Seite 4, die im Querformat aufgebaut ist und handschriftlich bearbeitet ist, da sie mit einer normalen Schreibmaschine kaum ausfüllbar ist. Vermutlich hat Großrüschkamp für das Ausfüllen mit Schreibmaschine Unterstützung im Amt Verl wahrgenommen, was auf Grund seiner bisherigen Rolle als Gemeindevorsteher bzw. Bürgermeister auch möglich war.

Es ist davon auszugehen, dass die von ihm gemachten Angaben im Fragebogen korrekt und so weit wie möglich vollständig sind. Zum einen wird schon auf der ersten Seite des Fragebogens mitgeteilt, dass „falsche oder unvollständige Angaben gemäß der Verordnungen der Militärregierung strafbar sind.“ Diese Androhung von Strafe fordert schon zur korrekten Ausfüllung auf. Weiterhin zeigt die Statistik der britischen Militärregierung, dass bei 2,14 Millionen Überprüfungen bis November 1947 gegen 2.320 Personen strafrechtliche Ermittlungen wegen Falschangaben im Fragebogen eingeleitet wurden.<sup>139</sup> Das sind gerade einmal 0,1 % der Überprüften.

Interessant ist die Beantwortung der Frage 1 auf Seite 1 des Fragebogens nach der augenblicklichen oder angestrebten Stellung: hier findet sich die Angabe „Bauer“ nicht durchgestrichen, darüber durchgestrichen die Angabe „Gemeindevertreter“, beide Angaben handschriftlich. Dass sich hier die Angabe „Gemeindevertreter“ findet, deutet darauf hin, dass Großrüschkamp mit erfolgreichem Abschluss der Entnazifizierung eine Rückkehr in die Kommunalpolitik anstrebt.

Auf der Seite 6 des Fragebogens werden alle möglichen Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Organisationen abgefragt, an erster Stelle die in der NSDAP. Hier fällt auf, dass Großrüschkamp bei der Nummer mit „unbekannt“ antwortet. Hierfür gibt es zwei mögliche Erklärungen: Eine ist, dass Großrüschkamp früher zwar ein NSDAP-Mitgliedsdokument mit der Nummer hatte, dieses aber nicht mehr vorhanden war. Die zweite Version könnte sein, dass er nie ein solches Dokument besessen hat. Auf alle Fälle ist für ihn heute keine Karteikarte in der zu ca. 80 Prozent überlieferten NSDAP-Mitgliederkartei im Bundesarchiv in Berlin mehr vorhanden.<sup>140</sup> Als Beginn der NSDAP-Mitgliedschaft gibt Großrüschkamp das Jahr 1933 an, ohne Monat und Tag.

---

<sup>138</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großrüschkamp Entnazifizierung Entnazifizierungsfragebogen S. 1-12.

<sup>139</sup> Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 108.

<sup>140</sup> Bundesarchiv Berlin, Schreiben vom 6.7.2020, Privatbesitz Rudolf Hollenhorst.

Dem Fragebogen fügt Großrüschkamp ein einseitiges Erklärungsschreiben, mit Schreibmaschine geschrieben, mit Datum 17. Februar 1947 bei.<sup>141</sup> Hierin berichtet er kurz darüber, wie er ab 1919 Gemeindevorsteher geworden ist. Damit will er sicherlich unterstreichen, dass er nicht erst durch die Nationalsozialisten in das Amt gekommen ist, sondern bereits lange vorher unabhängig vom Nationalsozialismus dieses Amt innehatte. Anschließend findet sich folgende Aussage zu seinem NSDAP-Beitritt:

*„Anlässlich einer Sitzung im Jahre 1933 oder 1934 wurde erklärt, daß jeder Deutsche jetzt den Willen zur ernstlichen Mitarbeit zeigen müsse. Daraufhin erklärten wir den Beitritt zur NSDAP.“*

Wer genau mit „wir“ gemeint ist, bleibt unklar. Diese Aussage ist eher kein Entlastungsargument hinsichtlich des Parteibeitritts, da es keine unausweichliche Notwendigkeit oder wie auch immer bewusste Entscheidung erkennen lässt. Durch die Nutzung der Wir-Form ist auch keine persönliche Verantwortung sichtbar.

Im Weiteren beschreibt Großrüschkamp in diesem Schreiben den Vorfall von 1936 in der Gauschule für Kommunalpolitik in Porta (siehe Kapitel 6.4). Anschließend findet sich noch folgende Aussage:

*„Bemerken möchte ich noch, daß ich seit Mai 1925 dem katholischen Kirchenvorstande angehöre und seit 1929 stellvertretender Vorsitzender bin.“*

Das Schreiben ist nicht von Großrüschkamp unterschrieben, sondern es folgt ein Eintrag des SENDER Pfarrvikars Karl Schulte mit Unterschrift und dem Stempel der Pfarrvikarie St. Heinrich Sende: „Aus eigenem Wissen bestätige ich gern obige Angaben.“

Offensichtlich glaubt Großrüschkamp, dass er durch seine christlich katholische Einstellung und kirchliches Engagement seine Distanz zum Nationalsozialismus ausreichend erklären kann, und dieses dann zu einem erfolgreichen Abschluss des Verfahrens führen wird. Damit folgt er einer gängigen Argumentation in Entnazifizierungsverfahren, dass er innerlich Distanz zum Nationalsozialismus gewahrt habe trotz seiner Mitgliedschaft in der Partei.<sup>142</sup>

Da in der britischen Besatzungszone die Betroffenen keine Informationen über die in ihrem Fall relevanten Belastungspunkte erhielten, konnten sie auch nicht eigene Erläuterungsschreiben auf mögliche Belastungspunkte abstellen.<sup>143</sup> Neben seinem eigenen Erläuterungs-

---

<sup>141</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand 1071 Nr. 1331, Johann Großrüschkamp Entnazifizierung Schreiben vom 17. Februar 1947.

<sup>142</sup> Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 480.

<sup>143</sup> Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 282.

schreiben fügt Großerüschkamp noch drei Dokumente bei, die als Leumundszeugnisse zu betrachten sind.

Dabei handelt es sich zunächst um das Entlassungsschreiben als Gemeindevorsteher für Großerüschkamp vom Amtsbürgermeister Dr. Paul Gärtner vom 6. November 1945.<sup>144</sup> Dieses ist eindeutig ein Arbeitszeugnis, das die Arbeit von Großerüschkamp sehr positiv bewertet. Zu seiner politischen Einstellung finden sich hier keine Aussagen. Dr. Paul Gärtner war von der Militärregierung mit Wirkung vom 25. Oktober 1945 zum Amtsbürgermeister des Amtes ernannt worden.<sup>145</sup> Nach eigenen Angaben war Dr. Gärtner nicht Mitglied der NSDAP gewesen, so dass er aus Sicht der Alliierten als unbelastet galt.

Als zweites Dokument findet sich ein Zeugnis der Anstaltsleitung von Eckardtsheim.<sup>146</sup> Neben der Darstellung der positiven Zusammenarbeit mit Großerüschkamp findet sich hierin folgende politisch orientierte Aussage:

*„Seine wohlwollende Haltung unserer kirchlichen Einrichtung gegenüber hat er auch während seiner Gemeindevorstehertätigkeit unter dem Nationalsozialismus bewiesen. Herr Großerüschkamp ist partei-politisch in keiner Weise hervorgetreten und hat niemals irgendwelchen Druck ausgeübt, sondern sich in stets gleichbleibender objektiver Haltung allen zur Verfügung gehalten, die seine Hilfe benötigten.“*

Zunächst hebt dieses Zeugnis die wohlwollende Haltung gegenüber der Einrichtung der evangelischen Kirche hervor, was konsistent zum eigenen Schreiben von Großerüschkamp ist. Die Aussage, dass er parteipolitisch nicht hervorgetreten sei, bleibt allerdings ohne Belege im Raum stehen. Auf Grund der oben gezeigten Nähe der Anstaltsleitung zum Nationalsozialismus ist dieses Zeugnis zweifelhaft, da der Anstaltsleiter Gustav Dietrich das Leitungsamt auch nach 1945 noch innehatte, nämlich bis 1950.<sup>147</sup>

Das einzige Zeugnis, das weit über das eigene Schreiben von Großerüschkamp hinausgeht, ist das seines Nachfolgers als Sender Bürgermeisters, Heinrich Große, der seit 1928 SPD-Mitglied ist, 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Gemeinderat entfernt wird und 1945 von den Alliierten zum Gemeindevorsteher ernannt wird.<sup>148</sup> Er geht insbesondere auf den

---

<sup>144</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Zeugnis des Amtsbürgermeisters vom 6. November 1945.

<sup>145</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Porträt Amtsbürgermeister, Amtsdirektor Dr. Paul Gärtner

<sup>146</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Zeugnis der Anstaltsleitung Eckardtsheim vom 10. September 1946.

<sup>147</sup> Anhang 3: Zeittafel, in: Benad, Matthias, u.a. (Hgg.): Bethel – Eckardtsheim, Stuttgart 2006, S. 595.

<sup>148</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Zeugnis des Bürgermeisters Heinrich Große 18. Februar 1947.

Hauptgrund für die Parteimitgliedschaft von Großrüschkamp – Abwendung von Übel für die Gemeinde (siehe Abschnitt 6.3) – und auch auf Großrüschkamps innere Haltung während der gesamten Zeit bis 1945 ein, die er als deutlich distanziert zum NS-Regime bewertet und durch Verweis auf wiederholte Gespräche belegt. Aus heutiger Sicht ist dieses wohl das hilfreichste Zeugnis für das Entnazifizierungsverfahren.

Wie der vollständigen Case Summary in der Entnazifizierungsakte zu entnehmen ist, beschäftigt sich der Unterausschuss schon am 11. März 1947 und der Hauptausschuss am 21. März 1947 mit dem Fall Großrüschkamp. Der Unterausschuss vermerkt Folgendes:

*„N§5. Persönlich bekannt. Nur als nominelles Mitglied zu bezeichnen. Auf Grund seiner Zugehörigkeit zur NSDAP. ab 33 einstimmiger Vorschlag: N§5.“*

Laut Leßau wurden die Beschlüsse der Ausschüsse mit formalisierten Kürzeln in den Case-Summaries vermerkt.<sup>149</sup> „N“ bedeutet, dass eine „geringe Formalbelastung“ vorliegt und es „keine Bedenken gegen Anstellung“ gibt. §5 vereist auf §5 der Kontrollratsdirektive 24 vom 12. Januar 1946, wo es in §5 heißt:<sup>150</sup>

*„Wenn sich aus der Überprüfung eindeutig ergibt, daß der Betroffene nur ein nomineller Nationalsozialist und weder ein Militarist noch eine den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehende Person ist, kann er ungeachtet der zwingenden Vorschriften dieser Direktive im Amte verbleiben.“*

Da Großrüschkamp dem Ausschuss wie vermerkt persönlich bekannt ist, ist davon auszugehen, dass die Entscheidung vor allem auf Grund dieser Bekanntheit und weniger auf der Basis vorgelegter Zeugnisse und Erläuterungen erfolgt. Der Unterausschuss sieht ihn definitiv als nominelles Mitglied der NSDAP, nicht aber als aktiv. Der Hauptausschuss schließt sich der Empfehlung des Unterausschusses an.

Es ist davon auszugehen, dass Großrüschkamp keine Möglichkeit zur persönlichen Stellungnahme gegenüber den Ausschüssen hatte, Leßau berichtet, dass weniger als 5 Prozent der Betroffenen im Kreis Wiedenbrück von den Unterausschüssen zur persönlichen Stellungnahme geladen wurden.<sup>151</sup>

---

<sup>149</sup> Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 358-360.

<sup>150</sup> Kontrollratsdirektive Nr. 24 - Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen vom 12. Januar 1946, <http://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm> (Zugriff vom 28.03.2021).

<sup>151</sup> Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S.344.

Nach dem 21. März 1947 geschieht aber bis zum 2. Dezember 1947 nichts. Im Herbst 1946 wird durch die Kontrollratsdirektive Nr. 38 die einheitliche Kategorisierung in fünf Gruppen in allen Besatzungszonen verbindlich. Diese muss in einem zweiten Durchlauf durch den Hauptausschuss vorgenommen werden.<sup>152</sup> Mit Datum 2. Dezember 1947 wird Großerüschkamp in die Kategorie ‚IV – Mitläufer‘ eingruppiert, wie die Case-Summary, die dem Berufungsausschuss vorliegt, dokumentiert.<sup>153</sup> Als Grund für diese Kategorisierung wird vermerkt: „Auf Grund seiner frühen Mitgliedschaft“. Mit diesem Datum ist auch der Einreichungsbescheid unterschrieben.<sup>154</sup> Im Einreichungsbescheid gibt es keine Einschränkungen hinsichtlich des Berufs oder Vermögens. Allerdings geht der Einreichungsbescheid Großerüschkamp erst über neun Monate nach Erstellung am 6. September 1948 zu, wie dem Schreiben des Gütersloher Anwalts Berenbrinker vom 13. September 1948 zu entnehmen ist.<sup>155</sup>

Damit hat sich das Verfahren über mehr als anderthalb Jahre hingezogen, wahrscheinlich ohne irgendwelche Zwischeninformationen für Großerüschkamp.

*„Während ihrer Überprüfung erhielten die Verfahrensbetroffenen ... weiterhin keine offiziellen Informationen über den Stand ihres Verfahrens und die in ihrem Fall relevanten Belastungspunkte.“*

schreibt Hanne Leßau.<sup>156</sup> „Zu Überprüfende der Kategorie IV in der britischen Zone waren ... auf alle Fälle in ihrer Bewegungsfreiheit sowie in ihren Ehrenrechten eingeschränkt.“, wie bei Leßau zu erfahren ist.<sup>157</sup> Zur den eingeschränkten Ehrenrechten gehört der Ausschluss vom passiven Wahlrecht.

Mit der Eingruppierung in Kategorie IV wird für Großerüschkamp somit eine Rückkehr in die aktive Kommunalpolitik verbaut. Insbesondere eine Kandidatur bei der Kommunalwahl am 17. Oktober 1948 ist unmöglich, das Fenster für eine aktive Rückkehr in die Kommunalpolitik hat sich für weitere vier Jahre bis zur nächsten Wahl geschlossen.

Mit dem Schreiben des Anwalts Berenbrinker vom 13. September 1948 legt Großerüschkamp gegen die Eingruppierung in Kategorie IV Berufung ein. In der Berufung konnten sich

---

<sup>152</sup> Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 278-279.

<sup>153</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Case-Summary Großerüschkamp für Berufungsausschuss

<sup>154</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Einreichungsbescheid vom 2.12.1947.

<sup>155</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Schreiben Rechtsanwalt Berenbrinker vom 13.09.1948.

<sup>156</sup> Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 282.

<sup>157</sup> Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 388.

die Betroffenen auch von Rechtsanwälten vertreten lassen, und die Vorsitzenden der Berufungsausschüsse mussten Juristen sein.<sup>158</sup> Etwa 10 % der in der ersten Instanz Überprüften legten gegen das Ergebnis Widerspruch ein, also war dieser Schritt von Großerschkamp gar nicht so selbstverständlich.<sup>159</sup>

Am 23. September 1948 verfasst der Rechtsanwalt Berenbrinker die Begründung für die Berufung von Großerschkamp.<sup>160</sup> Dieses Schreiben ist mit einer Seite relativ kurz gehalten. In einem ersten Abschnitt geht Berenbrinker auf Großerschkamp's Parteibeitritt ein. Er schreibt dazu:

*„Bekanntlich wurden damals [1933, d. Verf.] alle Inhaber beamteter Stellen aufgefordert, der Partei beizutreten. Dieser Aufforderung kam Großerschkamp nach, zumal er auf Grund der damals besonders starken Propaganda nur die angegebenen guten Ziele der N.S.D.A.P. kannte.“*

Dann spricht Berenbrinker davon, dass sich Großerschkamp immer mehr von der Partei zurückzog, als die wahren Absichten deutlicher wurden. Deshalb habe er auch niemals ein Amt in der Partei angetragen bekommen. Das Argument, dass Großerschkamp durch seinen Parteibeitritt Schaden von der Gemeinde abwenden wollte, greift Berenbrinker nicht auf. Anschließend geht er dann noch auf den Vorfall in der Gauschule für Kommunalpolitik in Porta ein. In einem weiteren Abschnitt verweist er darauf, dass Großerschkamp mit den Zielen der NSDAP nicht einverstanden gewesen sei und dieses verschiedentlich kundgetan habe. Hierfür führt er keine Beispiele an, sondern verweist auf entsprechende Zeugnisse. Am Ende beantragt er eine Eingruppierung in die Kategorie V.

Im Rahmen des Einspruchs sind vier zusätzliche Zeugnisse entstanden. Als erstes findet sich ein Zeugnis von Johann Brei vom 12. September 1948, also direkt nach Bekanntwerden des Einreichungsbescheides.<sup>161</sup> Es ist handgeschrieben und trägt die Überschrift „Leumundszeugnis für Herrn Johann Großerschkamp“. In diesem Zeugnis geht es vor allem darum, dass Großerschkamp auf Drängen verschiedener Mitbürger der Partei beigetreten sei. (siehe auch Kapitel 6.3). Am Ende versichert Brei, dass er „diese Ausführungen ruhigen Gewissens an Eidesstatt erklären kann.“

---

<sup>158</sup> Leßau: Entnazifizierungsgeschichten, S. 281.

<sup>159</sup> Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten, Göttingen, 2020, S. 376.

<sup>160</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Schreiben Rechtsanwalt Berenbrinker vom 23.09.1948.

<sup>161</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Schreiben Johann Brei vom 12. September 1948.

Dann gibt es ein sehr kurzes Zeugnis der Fürsorgerin Schwester Sydonia vom 9. Januar 1949.<sup>162</sup> Dieses ist handgeschrieben und nur zehn Zeilen lang. So schreibt sie kurz und prägnant:

*„Niemand hat er sich für die Forderungen der Partei eingesetzt, mir privat häufiger seine ablehnende Einstellung erklärt, wie er aus dieser Einstellung auch bei anderen keinen Hehl machte.“*

Das Zeugnis kann als sehr glaubwürdig eingeschätzt werden, da es einerseits in Sprache und Form authentisch wirkt und da andererseits das Verhältnis zwischen den Nationalsozialisten und der Kreisfürsorgeschwester Sydonia wohl nicht spannungsfrei war, wie Pollklas berichtet.<sup>163</sup>

*„Durch Kritik an der „betont kirchlichen Haltung“ der Kreisfürsorgeschwester Sydonia versuchte die NSV [NSV=Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, der Verfasser] außerdem, auch hier eine NSV-Kraft zu installieren.“*

Als drittes Zeugnis gibt es eine Bescheinigung des damaligen Verler Amtsbürgermeisters Bernhard Vorderbrüggen vom 3. Februar 1949.<sup>164</sup> Zunächst teilt Vorderbrüggen mit, dass er Großerüschkamp seit langen Jahren kenne, und legitimiert sich dadurch zur Ausstellung seines Zeugnisses. Danach schreibt er über Großerüschkamps politische Ansichten:

*„Großerüschkamp hat sich m. E. niemals mit den nationalsozialistischen Ansichten identisch erklärt. Aus zahlreichen Unterredungen mit ihm habe ich vielmehr den Eindruck gewonnen, daß er sogar in wichtigen Dingen zu diesen Ansichten in direktem Widerspruch stand. Er hatte dann auch den Mut, das offen zu bekennen und seine alten guten Ansichten mit Leidenschaft zu verteidigen.“*

Hier geht es auch um die ablehnende Haltung Großerüschkamps dem Nationalsozialismus gegenüber, die Vorderbrüggen bestätigt. Wie schon oben erwähnt, führt er auch den Parteibeitritt darauf zurück, dass Großerüschkamp von verschiedenen Seiten gedrängt wurde, in die Partei einzutreten, um das Amt des Bürgermeisters beibehalten zu können. Am Ende schreibt Vorderbrüggen dann:

*„Großerüschkamp hat das Amt des Bürgermeisters auch während der Nazizeit genau so weitergeführt, wie er es lange Jahre vorher zur Zufriedenheit der Einwohner geführt hatte.“*

---

<sup>162</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Zeugnis Fürsorgerin Schwester Sydonia vom 09.01.1949.

<sup>163</sup> Pollklas: Der Kreis Wiedenbrück 1933-1936, S. 81.

<sup>164</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Zeugnis des Amtsbürgermeisters Bernhard Vorderbrüggen vom 03.02.1949.



Auch das vierte Gutachten des Landwirtes Ferdinand Wester-Ebbinghaus bescheinigt Großrüschkamp eine distanzierte Haltung zum Nationalsozialismus.<sup>165</sup> Hier ist die Legitimierung des Verfassers am Ende sehr interessant. Er schreibt:

*„Ich darf noch erwähnen, daß man bei mir eine objektive Beurteilung erwarten darf, weil ich als Halbjude keinerlei Grund habe, die wirklich schuldigen Nazis irgendwie zu decken.“*

Von der Erstellung des Widerspruchsschreibens im September 1948 bis zur Berufungsverhandlung dauert es fast noch ein Jahr. Am 10. August 1949 findet die Berufungsverhandlung vor dem Berufungsausschuss des Stadtkreises Bielefeld unter der Leitung des Landgerichtsdirektors a. D. Dr. Kleineberg und Beteiligung von Großrüschkamp und seines Anwaltes Berenbrinker statt.<sup>166</sup> Zunächst wird im Protokoll eine Stellungnahme Großrüschkamps protokolliert, die in der Ich-Form geschrieben ist. Sie beinhaltet den Vorfall von Porta und die Begründung für den Parteibeitritt. Anschließend folgt der Beschluss:

*„Die Beschwerde ist gerechtfertigt. Der Beschwerdeführer wird nach Kat. V eingestuft.“*

Es folgen die Gründe für die Entscheidung, wo insbesondere noch einmal auf den Vorfall von Porta verwiesen wird. Abschließend heißt es dann:

*„Fest steht damit, dass der Beschwerdeführer in brüsker Form den Nationalsozialisten entgegengetreten ist und in dieser Haltung verharret hat. Daher war er nach Kat. V einzustufen.“*

Die Entscheidung des Berufungsausschusses wird am 10. September 1949 vom Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen bestätigt. Mit diesem Ergebnis hat Großrüschkamp sicherlich sein Ziel erreicht. Er kann wieder in die Kommunalpolitik zurückkehren.

Wie ihm verschiedentlich bescheinigt wird, dass er seine einmal gefasste Meinung konsequent vertritt, so hat er dieses auch innerhalb des Entnazifizierungsverfahrens praktiziert. Da er der Meinung war, kein Nazi gewesen zu sein, hat er auch mit Unterstützung eines Anwalts und durch Beibringung entsprechender Gutachten das Berufungsverfahren nicht ge-

---

<sup>165</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Zeugnis des Landwirtes Ferdinand Wester-Ebbinghaus vom 03.02.1949.

<sup>166</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW 1071 Nr. 1331, Protokoll des Entnazifizierungs-Berufungsausschusses beim Stadtkreis Bielefeld vom 10.8.1949.

scheut und seinen Anspruch durchgesetzt. Im Bericht über die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Großerüschkamp am 6. Juni 1963 berichtet die Glocke, dass der damalige Amtsdirektor Dr. Klose unterstrich,

*„daß der jetzige Bürgermeister schon in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher es verstanden habe, Gegensätze zu mildern. Dabei sei es ihm gelungen, auch übermäßige (und in der Zeit von 1933 bis 1945) oft illegitime Einflußnahmen der Staatspartei auf die Gemeindepolitik abzuschwächen. Daß dies nicht in der Form fauler Kompromisse geschehen sei, habe ihm [Dr. Klose, der Ver.] die Tatsache bewiesen, daß er schon bald nach 1945 [1952, d. Verf.] wieder an die Spitze des Rates gewählt worden sei.“<sup>167</sup>*

Letztlich gibt es keine Dokumente, die insbesondere das konkrete Verhalten von Großerüschkamp zur Zeit des Nationalsozialismus belegen. Offensichtlich ist sein Verhältnis über die ganze Zeit distanziert, und er ist in der Gemeinde Sende nie als überzeugter Nationalsozialist wahrgenommen worden.

## **8. Neue demokratische Impulse in der Bundesrepublik**

### **8.1. Neue Gemeindeordnungen nach 1945**

Die Erneuerung der kommunalen Selbstverwaltung nach 1945 erfolgte nicht einheitlich, sondern unterschiedlich in den einzelnen Besatzungszonen.<sup>168</sup> So ließen die Briten in ihrer Besatzungszone mit Hilfe einer 17-köpfigen beratenden Kommission im Frühjahr 1946 eine neue Gemeindeordnung ausarbeiten, die im April 1946 als Verordnung Nr. 21 für die gesamte britische Zone in Kraft gesetzt wurde. Einerseits wurde darin alles aus der bisherigen deutschen Gemeindeordnung übernommen, was die Briten als gut und sinnvoll für die weitere Demokratisierung ansahen, andererseits ließen sie sich auch ein Stück von Grundsätzen der eigenen Kommunalverwaltung leiten. Eine wichtige Neuerung war die Trennung der Ämter des Amts- bzw. Gemeindedirektors und des Bürgermeisters. Nach diesem Modell sollte die Verantwortung für die Gemeindepolitik bei der gewählten Gemeindevertretung liegen, sie sollte vor allem legislative Aufgaben wahrnehmen. Die Verwaltung sollte auf Anweisung und Beschluss der Gemeindevertretung handeln, also primär exekutive Aufgaben wahrnehmen. Entsprechend ist der Amts- oder Gemeindedirektor für die Leitung der Ver-

---

<sup>167</sup> Bundesorden für verdiente Kommunalpolitiker, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 130, 7. Juni 1963.

<sup>168</sup> Stammen, Theo: Die Erneuerung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland nach 1945, in: Rausch, Heinz u.a. (Hgg.): Aspekte und Problem der Kommunalpolitik, München, 1977, S. 10-32.

waltung zuständig, der Bürgermeister für die Leitung der Gemeindevertretung. Im Gegensatz zur Weimarer Zeit wird der Bürgermeister, der frühere Gemeindevorsteher, nicht mehr als Ausführungsorgan des Amts- bzw. Gemeindedirektors, des früheren Amtmanns, gesehen, sondern eben als Leiter der Gemeindevertretung. Er erhält eine viel stärker politische Position im Gegensatz zur früher viel stärker administrativen. Nach Gründung der Bundesländer wurden entsprechende Gemeindeordnungen für die jeweiligen Länder beschlossen, so 1952 die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Darin wird die von den Briten 1946 festgelegte Rollenverteilung zwischen dem Amt des Amts- bzw. Gemeindedirektors und des Bürgermeisters beibehalten.

## 8.2. Rückkehr in die Kommunalpolitik

Dass Johann Großrüschkamp durchaus nach Abschluss seines Entnazifizierungsverfahrens wieder politische Verantwortung übernehmen wollte, erkennt man daran, dass er bereits im Jahre 1950 die ehrenamtliche Aufgabe des Ortslandwirts übernahm.<sup>169</sup> Innerhalb der Strukturierung der Landwirtschaftskammer werden auf der Ebene der einzelnen Gemeinden Ortslandwirte gewählt, die jeweils der Ortsstelle der Kammer vorstehen.<sup>170</sup>

Bei den Kommunalwahlen 1952 kandidierte er dann für die CDU über die Reserveliste und wurde in den Gemeinderat gewählt.<sup>171</sup> Sein jüngerer Bruder Josef Großrüschkamp, der seit 1945 Mitglied im Gemeinderat gewesen und von 1948 bis 1952 das Amt des Bürgermeisters innehatte, kandidierte nicht mehr bei dieser Wahl und stand somit auch nicht mehr als Bürgermeister zur Verfügung.<sup>172</sup> In der ersten Ratssitzung nach den Kommunalwahlen wird Johann Großrüschkamp am 21.11.1952 erneut zum Bürgermeister von Sende gewählt. Er erhält zehn Stimmen, ergänzend werden acht leere weiße Zettel abgegeben.<sup>173</sup> Diese zehn Stimmen für Großrüschkamp entsprechen genau den zehn Gemeindevertretern der CDU.<sup>174</sup> Die übrigen acht Gemeindevertreter gehören der SPD an. Zu seinem Stellvertreter wird Heinrich Große von der SPD gewählt. Ob und welche Absprachen es zwischen den Brü-

---

<sup>169</sup> Schon mit 30 Jahren Bürgermeister von Sende, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, xxx, 28. Juli 1964.

<sup>170</sup> Albers, Helene: Die stille Revolution auf dem Lande Landwirtschaft und Landwirtschaftskammer in Westfalen-Lippe 1899-1999, <https://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/landentwicklung/kulturlandschaft/pdf/stillerevolution.pdf>, S. 45 (Zugriff 17.03.2021).

<sup>171</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S. 94.

<sup>172</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S. 9, 93-94.

<sup>173</sup> Johann Großrüschkamp gewählt, Gütersloher Zeitung – Tageblatt für Gütersloh u. die Nachbargemeinden, Nr. 274, 25.11.1952.

<sup>174</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S. 94.

dem Großerüschkamp gegeben hat, lässt sich nicht mehr ergründen. Offensichtlich war Josef Großerüschkamp nicht so politikbegeistert wie sein Bruder Johann.

Es ist davon auszugehen, dass 1946 auch in Sende eine Ortsparteigruppe der CDU gegründet wurde. Direkt über die Gründung liegen keine Dokumente vor. Aber bei einer Großveranstaltung in Neuenkirchen anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Kreisunion des Kreises Wiedenbrück im Februar 1956 berichtet der Schriftführer Hermann Eisele als einer der Mitbegründer der CDU-Kreispartei in einem Rückblick, dass im Hinblick auf die 1946 stattfindenden Kommunalwahlen eine verstärkte Werbetätigkeit erfolgte und

*„an allen Orten des Kreises Dank dem Bemühen der Mitglieder Landrat Verhoff und Geschäftsführer Eisele Ortsparteigruppen gebildet wurden.“<sup>175</sup>*

Nach der Kommunalwahl 1948 gab es zwar noch vier unabhängige Ratsmitglieder in Sende, aber mit der Wahl 1952 waren alle Kandidaten einer Partei zugehörig.<sup>176</sup> Die Zeit lokaler Listen oder von Standeslisten, wie wir sie zu Weimarer Zeit gesehen haben, war damit vorbei. Hier fand nach 1945 eine deutliche Weiterentwicklung der Demokratie mit örtlichen Parteistrukturen und -aktivitäten statt.

Ob und wie weit sowohl Johann wie auch Josef Großerüschkamp an der Gründung der CDU in Sende beteiligt waren, ist nicht bekannt, da es nach einer Rückfrage bei der Kreisgeschäftsstelle Gütersloh keine alten Mitgliederlisten aus der Zeit gibt. Tatsache ist, dass Josef Großerüschkamp ab 1946 wie auch später Johann Großerüschkamp für die CDU kandidierte.

### **8.3. Demokratisierung im Schulwesen**

Nicht nur in der Kommunalpolitik entwickelte sich die Demokratie weiter, sondern auch in anderen Bereichen wie z. B. im Schulwesen. Diese Demokratisierung hatte wiederum Rückwirkungen auf die Kommunalpolitik.

Am 19. Dezember 1952 berichtet die Glocke unter der Überschrift „Versammlungen der Schulgemeinde Sende-Elbracht“ über die Umsetzung des neuen Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 8. April 1952 mit der dazugehörigen Umsetzungsverordnung vom

---

<sup>175</sup> Sozialreform überwindet den Kommunismus, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 43, 20. Februar 1956.

<sup>176</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S. 9, 93-94.

31. Juli 1952.<sup>177</sup> Die neuen Regelungen sollen eine enge Mitwirkung der Eltern an der Gestaltung des Schulwesens fördern. Zunächst wird berichtet, dass der Hauptlehrer Schäfers für die vier Klassen der Elbracht-Schule zur Bildung der Klassenpflegschaften Elternversammlungen einberufen habe. Bei diesen Versammlungen sei auch die schwierige Raumsituation angesprochen worden, denn bei vier Klassen und drei Lehrern stünden nur zwei Räume zur Verfügung. Weiter heißt es: „Die acht Vorsitzenden der Klassenpflegschaften bilden mit dem Schulleiter und einer vom Lehrerkollegium gewählten Lehrkraft die Schulpflegschaft.“ In einer Versammlung der Schulgemeinde am 12. Dezember 1952 wird dann von der Schulpflegschaft ein „Antrag an die Gemeindevertretung auf Erweiterung der Schule und Verbesserung der sanitären Anlagen“ vorgestellt. Nach Diskussion dieses Antrags wird er von allen Eltern unterschrieben und soll an die Gemeindevertretung weitergeleitet werden.

Der gestellte Antrag kommt auch schnell bei der Gemeinde an. Schon in der Sitzung der Gemeindevertretung am 12. Februar 1953 steht unter dem Tagesordnungspunkt 8 der Antrag der Schulpflegschaft der Elbracht-Schule zur Erweiterung auf der Tagesordnung.<sup>178</sup> Der Antrag wird mit zehn Ja-Stimmen (vermutlich CDU) und sieben Enthaltungen (vermutlich SPD) angenommen. Mit der Regierung soll zunächst eine Vorbesprechung vor Ort zu diesem Projekt stattfinden, und anschließend soll das Staatshochbauamt einen Vorentwurf erstellen, auf dessen Basis dann die Kosten geschätzt werden können. Schon in der Folgesitzung am 20. März 1953, also gerade einmal sechs Wochen später, liegt der Vorentwurf vor, und die Kosten werden auf 100.000 DM geschätzt.<sup>179</sup> Die Gemeinde will 10 Prozent aus laufenden Haushaltsmitteln und 30 Prozent durch ein Darlehn beisteuern, der Kreis soll 10 Prozent und das Land 50 Prozent übernehmen. Weiterhin wird für den Anbau noch ein Grundstückstausch erforderlich. Im Protokoll vom 4. August 1953 wird mitgeteilt, dass der Bürgermeister, der Amtsdirektor und der Regierungsbauinspektor im Auftrag der Regierung mit der Grundstückseigentümerin wegen des Grundstückstausches verhandelt haben.<sup>180</sup> Für 1954 ist der Erweiterungsbau geplant. Die Geschwindigkeit, mit der wichtige Entscheidungen umgesetzt werden, ist gerade auch im Vergleich zur heutigen Zeit beachtlich. Man sieht aber auch, dass der Sender Gemeinderat mit den neuen Formen der Demokratie offensichtlich gut zurechtkommt.

---

<sup>177</sup> Versammlungen der Schulgemeinde Sende-Elbracht, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 293, 19.12.1952.

<sup>178</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 12.2.1953.

<sup>179</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 20.3.1953.

<sup>180</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 4.8.1953.

Ein ähnlicher Impuls ergeht im Jahre 1959 von der Schulpflegschaft der Schule Sende-Ebbinghaus an den Gemeinderat. Zum Hintergrund dieses Antrags ist es wichtig zu wissen, dass es im westlichen Bereich der Gemeinde zu dieser Zeit drei kleine Schulen mit je einem Raum gibt, zwei der Schulen haben eine Klasse, eine Schule, die Schule Sende-Ebbinghaus, hat zwei Klassen.<sup>181</sup>

Im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 4. September 1959 wird von der Eingabe der Schulpflegschaft der Schule Sende-Ebbinghaus vom 19. August 1959 zur Zusammenlegung von zwei oder drei der kleinen Schulen zu einer größeren mehrfach gegliederten Schule berichtet.<sup>182</sup> In der Sitzung wird der folgende Vorschlag des Haupt- und Finanzausschusses einstimmig beschlossen:

*„Der Antrag hat eine gewisse Berechtigung. Es wird für zweckmäßig angesehen, daß auch die Schulpflegschaften der Schule Sende-Brisse und Sende-Lehmkuhl zu diesen Plänen gehört werden sollen. Für später ist eine gemeinsame Besprechung mit den Vorsitzenden der Schulpflegschaften, der Lehrerschaft und der Gemeindevertretung vorzusehen.“*

An diesem Beschluss ist schon erkennbar, dass der Gemeinderat gemeinsam mit dem Bürgermeister eine ausreichende Beteiligung von Elternschaft und Lehrerschaft aller drei Schulen wünscht. In der folgenden Sitzung am 8. Oktober 1959 wird protokolliert, dass die Stellungnahmen der beiden Schulpflegschaften vorliegen und dass in beiden eine Anhörung aller Eltern, die zum Schulbezirk gehören, gefordert wird.<sup>183</sup>

In der nächsten Sitzung am 14. Dezember 1959 liegen die Ergebnisse der Elternanhörung vor.<sup>184</sup> Während die Eltern der Schulen Sende-Ebbinghaus und Sende-Brisse zustimmen, lehnen die Eltern der Schule Sende-Lehmkuhl die Zusammenlegung aller drei Schulen ab, da sie weitere Wege für ihre Kinder befürchten. Der Gemeinderat will nun zunächst eine Stellungnahme des Schulamtes des Kreises abwarten.

Die Stellungnahme lässt länger auf sich warten. Erst in der Ratssitzung am 29. Mai 1961, über ein Jahr nach Anforderung, wird berichtet, dass die Stellungnahme der Regierung in

---

<sup>181</sup> Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.): Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost, Tabelle 19.

<sup>182</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 4.9.1959.

<sup>183</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 8.10.1959.

<sup>184</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 14.12.1959.

Detmold vom 10. April 1961 vorliege.<sup>185</sup> Sie schlägt allerdings eine Zusammenlegung aller vier katholischen Schulen, also Brisse-, Ebbinghaus-, Elbracht- und Lehmkuhl-Schule, zu einer Schule vor. Bei der Vorbesprechung im Haupt- und Finanzausschuss wurde allerdings noch eine weitere Variante insbesondere bezüglich der Elbracht-Schule vorgeschlagen. Daher verweist der Gemeinderat den Themenkomplex zur weiteren Bearbeitung an den Schulausschuss.

In der Ratssitzung am 23. November 1961 wird darüber berichtet, dass nun doch der Schulausschuss zur Zusammenlegung der drei Schulen den Neubau einer vierzügigen Schule bei der bisherigen Schule Sende-Brisse vorschlägt.<sup>186</sup> Der Rat nimmt mit 13 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und zwei Stimmenthaltungen diesen Vorschlag an.

Offensichtlich kann auch der Regierungspräsident diesem Vorschlag folgen, denn in der Ratssitzung vom 26. März 1962 wird mitgeteilt, dass er bereit sei, den Neubau der Schule finanziell zu fördern, wenn der Baumaßnahme eine rechtlich wirksame Zusammenlegung der Schulen Sende-Brisse und Sende-Ebbinghaus vorangehe.<sup>187</sup> Daher fasst der Rat einen entsprechenden Beschluss zur Zusammenlegung der beiden Schulen, nur der Zeitpunkt soll später auf einen Termin nach Fertigstellung des Neubaus festgelegt werden. Weiterhin geht der Rat davon aus, dass später auch die Eltern der Schule Sende-Lehmkuhl der Zusammenlegung zustimmen werden.

Seitens des Regierungspräsidenten gibt es einen weiteren Bescheid vom 3. September 1962 zu diesem Thema, der die Gemeinde noch einmal ausdrücklich auffordert,

*„die Standortfrage nochmals zu überprüfen, um eine für alle 3 Schulbezirke (Lehmkuhl, Brisse, Ebbinghaus) möglichst zentral gelegene Schule zu schaffen. Dabei sollte nach einem ausdrücklichen Hinweis des Kultusministers die Tatsache, daß die Gemeinde Sende nur eigenes Bauland in Brisse zur Verfügung hat, nicht ausschlaggebend sein.“<sup>188</sup>*

Nach diesem Bescheid haben der Bürgermeister und der Amtsdirektor bei einem Termin am 12. Oktober 1962 das Thema persönlich bei der Regierung erläutert. Diese Tatsache zeigt, welche Anstrengungen von der Bezirksregierung und der Gemeinde unternommen werden,

---

<sup>185</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 24 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1961 – 1964, Protokoll vom 29.05.1961.

<sup>186</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 24 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1961 – 1964, Protokoll vom 23.11.1961.

<sup>187</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 24 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1961 – 1964, Protokoll vom 26.03.1962.

<sup>188</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 24 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1961 – 1964, Protokoll vom 29.10.1962.

um in dieser Frage zu einer befriedigenden Lösung für alle drei Schulbezirke zu kommen. Der Gemeinderat beschließt in seiner Sitzung am 29. Oktober 1962 einstimmig, dass eine Bürgerversammlung der drei Schulbezirke unter Beteiligung der Bezirksregierung in Detmold zur Erörterung der Thematik durchgeführt werden soll.<sup>189</sup>

Wie dem Protokoll des Rates vom 16. Februar 1963 zu entnehmen ist, hat die Bürgerversammlung am 13. Dezember 1962 stattgefunden.<sup>190</sup> Laut Glocke waren bei der Versammlung Eltern, Gemeinde, Verwaltung, Schulrat und Vertretern der Bezirksregierung zugegen.<sup>191</sup> Die meisten Eltern des Lehmkuhlbezirks verließen allerdings die Versammlung vor der Abstimmung. Die Eltern der anderen beiden Schulbezirke stimmten darin einer Zusammenlegung zu. Die Glocke schreibt weiter über die Ratssitzung im Februar 1963:

*„Nachdem die Fronten geklärt waren und auch feststand, daß seitens der Schulaufsichtsbehörden die Zusammenlegung der drei Schulbezirke gefördert wurde, mußte der Rat nun so oder so eine endgültige Entscheidung treffen.“*

Der Rat entschied nun die Zusammenlegung der drei Schulbezirke. Allerdings entschied er auch:

*„Den Eltern des Schulbezirkes Sende-Lehmkuhle wird zugesagt, daß die Kinder zum neuen Standort der Schule mit einem Schulbus gefahren werden.“*

Damit ist nach langem Ringen ein Kompromiss gefunden, der Elterninteressen, neue Schulstrukturen und finanzielle Interessen der Gemeinde zusammenbringt.

In der Gemeinderatssitzung am 9. Mai 1963 muss im Rat eine Entscheidung über den neuen Schulstandort getroffen werden. Hier geht es um die Frage, ob die Schule auf dem Gelände der bisherigen Schule Sende Brisse, wo die Gemeinde keinen neuen Grund erwerben muss, oder verkehrsmäßig zentraler im Raum Helfberend errichtet werden soll.<sup>192</sup> Die SPD beantragt eine namentliche Abstimmung für eine Errichtung im Raum Helfberend, acht Gemeindevertreter – sieben SPD-Vertreter und ein CDU-Mann sind dafür, neun CDU-Vertreter sind dagegen. Der Bürgermeister enthält sich der Stimme. Hier überlässt er klugerweise den üb-

---

<sup>189</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 24 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1961 – 1964, Protokoll vom 29.10.1962.

<sup>190</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 24 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1961 – 1964, Protokoll vom 16.02.1963.

<sup>191</sup> Ein Ersatz für drei kleine Schulen, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 44, 21. Februar 1963

<sup>192</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 24 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1961 – 1969, Protokoll vom 9.5.1963.



rigen Gemeindevertretern die Entscheidung, er kann so vermutlich mit allen drei Schulbezirken weiter problemlos umgehen.

Die beiden Beispiele zeigen, dass zum einen etwa Schulgemeinden zunächst demokratisch ihre Anforderungen ermitteln und dann aber auch über die entscheidenden demokratischen Gremien wie den Gemeinderat weitertragen. Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck äußert 2021 in seinem Plädoyer für die Demokratie bei den Domgedanken in Münster die Auffassung:

*„Demokratie bedeute Aushandeln, Diskutieren, Abwägen, was immer auch Zeit koste ... . Am Ende aber biete sie die Chance auf die ‚bestmögliche Lösung‘ – verbunden mit der ‚höchstmöglichen Legitimität‘“.*<sup>193</sup>

Gerade das zweite Beispiel zeigt, dass dieses in der Gemeinde Sende auch schon in den 1960er Jahren verstanden und gelebt wurde, und es ist daher ein sehr gutes Beispiel für die funktionierende kommunale Demokratie.

Dieses sind klare Beispiele für die Weiterentwicklung der kommunalen Demokratie in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts, Schaffung etwa demokratischer Strukturen auch in den Schulen, auch in der Landgemeinde Sende.

#### **8.4 Umgang mit Konflikten**

Wie schon in der Einleitung angemerkt, gehört die Lösung von Konflikten nicht durch einseitige Entscheidungen, sondern durch das Finden tragfähiger Kompromisse als sehr wichtiges Element zur Demokratie. Im letzten Abschnitt wurde schon am Beispiel der Schulzusammenlegung gezeigt, wie die Gemeinde und Großrüschkamp mit Konflikten umgehen. Aber auch das folgende Beispiel zeigt, wie Großrüschkamp mit Konflikten umgeht und sie löst. Es stammt aus dem Jahre 1958.

Im Gemeinderatsprotokoll vom 27. Januar 1959 wird unter dem Tagesordnungspunkt 10 die Brückeninstandsetzung bei W. K. in Sende behandelt.<sup>194</sup> Der Gemeinderat entscheidet einstimmig, W. K. fünf Rohre mit einem Meter Durchmesser zur Verfügung zu stellen, wenn dieser sie einbaut und mit einer ordnungsgemäßen Stirnmauer versieht. In der folgenden Sitzung vom 28. Februar 1958 wird mitgeteilt, dass W. K. mit dem Vorschlag der Gemeinde nicht einverstanden sei, dass er aber zu den veranschlagten Kosten zur Instandsetzung von

---

<sup>193</sup> Der große Mahner, Westfälische Nachrichten, Nr. 205, 3. September 2021

<sup>194</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 27.01.1958.

1.805 DM selber 400 DM beisteuern und den notwendigen Boden anfahren wolle.<sup>195</sup> Die Gemeindevertretung erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden, aber damit ist das Thema nicht vom Tisch.

In der Sitzung vom 28. April 1958 taucht das Thema unter dem Tagesordnungspunkt 5c erneut auf.<sup>196</sup> Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, dass der öffentliche Weg, anders als in den Flurkarten eingezeichnet, über den Hof von W. K. verläuft und sich auch die zu erneuernde Brücke auf dem Hof von W. K. befindet, also in Privatbesitz. Der Rat beschließt einstimmig, dass

*„die ... zugesagte Instandsetzung der Brücke erst dann ausgeführt werden soll, wenn vorher mit W. K. klare Verhältnisse geschaffen sind. Der Bürgermeister [Großerüschkamp CDU, d. Verf.] und Gemeinderat Große [SPD, d. Verf.] sollen zusammen mit W. K. verhandeln.“*

Es wird also nicht ein Fachmann des Amtes zur Lösung beauftragt, sondern der Bürgermeister selber führt gemeinsam mit dem Oppositionsführer Heinrich Große die Verhandlungen. Somit ist der gesamte Rat bei den Verhandlungen repräsentiert, zum anderen haben sicherlich die von Seiten des Rates beauftragten Unterhändler gute Orts- und Menschenkenntnisse, um die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis zu führen. In der Sitzung des Gemeinderates vom 31. Juli 1958 steht die Angelegenheit unter dem Punkt 5d zum letzten Mal auf der Tagesordnung.<sup>197</sup> Offensichtlich haben die Verhandlungen stattgefunden und das Thema ist im Wegeausschuss vorbesprochen. Das Ergebnis ist wie folgt dargestellt:

*„Nach eingehender Überlegung kam der Wegeausschuss zu der Überlegung, daß der Verkehr des Gemeindeweges über den Hof bei W. K. geleitet werden kann und die Brücke nach der vereinbarten Kostenbeteiligung hergerichtet wird, wenn W. K. sich vertraglich verpflichtet, den Verkehr für 50 Jahre über seinen Hof zu dulden.“*

Vermutlich ist diese Lösung für die Gemeinde die wirtschaftlich günstigere Lösung, andernfalls müsste der Weg umgelegt werden, was der Gemeinde sicherlich auch Kosten verursacht. Beide Seiten müssen Leistungen erbringen, die Gemeinde setzt die Brücke in Stand, W. K. muss aber auch 50 Jahre den öffentlichen Verkehr über seinen Hof zulassen. Hier kann

---

<sup>195</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 28.02.1958.

<sup>196</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 28.04.1958.

<sup>197</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 31.07.1958.

man erkennen, wie Großerüschkamp auf breiter Basis unter Einschluss der wichtigen Parteien der Gemeindevertretung durch eigenen Einsatz Kompromisslösungen herbeiführt. Dieses Vorgehen ist für ihn persönlich vermutlich recht zeitintensiv, für die Bürger aber sehr gut, da die Entscheidungswege in den Gesprächen und Verhandlungen kurz sind und man sich gegenseitig kennt und sowohl der Bürgermeister wie auch der SPD-Vertreter Große die Verhältnisse sehr gut kennen.

## 9. Der Amtsbürgermeister Johann Großerüschkamp

Bei der Kommunalwahl 1956 kandidierte Johann Großerüschkamp wiederum für den Gemeinderat, aber auch für die Amtsvertretung des Amtes Verl. Diese hatte nach der Amtsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 10. März 1953 in ihrer ersten Sitzung nach der Kommunalwahl den Amtsbürgermeister und seinen Stellvertreter zu wählen.<sup>198</sup> Am 5. November 1956 trat die Amtsvertretung zusammen, um den Amtsbürgermeister zu wählen.<sup>199</sup> In geheimer Wahl wird Großerüschkamp mit 16 Stimmen gewählt. Insgesamt hat die Amtsvertretung 30 Mitglieder, wovon 17 der CDU angehören. 14 Stimmen entfallen auf den bisherigen Amtsbürgermeister Bernhard Vorderbrüggen, der aber 1956 für die FDP und nicht mehr für die CDU kandidiert.<sup>200</sup> Großerüschkamp war mittlerweile 67 Jahre alt.

Eine kurze prägnante Aussage zur Funktion des Amtsbürgermeisters findet sich unter §2 Abs. 2 der Amtsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen:

*„Der Vorsitz in der Amtsvertretung sowie ihre Vertretung nach außen liegen bei dem von der Amtsvertretung aus ihrer Mitte gewählten Amtsbürgermeister.“*

Der Vorsitz in der Amtsvertretung stellt sicherlich gegenüber der Leitung der Gemeindevertretung deutlich höhere Anforderungen, weil nicht nur parteipolitische Interessen eine Rolle spielen, sondern auch die Interessen der einzelnen Amtsgemeinden zu berücksichtigen sind. Andererseits bringt Großerüschkamp auf Grund seiner langjährigen Erfahrung in der Kommunalpolitik gute Voraussetzungen für die Übernahme eines solchen verantwortungsvollen Amtes mit.

---

<sup>198</sup> Enderling, Günter: Gemeindeordnung und Amtsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, Stuttgart, 1961, S. 125

<sup>199</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 5.11.1956.

<sup>200</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S. 105-107.

Mit der Wahl der Sitzungsorte wird schon Rücksicht auf die Interessen der verschiedenen Amtsgemeinden genommen.<sup>201</sup> So finden alleine neun der 20 Sitzungen der Legislaturperiode von 1956 bis 1960 in Bornholte statt, diese Gemeinde liegt innerhalb des Amtes am zentralsten und ist für alle Amtsvertreter gut erreichbar. Weiterhin finden zwei Sitzungen in Liemke, und eine in Österwiehe statt. Offensichtlich gehen die Amtsvertreter auch in die einzelnen Orte als symbolische Geste. Acht Sitzungen finden in Verl statt, davon vier im Jahr 1960 nach der Erweiterung des Amtshauses mit Errichtung eines neuen Sitzungssaales. In Sende findet in der Legislaturperiode keine Sitzung statt, vielleicht weil die Gemeinde den Amtsbürgermeister stellt.

Dass Großerüschkamp die Balance zwischen den Amtsgemeinden sehr wichtig ist, können wir an seinen Aussagen in der ersten Sitzung der Amtsvertretung nach den Kommunalwahlen 1961 sehen. Mit 72 Jahren leitet er die Wahlen zum Amtsbürgermeister und seinem Stellvertreter als Alterspräsident. Hier berichtet die Glocke:<sup>202</sup>

*„Johann Großerüschkamp ... begrüßte daher besonders lebhaft die vorher getroffene interne Abmachung, daß entsprechend einem schon früher geübten Grundsatz der Amtsbürgermeister abwechselnd aus den verschiedenen Gemeinden des Amtes gewählt werden solle.“*

Ihm ist offensichtlich wichtig, dass an so wichtigen Stellen wie dem Amtsbürgermeister die verschiedenen Gemeinden auch zum Zuge kommen können. Durch dieses Vorgehen können sich die Bürger aller Amtsgemeinden in der Amtspolitik gut vertreten fühlen. Dieser Anspruch trägt daher zur Demokratieakzeptanz beim Bürger bei.

### **9.1. Besetzung des Steuerausschusses beim Finanzamt Wiedenbrück**

Wie die Amtsvertreter das Regelwerk kennen und beherrschen, um ihre Interessen durchzusetzen, erlebt Johann Großerüschkamp in der Sitzung am 21. Mai 1957. In dieser Sitzung sind vier Mitglieder des Steuerausschusses beim Finanzamt Wiedenbrück für den Amtsbezirk Verl zu bestimmen.<sup>203</sup> Es sind nur 24 der 30 Amtsvertreter zugegen. Nachdem in der ersten Wahl vier CDU-Mitglieder mit 14 Ja-Stimmen und zehn Nein-Stimmen gewählt worden sind, verlassen zehn Amtsvertreter, die im Protokoll namentlich aufgelistet sind und alle der SPD oder FDP angehören, die Sitzung, so dass die Amtsvertretung beschlussunfähig

---

<sup>201</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939 – 1964.

<sup>202</sup> Volle Einmütigkeit in der Verler Amtsversammlung, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 103, 4. Mai 1961.

<sup>203</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939 – 1964, Protokoll Amtsvertretung vom 21. Mai 1957.

wird. Es sind nicht mehr 50 Prozent der Amtsvertreter zugegen. Bei den 14 Ja-Stimmen handelt es sich offensichtlich um die Stimmen der CDU-Amtsvertreter. Über Details der Wahl gibt das Protokoll keine Auskunft. Wie das Protokoll mitteilt, wurde die Sitzung von 20:10 Uhr bis 20:30 unterbrochen. Es ist zu lesen:

*„Nach Verhandlung außerhalb des Sitzungssaales kamen die 10 genannten Amtsvertreter zurück. Die Sitzung nahm daraufhin ihren Fortgang, nachdem der vorher gefasste Beschluß ... zunächst einstimmig aufgehoben war.“*

In dieser Situation war sicherlich das diplomatische Geschick des Amtsbürgermeisters Großrüschkamp gefordert, um den Konflikt zu lösen und die Sitzung fortsetzen zu können. Dieses ist ihm und weiteren Beteiligten offensichtlich gelungen. Anschließend wird die Wahl wiederholt, zwei CDU-Vertreter, ein SPD-Vertreter und ein FDP-Vertreter werden einstimmig gewählt. Diese Situation ist ein gutes Beispiel dafür, wie durch Ausnutzung des bestehenden demokratischen Regelwerkes auch eine Minderheit die Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen erreichen kann. Sie ist aber auch ein schlechtes Beispiel, nämlich für wenig wertschätzende und nicht konsensorientierte Zusammenarbeit in demokratischen Gremien.

Das Verhalten der CDU bei der ersten Wahl ist verwunderlich, da in der konstituierenden Sitzung der Amtsvertretung am 5. November 1956 der Wahlprüfungsausschuss, Haupt- und Finanzausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss einstimmig und parteiübergreifend besetzt werden.<sup>204</sup> Werden von einem demokratisch gewählten Gremium andere Gremien wie Ausschüsse beschickt, so ist es für eine konstruktive und wertschätzende Zusammenarbeit üblich, dass die Mandatsverteilung im entsendenden Gremium so weit wie möglich abgebildet wird.

## **9.2. Erweiterung des Amtshauses in Verl**

Ein Thema, das den Amtsbürgermeister über die meiste Zeit der Legislaturperiode beschäftigt hat, ist die Erweiterung des Amtshauses in Verl. Schon in seiner zweiten Sitzung in dieser Funktion steht am 29. Januar 1957 unter Punkt 7 das Thema „Vorlage betr. Erweiterung der Büroräume für die Amtsverwaltung“ auf der Tagesordnung.<sup>205</sup> In einem Artikel in der Glocke vom 1. Februar 1957 wird auf die Gründe der nötigen Erweiterung eingegangen.<sup>206</sup>

---

<sup>204</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 5. November 1956.

<sup>205</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 29. Januar 1957.

<sup>206</sup> Verler Amtshaus soll ausgebaut werden, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 27, 1. 2.1957.

*„Seit langem hat man sich Gedanken darüber gemacht, wie die auch für das Publikum unerträgliche Enge in den Verwaltungsräumen des Amtes behoben werden kann. Zwei Tatsachen haben zu dieser Raumknappheit geführt: das ständige und schnelle Anwachsen der Bevölkerungszahl und das trotz allem Gerede von Verwaltungsvereinfachung seit Kriegsende bis auf den heutigen Tag zu beobachtende Anwachsen der Verwaltungsaufgaben mit immer neuen Gebieten.“*

Es fällt auf, dass die Erweiterung nicht allein mit erforderlichem Büroraum begründet wird, sondern aus Sicht des Publikums, nämlich der Bürgerinnen und Bürger des Amtes. Und auch die Klage über das Anwachsen der Bürokratie ist eine wichtige Aussage. Hier werden aber auch das weitere Bevölkerungswachstum durch die Flüchtlinge und neue Verwaltungsaufgaben hinzukommen. Weiter ist zu lesen, dass die Amtsvertretung anerkenne,

*„dass eine Lösung zur Erweiterung der Büroräume gefunden werden müsse, wenn jetzt und in Zukunft eine ordnungsmäßige Verwaltungsarbeit gewährleistet werden solle.“*

In der Amtsvertretung herrscht die Ansicht vor, dass an der Ostseite ein Flügelanbau vorgenommen werden soll. Zur weiteren Bearbeitung des Themas wird ein Bauausschuss gebildet, dem der Amtsbürgermeister Großerüschkamp angehört. Durch einen Anbau soll eine möglichst kostengünstige Lösung gefunden werden. In der Sitzung der Amtsvertretung am 21. Mai 1957 wird einstimmig beschlossen, dass der Vorentwurf des Gütersloher Architekten Mertens zum Anbau von Büroräumen am Rathaus weiterverfolgt werden soll und eine Beteiligung des Kreises an den Kosten wegen Unterbringung der Polizei verhandelt werden soll.<sup>207</sup> In der Sitzung am 1. Oktober 1957 trifft die Amtsvertretung zwei wichtige Entscheidungen mit 16 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen mit ausdrücklicher Unterstützung des Amtsbürgermeisters Großerüschkamp:<sup>208</sup>

*„Der Erweiterungsbau nach dem Entwurf des Architekten Mertens soll ausgeführt werden. Die Ausarbeitung der näheren Bauausführung soll nach diesem Plan erfolgen. Die Finanzierung, welche mit ca. 300.000 DM angegeben ist, soll nach der Vorlage der Verwaltung vom 30.9.1957 über den Weg der Umlage vorgesehen werden.“*

Es kommt äußerst selten vor, dass bei einem Beschluss der Amtsbürgermeister im Protokoll als Unterstützer vermerkt ist. Hieraus kann man folgern, dass ihm ein wirtschaftlicher Erweiterungsbau sehr wichtig ist. Klar ist auch, dass die Amtsgemeinden über die Amtsumlage die

---

<sup>207</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 21. Mai 1957.

<sup>208</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 1. Oktober 1957.

Finanzierung stemmen müssen. In der übernächsten Ratssitzung am 6. Februar 1958 kommt es dann wegen des Erweiterungsbaus zu erheblichen Spannungen insbesondere mit den Amtsvertretern der Gemeinde Liemke (heute Schloß Holte).<sup>209</sup> Diese Sitzung findet pikantesweise im neuen Rathaus in Liemke statt, wie die Glocke berichtete<sup>210</sup>.

Liemke hat im Jahre 1957 6.018 Einwohner und damit fast 1.000 mehr als die Gemeinde Verl mit 5.090 Einwohnern.<sup>211</sup> Auch wenn man sich die Steuereinnahmen, die für 1956 vorliegen, ansieht, so liegt Liemke mit 652.688 DM vor Verl mit 519.647 DM an der Spitze im Amtsverbund.<sup>212</sup> Diese Zahlen machen deutlich, dass zu dieser Zeit Liemke die stärkste Gemeinde im Amtsverbund ist.

Die Glocke berichtet weiter, dass es alleine zum ersten Tagesordnungspunkt, der Überprüfung des weiteren Vorschlages des Architekten Mertens zur Erweiterung des Amtshauses in Verl zu einer fast zweistündigen Debatte kam. Dort heißt es:

*„Die Amtsvertreter der Gemeinde Liemke argumentierten mit der für die Zukunft vielleicht akut werdenden Ausamtung der Gemeinde Liemke und glaubten darum, daß ein Anbau in Verl in der vorgeschlagenen Größe nicht nötig sei. Als sie nach Abschluß der Debatte mit 20 gegen 5 Stimmen bei einer Enthaltung überstimmt wurden, verließen die fünf Amtsvertreter von Liemke aus Protest den Sitzungssaal“* <sup>213</sup>

In diesem Verhalten der Liemker Amtsvertreter zeigen sich sehr wohl Spannungen zwischen den Amtsgemeinden, insbesondere zwischen Liemke und Verl. Es werden auch Bestrebungen der Gemeinde Liemke deutlich, den Amtsverbund zu verlassen, um als amtsfreie Gemeinde die eigenen Interessen besser durchsetzen zu können. Die Glocke teilt aber auch mit, dass die Debatte im Allgemeinen sachlich geführt wurde. Die Leitung einer Debatte dieser Art fordert dem leitenden Amtsbürgermeister sicherlich ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Konzentration ab. Und es gilt, die Spannungen nicht weiter eskalieren zu lassen. In der Sitzung wird dann noch die Erhöhung der Amtsumlage von 28 Prozent auf 32 Prozent beschlossen, um eine Rücklage für den Erweiterungsbau zu bilden.

---

<sup>209</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 6. Februar 1958.

<sup>210</sup> Debatte über Amtsneubau endet mit Mißklang, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 33, 8./9.2.1958.

<sup>211</sup> Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.): Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost, Tabelle 2.

<sup>212</sup> Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.): Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost, Tabelle 22.

<sup>213</sup> Debatte über Amtsneubau endet mit Mißklang, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 33, 8./9.2.1958.

Bezüglich der Erhöhung der Amtsumlage kommt es in der nachfolgenden Gemeinderatssitzung von Liemke zu einer Ablehnung dieser Erhöhung, wie die Glocke 10. Februar 1958 berichtet.<sup>214</sup>

Allerdings weist die Glocke in ihrem Artikel auch darauf hin, dass das Amt nach ordnungsgemäßer Erhöhung einen Rechtsanspruch auch auf den Anteil der Gemeinde Liemke habe. Schon im Mai 1958 wird in der Sitzung der Amtsvertretung Verl über den Erweiterungsbau des Amtes ein endgültiger Beschluss gefasst.<sup>215</sup> Die Arbeiten werden durch die Amtsvertretung vergeben und nicht durch den Bauausschuss oder den Haupt- und Finanzausschuss. Schon in der August-Sitzung des Rates werden Arbeiten für rund eine Viertelmillion DM vergeben, der Architekt Mertens hatte 14 Handwerkerarbeiten ausgeschrieben.<sup>216</sup> Damit ist der Startschuss für den Erweiterungsbau gefallen.

Das Bauprojekt läuft offensichtlich gut, denn schon am 21. Dezember 1958 berichtet die Glocke mit einem Foto des Rohbaus unter der Überschrift „Verler Verwaltungsbau gedieh bis zum Dachfirst – Zwei Monate dauerte es von der Grundsteinlegung bis zum Dachfirst“.<sup>217</sup> Die Baugeschwindigkeit ist schon sehr gut, denn die Glocke nennt auch Maße des Gebäudes: Der Anbau hat eine Größe von 24,75 m \* 12,5 m, der Zwischenbau zur Verbindung des alten und neuen Gebäudes wird mit einer Größe von 7 m \* 9 m angegeben. Zudem ist der Anbau voll unterkellert. Sitzungen der Amtsvertretung können dann zukünftig im neuen Sitzungssaal im Neubau stattfinden, der mit einer Größe von 11,75 m \* 5,5 m angegeben ist. Das ist sicherlich für Sitzungen mit 30 Amtsvertretern mit Publikum bei öffentlichen Sitzungen nicht gerade üppig bemessen. Das Richtfest wurde am 20. Dezember 1958 in „schlichter Form“ im Beisein der Handwerker, des Architekten, der Amtsvertretung, des Bauausschusses und der Vertreter der Amtsverwaltung gefeiert.

So betrachtet läuft das Projekt „Neubau des Amtshauses“ sehr gut für den Amtsbürgermeister Großerüschkamp. Auch die Finanzierung des Anbaus stellt kein größeres Problem dar, denn die finanzielle Entwicklung der Gemeinden im Amt Verl ist sehr gut in dieser Zeit. So kann trotz der Restfinanzierung des Anbaus in Höhe von 200.000 DM im Haushalt 1959 die

---

<sup>214</sup> Liemke lehnt Beteiligung an erhöhter Amtsumlage ab, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 34, 10.2.1958.

<sup>215</sup> Erweiterungsbau für das Amt Verl endgültig beschlossen, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 110, 13. 5 1958.

<sup>216</sup> Startschuß für Erweiterung des Amtshauses in Verl, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 193, 22.8.1958.

<sup>217</sup> Verler Verwaltungsbau gedieh bis zum Dachfirst, in Verl, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 269, 21. 12.1958.



Amtsumlage schon wieder von 32% auf 29% gesenkt werden.<sup>218</sup> Wegen des sparsamen Wirtschaftens müssen keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden.

Die Erweiterung des Amtshauses war sicherlich das größte und anstrengendste Projekt in der Zeit des Amtsbürgermeisters Johann Großrüschkamp. Mit dem neuen Sitzungssaal für die Amtsvertretung und verbesserten Räumen für die Amtsverwaltung konnte die Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger, die kommunalen Gremien und die Verwaltung deutlich verbessert werden.

### 9.3 Wiederwahl des Amtsbürgermeisters und seines Stellvertreters 1958

Gemäß der Amtsordnung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 10. März 1953 §2 gelten für die Ämter die Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1952, sofern es keine Sonderregelungen gibt. Das gilt auch für die Amtszeit des Amtsbürgermeisters und seines Stellvertreters, sie beträgt gemäß der Gemeindeordnung zwei Jahre.

Aus diesem Grund kommt es in der Sitzung der Amtsvertretung vom 30. Oktober 1958 zur Neuwahl des Amtsbürgermeister und seines Stellvertreters.<sup>219</sup> Der Abgeordnete Dr. Gregor Johannwille bringt den Vorschlag zur Wiederwahl des bisherigen Amtsbürgermeisters Großrüschkamp ein. Weitere Wahlvorschläge gibt es nicht. In geheimer Wahl erhält Johann Großrüschkamp 16 und Bernhard Vorderbrüggen 13 von 29 abgegebenen Stimmen.

Allerdings gibt es ein Problem bei der Wahl des Stellvertreters. Obwohl von der SPD nur ein Kandidat vorgeschlagen wird, allerdings nicht der bisherige vor zwei Jahren gewählte Stellvertreter, erhalten neben diesem einen Kandidaten drei weitere Amtsvertreter Stimmen, so dass keiner die nach §32 Abs. 2 der Gemeindeordnung erforderliche Stimmenmehrheit erhält. Somit muss die Wahl in der nächsten Ratssitzung wiederholt werden. Durch die Zersplitterung der Stimmen scheitert also diese Wahl.

Es kommt eher selten in der Amtsvertretung zu solchen Situationen, denn viele Beschlüsse werden einstimmig gefasst, wie bei Durchsicht der Protokolle aus der Zeit zwischen 1956 und 1960 festzustellen ist. Möglicherweise ist es hier zu einer Überlagerung von örtlichen und parteipolitischen Interessen gekommen.

---

<sup>218</sup> Verler Amtshaus finanziell fast schon „vergessen“, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 42, 19.2.1959.

<sup>219</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 30. Oktober 1958.

In der Ratssitzung am 20. November 1958 wird die Wahl also wiederholt.<sup>220</sup> Es sind bei der Amtssitzung 24 Amtsvertreter zugegen und wieder verteilen sich die Stimmen dieses Mal sogar auf fünf Kandidaten, ohne dass einer die erforderliche Mehrheit bekommt. Daraufhin wird die Wahl ein weiteres Mal mit namentlicher Abstimmung wiederholt, es ist zwischen dem bisherigen Stellvertreter Hermann Horsthemke aus Sende und Hermann Große aus Liemke zu entscheiden. Hermann Horsthemke erhält 14 der 24 Stimmen und ist damit gewählt, nimmt die Wahl aber nicht an. Warum er die Wahl nicht annimmt, ist nicht bekannt. Somit kommt es zu einer weiteren namentlichen Abstimmung über Hermann Große, der dann mit 15 Stimmen und neun Enthaltungen gewählt wird. Johann Großerüschkamp stimmt bei der namentlichen Abstimmung zunächst für seinen bisherigen Stellvertreter Hermann Horsthemke, bei der Abstimmung über Hermann Große enthält er sich der Stimme. Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, wie wichtig eine große Geschlossenheit von Fraktionen sein kann, um die eigenen Ziele durchzusetzen. Denn bei einer Zersplitterung ist dieser dann nicht mehr möglich.

#### **9.4. Übernahme bauaufsichtlicher Abnahmearbeiten vom Kreis durch das Amt Verl**

Im August 1959 kommt es in der Sitzung der Amtsvertretung zu einer lebhaften Diskussion über die Abwälzung von Aufgaben durch den Kreis an die Ämter und Gemeinden, was vom Kreis aber als Verwaltungsvereinfachung dargestellt wird. In der Sitzung der Amtsvertretung am 31. August 1959 ist ein sehr wichtiger Tagesordnungspunkt die Übernahme bauaufsichtlicher Abnahmearbeiten, nämlich der Rohbauabnahme und der Gebrauchsabnahme, von der Kreisverwaltung durch die Amtsverwaltung zum 1. Oktober 1959, wie sie vom Kreis vorgesehen ist.<sup>221</sup> Es wird mitgeteilt, dass für diese Aufgabe die Amtsverwaltung einen zweiten Bautechniker einstellen müsse. Aus dem Sitzungsprotokoll geht nur hervor, dass die Amtsvertretung keinen Wert darauf lege, die Rohbau- und Gebrauchsabnahme durchzuführen, sondern dass sie wünsche, dass das Amt ein eigenes Bauamt bekomme, das sowohl die Baugenehmigungen wie auch die Bauabnahmen übernehmen könne. Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten hierfür weiter zu prüfen.

In der Glocke können wir in einem Artikel deutlich mehr darüber erfahren, dass eine lebhafteste Diskussion zu dem Thema stattfand.<sup>222</sup> So wird wörtlich der damalige Amtsdirektor Dr.

---

<sup>220</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 20. November 1958.

<sup>221</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 31. August 1959.

<sup>222</sup> Wenn Bauabnahmen, dann auch Genehmigungen, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 203, 3.9.1959.

Paul Gärtner zitiert, der die Verlagerung als Abwälzung von oben nach unten in der Verwaltungshierarchie darstellt, Dr. Gärtner wörtlich:

*„Die viel gepriesene, von oben verordnete Verwaltungsvereinfachung hat sich bisher hauptsächlich darin erschöpft, daß die übergeordneten Behörden Arbeiten auf die unteren Verwaltungsbehörden, die Ämter und Gemeinden, abwälzen. Da diese nicht mehr ‚weiterwälzen‘ können, bleiben sie auf den Arbeiten hängen und müssen sehen, wie sie damit fertig werden.“*

Hier findet sich die Kritik an einem Vorgehen übergeordneter Behörden, die Ämter und Gemeinden als „Mülleimer“ für Verwaltungsaufgaben zu betrachten. Eine so deutliche kritische Äußerung des Verler Amtsdirektors hat der Autor bisher nicht gefunden.

Als einen wesentlichen Grund für eine Verlagerung der Baugenehmigungsbehörde vom Kreis zum Amt nennt der Amtsvertreter Dreismann (CDU) laut Glocke die hohe Zahl an Baugenehmigungen in den vergangenen Jahren. „Im Jahre 1956 seien 336 Baugenehmigungen erteilt worden, 1957 377, 1958 seien es 479 Baugenehmigungen gewesen.“ Und als zweiten Grund führt Dreismann den Bürger an.

*„Auch wenn man mit einem Aufkommen von 15.000 bis 20.000 DM Baugebühren rechnet, bleibe das Bauamt natürlich eine Belastung für das Amt. Man müsse aber trotzdem den Mut zur Selbstständigkeit haben, wenn man wisse, dass dieses Geld für die Bevölkerung gut angelegt sei.“*

Hier wird ersichtlich, dass es das Ziel der Amtsvertretung ist, in dieser Angelegenheit eine möglichst gute Lösung aus Sicht der Bewohner des Amtes zu erzielen. Dass die Angelegenheit doch nicht so einfach ist, zeigt sich allerdings in der nächsten Sitzung am 2. Dezember 1959, wo das Thema erneut auf der Tagesordnung steht<sup>223</sup>. Wegen der ablehnenden Verler Haltung ist der damalige Oberkreisdirektor Scheele anwesend und erläutert zunächst laut Protokoll die gesetzlichen Bestimmungen wie folgt:

*„Es wird hierbei besonders herausgestellt [durch den Oberkreisdirektor, d. Verf.], daß auch nach den bisherigen Bestimmungen (Gesetz vom 15.12.1933 und Ausführungsbestimmungen) die Bauaufsicht bei den örtlichen Polizeibehörden (jetzt Ordnungsbehörden) geblieben ist. Diese Arbeiten sind aber tatsächlich bisher vom Kreis gemacht worden. Der Kreis sucht nach einer Möglichkeit, die Rohbau und Gebrauchsabnahmen jetzt den örtlichen Behörden wieder zu übertragen.“*

---

<sup>223</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 2. Dezember 1959, Hervorhebungen wie im Original.

Hier wird deutlich, dass die Annahme des Amtsdirektor Dr. Gärtner und der Amtsvertretung, es handele sich um eine Verwaltungsvereinfachung durch Aufgabenverlagerung auf Grund der rechtlichen Regelungen, nicht bestätigt werden kann. Weiterhin ist im Sitzungsprotokoll vermerkt, dass das Amt Verl als einziges bisher nicht der Übernahme der Bauaufsicht zugestimmt habe. Nach einer Aussprache beschließt die Amtsvertretung auf Grund der Argumentation des Oberkreisdirektors und wohl, weil es das einzige Amt ist, das nicht zugestimmt hat, einstimmig, die Bauaufsicht zu übernehmen. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, beim zuständigen Ministerium zu beantragen, dass das Amt Verl privilegierte Baugenehmigungsbehörde wird.

Diese Bemühungen sollten letztlich Erfolg zeigen, wie die Online-Stadtgeschichte Verls von Annette Huss berichtet.<sup>224</sup> Im Juli 1965 wird im Amt Verl die Stelle eines Baurates durch den Bauingenieur Hermann Cilker besetzt. Im September 1961, also schon nach der Zeit von Johann Großerüschkamp als Amtsbürgermeister, fasste die Amtsvertretung den endgültigen Beschluss zur Beantragung einer eigenen Baubehörde. Dieses war gesetzlich auch möglich, weil das Amt Verl mit 23.000 Einwohnern die erforderliche Untergrenze von 20.000 Einwohnern überschritt und zur Finanzierung der Stelle bereit war. Ein Hauptgrund für den Antrag waren die schlechten Verkehrsverbindungen und nach damaligen Verhältnissen weiten Wege von Verl nach Wiedenbrück. Sie erschwerten und verlangsamten die Abwicklung des Baugenehmigungsverfahrens.

Dieses ist ein gutes Beispiel dafür, dass die kommunale Aufgabenverteilung nicht nur von oben nach unten geregelt werden kann, sondern bei Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten auch von unten nach oben, und dass dieses auch im Interesse der Bürger erfolgen kann. Dafür ist es sicherlich wichtig, dass die kommunalen Gremien bereit sind, bestehende Möglichkeiten auszunutzen.

## 9.5. Bestellung der Amtsdirektoren

In der Zeit des Amtsbürgermeisters Großerüschkamp fallen zwei wichtige Entscheidungen zur Bestellung des Amtsdirektors in Verl. Einmal muss am Anfang die zwölfjährige Amtsperiode von Dr. Paul Gärtner, dem bisherigen Amtsdirektor, verlängert werden, zum anderen muss am Ende wegen Erreichen der Ruhestandsgrenze von Dr. Gärtner ein neuer Amtsdirektor gewählt werden.

---

<sup>224</sup> Huss, Annette: „Amtsvertretung beschloß Wichtiges“ Im Juli 1965 stellte das Amt einen Baurat ein, [https://www.verl.de/fileadmin/user\\_upload/PDF/Stadtgeschichte/Verl\\_in\\_den\\_1960er\\_Jahren\\_-\\_1965.pdf](https://www.verl.de/fileadmin/user_upload/PDF/Stadtgeschichte/Verl_in_den_1960er_Jahren_-_1965.pdf) (Zugriff am 13.1.2021).

Gemäß der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 wurde der Amtmann, der Vorläufer des späteren Amtsdirektors, vom Oberpräsidenten nach Anhörung der Amtsversammlung auf Lebenszeit ernannt. Durch das Gemeindewahlgesetz von 1923 in der Fassung vom 12. Februar 1924, also aus der Weimarer Zeit, wurde die Ernennung von der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit in der Amtsvertretung abhängig gemacht, ab 1. Januar 1927 genügte die einfache Mehrheit. Weiterhin wurde die Amtszeit für alle ab dem 14. April 1923 erfolgenden Ernennungen auf zwölf Jahre begrenzt. Nach 1945 war dann der Amtsdirektor von der Amtsvertretung für zwölf Jahre zu wählen.<sup>225</sup>

Der Amtsdirektor Dr. Gärtner war in der Sitzung der Amtsversammlung am 28. Dezember 1945 entsprechend für zwölf Jahre gewählt worden, so dass seine Amtszeit am 28. Dezember 1957 endete.<sup>226</sup> Unter Punkt 4 des nicht öffentlichen Teils der Sitzung der Amtsvertretung vom 29. Januar 1957 findet sich das Thema „Vorbereitung über die Neubesetzung der Stelle des Amtsdirektors“.<sup>227</sup> Hier hört es sich durchaus so an, als wolle man vielleicht auch jemanden anderes für diese Stelle gewinnen. Dann wird aber festgestellt, dass die Amtsvertretung einstimmig der Meinung ist, dass der Vertrag von Herrn Dr. Gärtner, der am 28. Dezember 1957 ausläuft, für eine zweite Wahlperiode verlängert werden soll. Daraufhin erfolgt ein einstimmiger Beschluss, die Wahl direkt in dieser Sitzung durchzuführen. Bei der geheimen Wahl stimmen 26 der 28 anwesenden Amtsvertreter für Gärtner, aber auch zwei dagegen. Letztlich zeigt diese schnelle und unproblematische Abstimmung, dass die Amtsvertretung über die verschiedenen Parteien und Gemeinden hinweg mit der Arbeit des bisherigen Amtsdirektors sehr zufrieden ist. Damit wissen beide Seiten, sowohl die Amtsvertretung wie auch der Amtsdirektor, wie die Arbeit bis zum Ende der Legislaturperiode für sie weitergeht.

Da Dr. Gärtner am 31.1.1961 die Altersgrenze erreicht, wird er zu diesem Termin aus dem Dienst ausscheiden. Daher ist bis zu diesem Zeitpunkt ein neuer Amtsdirektor zu wählen. Das Thema der Neuwahl des Amtsdirektors steht schon in der Sitzung am 2. Dezember 1959, über ein Jahr vor Ausscheiden des Amtsdirektors, im nicht öffentlichen Teil auf der Tagesordnung.<sup>228</sup> Hier beschließt die Amtsvertretung als wichtigste Rahmenbedingung, dass die Wahl von der noch amtierenden Amtsvertretung durchgeführt werden soll. Der Beschluss hierzu erfolgt mit 16 Ja-Stimmen, neun Nein-Stimmen und einer Enthaltung. Das deutet darauf hin, dass vor allem die Mehrheitsfraktion der CDU in dieser Angelegenheit

---

<sup>225</sup> Stadtarchiv Verl, Zeitgeschichtliche Sammlung, Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969, S. 6.

<sup>226</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 3, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1921-1947, Protokoll Amtsvertretung vom 28. Dezember 1945.

<sup>227</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 29. Januar 1957.

<sup>228</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 2. Dezember 1959.

kein Risiko eingehen will, nach der für Oktober 1960 zu erwartenden Kommunalwahl nicht mehr den vollen Einfluss auf diese Entscheidung zu haben. Gleichzeitig wird die Besoldung der Stelle des Amtsdirektors ab 1960 von A 14 auf A15 angehoben, so dass auch noch der bisherige Inhaber davon profitiert, aber auch sicherlich, um einen möglichst qualifizierten Nachfolger zu finden.

In der nächsten Sitzung der Amtsvertretung wird der Haupt- und Finanzausschuss damit beauftragt, die Wahl des Amtsdirektors dahingehend vorzubereiten, dass fünf Bewerber in die engere Wahl genommen und der Amtsvertretung vorgeschlagen werden.<sup>229</sup> Der Haupt- und Finanzausschuss hat seine Arbeit ordnungsgemäß erledigt, und in der Sitzung der Amtsvertretung am 3. August 1960 stellen sich vier Kandidaten vor:<sup>230</sup> Es sind die Herren Stadtdirektor Dr. Hans-Georg Gerken, Büren, Assessor Dr. Karl-Heinz Röser, Bonn, Stadtassessor Dr. Hans Georg Klose, Hamm, Rechtsanwalt Helmut Schlangenotto, Marburg/Lahn. Offensichtlich hat man mit drei promovierten Bewerbern, wovon mindestens zwei als Juristen erkennbar sind, eine ausreichende Zahl qualifizierter Kandidaten gefunden. Im Protokoll der Amtsvertretung findet sich keine Aussage, warum der haupt- und Finanzausschuss nur vier statt der ursprünglich gewünschten fünf Bewerber zur Vorstellung geladen hat. Wegen der guten Besoldung und der Größe des Amtes ist die Stelle attraktiv. Als Wahltermin wird Mittwoch, 10. August 1960, 20 Uhr festgesetzt.

In dieser Sitzung wählten die Amtsvertreter den Stadtassessor Dr. Hans Georg Klose mit 16 Stimmen zum neuen Amtsdirektor ab dem 1. Februar 1961 mit einer Amtszeit von zwölf Jahren bis zum 31. Januar 1973.<sup>231</sup> Die Wahl findet als geheime Wahl statt, im Protokoll ist ausdrücklich vermerkt, dass nach §35 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes NRW alle 29 anwesenden Amtsvertreter zur Abgabe von Stimmzetteln verpflichtet seien. Die restlichen 13 Stimmen verteilten sich auf zwei der weiteren Bewerber.

Damit ist sicherlich eine der wichtigsten Personalentscheidungen für die Zukunft des Amtes Verl getroffen. Es ist interessant zu erfahren, wie das Profil eines Amtsdirektors in den 60er Jahren aussieht. Die Glocke stellt in einem Bericht vom 12. August 1960 den neuen Amtsdirektor vor.<sup>232</sup> Gebürtig kommt Dr. Hans Georg Klose aus Gelsenkirchen-Horst, ist 37 Jahre alt, verheiratet, hat einen Sohn und ist katholisch. Politisch kann er dem CDU-Lager zugeordnet werden, da er viele Jahre Mitglied des Fachausschusses „Verfassung, Verwaltung,

---

<sup>229</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 25. März 1960.

<sup>230</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 3. August 1960.

<sup>231</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 10. August 1960.

<sup>232</sup> Neuer Amtsdirektor Dr. Hans Georg Klose, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 186, 12.8.1960.

öffentlicher Dienst“ der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen ist und damit sogar mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit der CDU angehört.<sup>233</sup> Dieses persönliche Profil passt gut in das katholisch orientierte Verler Land.

Dr. Hans Georg Klose hat als aktiver Offizier am Zweiten Weltkrieg teilgenommen, war bis 1948 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft und begann 1949 das Studium der Rechtswissenschaft und Publizistik an der Universität Münster. 1957 legte er die zweite juristische Staatsprüfung ab und trat im Januar 1958 in die Dienste der Stadt Hamm. 1959 erfolgte die Promotion. In der Stadt Hamm widmete er sich auch mit Eifer einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit, sicherlich gefördert durch sein Studium der Publizistik.

Es ist erkennbar, dass Dr. Hans Georg Klose gute theoretische und praktische Kenntnisse für die gestellte Aufgabe mitbringt. Und da auch seine private Situation ins Verler Land passt, ist die Wahl gut nachvollziehbar. Unabhängig vom Termin der kommenden Kommunalwahl ist damit auch Kontinuität in der Position des Amtsdirektors gesichert. Die Verabschiedung des bisherigen und die Einführung des neuen Amtsdirektors erfolgten in der Sitzung der Amtsvertretung am 30. Januar 1961 im Hause Ameling in Verl, bei der auch Landrat Verhoff und Oberkreisdirektor Scheele zugegen sind.<sup>234</sup> Das Protokoll ist wenig aussagefähig, aber die Glocke hat zu dieser Sitzung am 1. Februar 1961 einen umfangreichen Artikel mit großem Bild veröffentlicht, auf dem zu sehen ist, wie der Amtsbürgermeister dem neuen Amtsdirektor den Amtseid abnimmt.<sup>235</sup> In diesem Artikel wird auch ausführlich auf die Ansprache von Johann Großerüschkamp eingegangen. Es heißt:

*„Als Not und Elend in allen Ecken herrschte, da waren die Kommunalbehörden die einzigen, die den Kontakt zur Bevölkerung behalten hatten.“ begann Amtsbürgermeister Großerüschkamp (CDU) seine Würdigung der Verdienste des scheidenden Dr. Gärtner, dessen Laufbahn als Amtsdirektor von Verl gerade in jenen von bitterer Not gekennzeichneten Jahre begonnen habe. Dem nun in den Ruhestand eintretenden Verwaltungschef sei es aber durch unermüdlichen, persönlichen Einsatz in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch gelungen, das Chaos auf der untersten Verwaltungsebene zu verhindern und die ersten neuen Ansätze weiter auszubauen.“*

Großerüschkamp verdeutlicht damit seine Sicht, dass gerade die unterste Verwaltungsebene sich direkt nach dem Kriege als stabilisierend erwiesen hat und damit wesentlich aus

---

<sup>233</sup> Stadtarchiv Verl, Sammlung Kleine Erwerbungen 52, Freise, Josef: Verl von A-Z, Ein Lexikon, Dr. Hans-Georg Klose.

<sup>234</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 4, Sitzungsniederschriften der Amtsvertretung Verl 1939-1964, Protokoll Amtsvertretung vom 30. Januar 1961.

<sup>235</sup> Wohl der Menschen heute beste Richtschnur für Amtsdirektor, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 27, 1.2.1961.

Sicht der Bevölkerung geholfen hat, die Not zu beherrschen. Damit hat sicherlich die untere Ebene einen wichtigen Beitrag zur Vertrauensbildung der Bevölkerung in den sich neu entwickelnden demokratischen Staat geleistet. Weiter spricht Großerüschkamp die Zusammenarbeit zwischen dem Amtsdirektor und den Gremien an:

*„Wenn später in der Zusammenarbeit zwischen dann wieder gewählten Vertretungen und dem Amtsdirektor manchmal hochgegangen [sic] sei, so habe man sich doch immer wieder gefunden ohne Groll und in der bewährten Praxis, Meinungsverschiedenheiten zum Nutzen der Sache frei und furchtlos auszutragen.“*

Dieses ist wohl die wichtigste Aussage zum Demokratieverständnis von Johann Großerüschkamp, die sehr klar überliefert ist. Es kommt ihm darauf an, Sachverhalte in allen Facetten zu diskutieren und dann aber auch zu einer sinnvollen, möglichst tragfähigen Lösung der Sache zu kommen, ohne dass man im Nachhinein dem anderen seine Auffassung verübelt und sich wieder gemeinsam neuen Themen zuwendet. Was er in seiner Aussage beschreibt, ist nichts anderes als das Finden von belastbaren Kompromissen. Und dass er das auch lebt, zeigte sich gerade in den Kapiteln 8.3 und 8.4. Wie wichtig für erfolgreiche Demokratie gerade auch der Kompromiss ist, beschreibt Barack Obama, wenn er sagt:<sup>236</sup>

*„Es war, als wäre die Demokratie eineinhalb Monate lang wieder normal gewesen, mit dem üblichen Geben und Nehmen zwischen den Parteien, dem Hin und Her der Interessengruppen, dem zweifelhaften Segen der Kompromisse. Was hätten wir noch erreichen können, fragte ich mich, ..., hätte eine solche Atmosphäre von Anfang an in meiner Amtszeit geherrscht?“*

Anschließend wendet sich Großerüschkamp dem neuen Amtsdirektor zu.

*„Und zu Dr. Klose gewendet, ..., sagte der Amtsbürgermeister ebenfalls, daß es nicht gleich ‚Krieg‘ bedeute, wenn einmal ein hartes und im Eifer eines Wortgefehtes gesprochenes Wort falle. ‚Alle sind jedenfalls guten Willens, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, die Vertretung und die Bediensteten der Verwaltung.‘“*

Johann Großerüschkamp sieht sich also sowohl im Namen der Vertretung wie auch der Verwaltung als Amtsbürgermeister verantwortlich, dem neuen Amtsdirektor eine gute Zusammenarbeit anzubieten. Damit wird er der gerade durch die Briten nach 1945 eingeführten politischen Verantwortung der gewählten Vertreter gerecht. Die Zusammenarbeit scheint auch gut funktioniert zu haben, denn aus der letzten Gemeinderatssitzung mit Johann Großerüschkamp als Bürgermeister von Senden berichtet die Glocke, dass sich im Na-

---

<sup>236</sup> Obama, Barack: Ein verheißenes Land, München, 2020, S.861.



men der Verwaltung Amtsdirektor Dr. Klose für die gute Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister und Verwaltung bedankte.<sup>237</sup> Wie mittlerweile die Rolle des Amtsdirektors gesehen wird, macht Dr. Klose in seiner Ansprache deutlich, worüber die Glocke schreibt:

*„Er, Dr. Klose, verstehe sich nicht nur als Exekutivorgan, möchte aber wünschen, daß er den Vertretungen mit Ratschlägen und Vorschlägen entgegenkommen dürfe.“*

Hier wird noch einmal deutlich, dass nach der aktuell gültigen Gemeinde- und Amtsordnung die politische Verantwortung bei den Vertretungen liegt.

Insgesamt ist festzustellen, dass Johann Großeruschkamp mit der Erweiterung des Amtshauses, der Gewinnung des neuen Amtsdirektors und dem Beginn der Vorbereitungen für eine eigene Baugenehmigungsbehörde wichtige Weichenstellungen im Interesse aller Bürger des Amtes Verl als Amtsbürgermeister gelungen sind.

## 10. Das Strukturgutachten und die Auswirkungen für Sende

Am Freitag, den 5. September 1958, erscheint in der Glocke ein umfangreicher Leserbrief mit der Überschrift „Was sagen die Bürger von Sende zur Zerschlagung (Aufteilung) ihrer Heimatgemeinde?“. <sup>238</sup> Der Autor bleibt unbekannt, der Leserbrief ist unterschrieben mit „(Eine für viele)“, was auf eine Frau schließen lässt.

Der Leserbrief beginnt mit der Aussage, dass der Plan zur Neuordnung der Gemeindegrenzen innerhalb des Kreises Wiedenbrück eine vollständige Auflösung der Gemeinde Sende und eine Aufteilung auf die Gemeinden Verl, Liemke und den Kreis Bielefeld vorsehe. Die Gründe hierfür seien aber unbekannt, „wenn sie auch „auf „wissenschaftlicher Forschung und fortschrittlicher Planung und der eifrigen Doktorarbeit junger Studenten“ beruhen sollen.“

Mit der „wissenschaftlichen Forschung“ und der „eifrigen Doktorarbeit“ ist offensichtlich das Gutachten des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.) mit dem Titel „Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost“ gemeint, das in dieser Arbeit verschiedentlich zitiert wird.<sup>239</sup> In diesem Gutachten wird auf den Seiten 100 bis 103 tatsächlich eine Auflösung der

---

<sup>237</sup> Rat der Gemeinde Sende beschloß: Bürgermeister Großeruschkamp Altbürgermeister, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. xxx, 22.9.1964.

<sup>238</sup> Meinungsaustausch: Was sagen die Bürger von Sende zur Zerschlagung (Aufteilung) ihrer Heimatgemeinde?, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 205, 5.9.1958.

<sup>239</sup> Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.): Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost.

Gemeinde Sende auf Grund vorheriger Überlegungen begründet und empfohlen. Dieses Gutachten lag sicherlich als Entwurf zum Erscheinungszeitpunkt des Leserbriefes vor, denn Professor Dr. H. J. Seraphim als Direktor des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen hat das Vorwort im Dezember 1958 erstellt. Das Gutachten selber hat auf dem Cover das Erscheinungsjahr 1959 vermerkt.

Die Leserbriefschreiberin findet es befremdlich, dass in der Gemeinde nichts über die Erstellung bekannt sei. „Weder Bürgermeister [Großerüschkamp, d. Verf.] noch Gemeindevertretung wurden über diese Pläne unterrichtet.“ Diese Aussage verwundert, da Prof. Dr. Seraphim in der Einleitung des Gutachtens u. a. ausdrücklich die vorbildliche Unterstützung durch die Gemeinde- und Amtsverwaltung im Amt Verl anspricht. Ebenso ist in der Einleitung vermerkt, dass mit Ausnahme der bevölkerungsstatistischen Angaben das verwendete Zahlenmaterial aus Unterlagen der Amts- und Kreisverwaltung stammt. Die Tatsache, dass das Gutachten in der Gemeinde Sende z. B. bei der Verfasserin des Leserbriefes bekannt ist, spricht dafür, dass zumindest inoffiziell Informationen aus der Amtsverwaltung geflossen sein könnten.

In dem Leserbrief werden insbesondere Statistiken über Gemeindegrößen, die gute wirtschaftliche Lage der Gemeinde Sende wie auch ausführliche geschichtliche Informationen als Argumente für den Erhalt der Einheit der Gemeinde vorgelegt. Die vermutliche Autorin muss sehr gute kommunalpolitische Kenntnisse gehabt haben. Am Ende wird noch einmal der Bürgermeister zitiert.<sup>240</sup>

*„Die SENDER können nicht einsehen, weshalb ihre Gemeinde in der alten Form nicht weiterbestehen soll. Sie werden, wie Gemeindebürgermeister Großerüschkamp kürzlich sagte, um jeden Quadratmeter bis zum Aeußersten [sic] kämpfen.“*

Was Großerüschkamp genau mit dem „Aeußersten“ meint, bleibt offen. In den Protokollen des Gemeinderates findet sich erst im Protokoll der Sitzung vom 4. September 1959, also ein Jahr später, ein Eintrag, wo das Gutachten angesprochen wird. Hier heißt es unter der Überschrift „Plan für die Veränderung von Gemeindegrenzen im östlichen Teil des Kreisgebiets“:

*„Der Kreis hat ein Gutachten über die Neugestaltung der Gemeindegrenzen anfertigen lassen. Da die Gemeinde Sende von diesem Gutachten sehr betroffen sein wird, soll der Herr Oberkreisdirektor um baldige Überlassung eines Exemplares des Gutachtens gebeten werden.“<sup>241</sup>*

---

<sup>240</sup> Meinungsaustausch Was sagen die Bürger von Sende zur Zerschlagung (Aufteilung) ihrer Heimatgemeinde?, die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 205, 5.9.1958.

<sup>241</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 23 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961, Protokoll vom 4.9.1959

Dass der Oberkreisdirektor ohne Namen und extra mit Herr titulierte wird, deutet auf eine gewisse Verärgerung in diesem Zusammenhang hin. Allerdings finden sich in den weiteren Protokollen bis einschließlich 1964 keine weiteren Einträge zu diesem Thema. Da es keine weiteren erkennbaren Aktivitäten in dieser Angelegenheit gegeben hat, scheint es so zu sein, dass sowohl der Bürgermeister wie auch der Gemeinderat das Gutachten als theoretisches Werk verstanden haben, aber sich nicht der weitreichenden Folgen bewusst waren. Andererseits ist es für einen Gemeinderat auch unmöglich, nur auf Grund eines Gutachtens etwas zu unternehmen, ohne dass entsprechende Prozesse etwa vom Kreis oder Land angestoßen worden sind.

Allerdings sollte es nicht bei der Theorie bleiben. 1970 tritt das Gesetz zur Neugliederung des Kreises Wiedenbrück und von Teilen des Kreises Bielefeld in Kraft, wonach die Gemeinde Sende aufgelöst und der westliche Teil der Gemeinde Verl, der östliche Teil der Gemeinde Schloß Holte (früher Liemke) und Eckardsheim der Stadt Sennestadt zugeordnet werden.<sup>242</sup> Die Aufteilung von Sende folgt im Wesentlichen den Empfehlungen aus dem Strukturgutachten. Die Geister, die einmal durch dieses Gutachten gerufen worden waren, sind nicht mehr verschwunden.

## 11. Öffentliche Anerkennung

Wer sich ehrenamtlich in hohem Maße und über lange Zeit in der Kommunalpolitik engagiert, sollte dafür neben der selbstverständlichen Aufwandsentschädigung auch eine entsprechende öffentliche Anerkennung bekommen.

### 11.1. Die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Johann Großerüschkamp

Eine Form der öffentlichen Anerkennung in der Bundesrepublik ist der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, im Volksmund Bundesverdienstkreuz genannt. Der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland wurde 1951 vom damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuß per Erlass gestiftet.<sup>243</sup> Im Stiftungserlass heißt es:

---

<sup>242</sup> Gesetz zur Neugliederung des Kreises Wiedenbrück und von Teilen des Kreises Bielefeld, [https://recht.nrw.de/lmi/owa/br\\_bes\\_text?sg=2&menu=0&bes\\_id=4044&aufgehoben=N&anw\\_nr=2](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?sg=2&menu=0&bes_id=4044&aufgehoben=N&anw_nr=2) (Zugriff vom 30.11.2020).

<sup>243</sup> Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, [https://de.wikipedia.org/wiki/Verdienstorden\\_der\\_Bundesrepublik\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Verdienstorden_der_Bundesrepublik_Deutschland) (Zugriff vom 06.01.2021).

*„In dem Wunsche, verdienten Männern und Frauen des deutschen Volkes und des Auslandes Anerkennung und Dank sichtbar zum Ausdruck zu bringen, stifte ich am 2. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland.*

*Der Orden wird verliehen für Leistungen, die im Bereich der politischen, der wirtschaftlich-sozialen und der geistigen Arbeit dem Wiederaufbau des Vaterlandes dienen, und soll eine Auszeichnung all derer bedeuten, deren Wirken zum friedlichen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland beiträgt.“*

Johann Großerüschkamp hat sicherlich im politischen Bereich viel geleistet und einen Teil zum Aufstieg der Bundesrepublik beigetragen. Mit einem Schreiben vom 23. Januar 1963 an den Regierungspräsidenten bringt der damalige Ortsvorsitzende der CDU von Sende und Fraktionsvorsitzende im Rat der Gemeinde, Josef Brinkord, das Verfahren zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Johann Großerüschkamp auf den Weg.<sup>244</sup> In diesem Schreiben zeichnet Brinkord noch einmal die politische und sonstige ehrenamtliche Tätigkeit von Johann Großerüschkamp nach. Wichtig sind aber eher die Aussagen zum Charakter und Vorgehen von Johann Großerüschkamp von jemandem, der ihn persönlich kannte und über längere Zeit mit ihm zusammengearbeitet hat. Hier finden sich die folgenden Aussagen:

*„In der turbulenten Notzeit nach dem ersten Weltkrieg schaffte es Johann Große-  
rüschkamp durch seine soziale Einstellung und sein ausgleichendes Wesen mit den  
sich oft widersprechenden Ansichten der Landbevölkerung und der Industriearbeiter  
fertig zu werden.“*

Offensichtlich wurde Johann Großerüschkamp bei schwierigen Gesprächen von allen akzeptiert und verstand es auch, Kompromisslösungen auf den Weg zu bringen. Eine weitere Aussage befasst sich damit, wie Johann Großerüschkamp mit anstehenden Fragestellungen und Problemen umging.

*„Bei allen Planungen hat er immer eine Meinung gefasst, wenn alle Seiten gehört  
wurden, die einmal gefasste Meinung dann aber energisch durchgesetzt.“*

Dann geht Josef Brinkord auch kurz auf die Nazi-Zeit ein, die NSDAP-Mitgliedschaft erwähnt er nicht, sondern schreibt:

---

<sup>244</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW O Nr. 6259 Ordensakte Johann Großerüschkamp, Schreiben Josef Brinkord an den Regierungspräsidenten vom 23.1.1963

*„Auch in der Nazizeit vertrat er immer christliche Grundsätze und wich von seiner Überzeugung nicht ab. Es gelang ihm, manche Härten zu mildern. Dies wird in der Bevölkerung besonders anerkannt.“*

Josef Brinkord nennt keine konkreten Beispiele für geminderte Härten, aber er ist einer der zuverlässigsten Zeitzeugen, von dem schriftliche Überlieferungen vorhanden sind. Das Schreiben von Josef Brinkord ging am 31. Januar 1963 beim Landkreis Wiedenbrück ein. Der Oberkreisdirektor Scheele leitet das Schreiben am 15. Februar 1963 an den Regierungspräsidenten weiter, teilt aber bei der Weiterleitung mit, dass er vorher Rückfrage beim Verler Amtsdirektor genommen habe, ob es weitere nennenswerte Verdienste von Johann Großeruschkamp gebe.<sup>245</sup> Er zitiert in seinem Schreiben die Antwort des Amtsdirektors, der zunächst die Angaben von Josef Brinkord bestätigt, dann aber noch hinzufügt:

*„Hervorzuheben ist allerdings, daß gerade Herr Großeruschkamp sich stets unermüdet und uneigennützig für das Wohl der Einwohner der Gemeinde Sende eingesetzt hat. Durch sein ausgleichendes Wesen ist er in allen Kreisen der Bevölkerung sehr beliebt.“*

Der Amtsdirektor weist mit dem Hinweis auf den unermüdeten und uneigennütigen Einsatz für das Wohl der Bürger auf eine sehr wichtige und erforderliche Eigenschaft von Kommunalpolitikern hin. Und er spricht ebenfalls das ausgleichende Wesen von Großeruschkamp an.

Das Schreiben des Oberkreisdirektors geht am 21. Februar 1963 beim Regierungspräsidenten ein, worauf er ein entsprechendes Schreiben vom 27. Februar 1963 an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen adressiert.<sup>246</sup> In diesem Schreiben findet sich ein wichtiger Aspekt zur Begründung der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes:

*„Die selbstlose Tätigkeit des Herrn Großeruschkamp, die dem Wohle der Allgemeinheit diente und im örtlichen Bereich mit zum friedlichen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen hat, rechtfertigt m. E. die vorgeschlagene Auszeichnung.“*

Mit dieser Aussage knüpft der Regierungspräsident an die im Stiftungserlass genannten Verleihungskriterien an. Offensichtlich ist es dem Regierungspräsidenten wichtig, dass es sich um eine Auszeichnung für Verdienste für die noch junge Bundesrepublik Deutschland handelt. Der Innenminister befürwortet in einem Schreiben vom 15. März 1963 an den Minis-

---

<sup>245</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW O Nr. 6259 Ordensakte Johann Großeruschkamp, Schreiben Oberkreisdirektor Scheele an den Regierungspräsidenten vom 15.2.1963

<sup>246</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW O Nr. 6259 Johann Großeruschkamp Ordensakte, Schreiben Regierungspräsident an den Innenminister des Landes NRW vom 27.2.1963.

terpräsidenten die Auszeichnung für Johann Großerüschkamp.<sup>247</sup> Mit einem weiteren Schreiben vom 29. April 1963 teilt der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen dem Innenminister mit, dass der Bundespräsident das Verdienstkreuz am Bande am 22. April 1963 an Johann Großerüschkamp auf den Vorschlag des Ministerpräsidenten hin verliehen habe.<sup>248</sup> Dem Schreiben sind als Anlage das Ordenskreuz und die Verleihungsurkunde beigelegt.

Am 12. Juni 1963 informiert der Regierungspräsident den Ministerpräsidenten, dass am 6. Juni 1963 der Landrat des Kreises Wiedenbrück das Ordenskreuz und die Verleihungsurkunde ausgehändigt habe.<sup>249</sup> In einem Artikel vom 7. Juni 1963 berichtet die Glocke ausführlich über die Ordensübergabe im Gasthof Theo Helfberend in Sende am Vortag durch den Landrat Paul Hemken to Krax.<sup>250</sup> Ein Bild zeigt Johann Großerüschkamp mit dem Landrat und dem Ortsgeistlichen. Der Verler Amtsdirektor Klose spricht in seiner Dankesrede laut Glocke einen wichtigen Aspekt an, nämlich dass durch die Ordensverleihung das Wirken von Männern in die Öffentlichkeit gerückt werde, „die sonst nur wenig Anteil nehmen an dieser ehrenamtlichen Arbeit, die viel Zeit koste und manchen Ärger bereite.“ Gerade ein Kommunalpolitiker muss eben auch bereit sein, diesen Ärger zu ertragen und die Zeit zu opfern.

## 11.2. Ernennung zum „Altbürgermeister“

Daneben sieht die Gemeindeordnung vor, dass zur Anerkennung der langjährigen Tätigkeit als Bürgermeister ehemalige Bürgermeister einen Ehrentitel verliehen bekommen dürfen. § 26 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1952 sagt:<sup>251</sup>

*„Die Gemeinden können Bürgern, die mindestens 20 Jahre Ratsmitglieder oder Ehrenbeamte waren und ausgeschieden sind, eine Ehrenbezeichnung verleihen.“*

Diesen Sachverhalt nutzen auch die Sender Gemeinderäte, um in der letzten Sitzung vor dem Ausscheiden von Johann Großerüschkamp aus dem Gemeinderat am 17. September 1964 einstimmig zu beschließen, dass „dem Bürgermeister Großerüschkamp gemäß § 26

<sup>247</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW O Nr. 6259 Johann Großerüschkamp Ordensakte, Schreiben des Innenministers des Landes NRW an den Ministerpräsidenten vom 15.3.1963.

<sup>248</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW O Nr. 6259 Johann Großerüschkamp Ordensakte, Schreiben Ministerpräsidenten an den Innenminister des Landes NRW vom 29.4.1963

<sup>249</sup> Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Bestand NW O Nr. 6259 Johann Großerüschkamp Ordensakte, Schreiben Regierungspräsident an den Ministerpräsidenten des Landes NRW vom 12.6.1963.

<sup>250</sup> Bundesorden für verdiente Kommunalpolitiker, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 130, 7. Juni 1963.

<sup>251</sup> Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1952, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, Ausgabe A, 6. Jahrgang, Nr. 56, 4.11.1952, S. 271.

GO die Ehrenbezeichnung ‚Altbürgermeister‘ verliehen“ wird.<sup>252</sup> Dieses ist die Möglichkeit des Gemeinderates, die langjährige Arbeit von Johann Großrüschkamp anzuerkennen und zu würdigen.

## **12. Zusammenfassung und Bewertung**

In den vorherigen Kapiteln sind verschiedene Aspekte der kommunalen Demokratie in der Landgemeinde Sende und dem zugehörigen Amt Verl aus der Zeit von 1919 bis 1964 vorgestellt worden, und es wurde auf das Wirken des Gemeindevorstehers und Bürgermeisters Großrüschkamp eingegangen.

Als erste stellt sich die Frage, welche strukturellen Veränderungen sich hin zur Demokratie in dieser Zeit ergeben haben und wie sie in der Landgemeinde Sende gewirkt haben. Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Frauen und Männer 1919 hat auch in Sende zu einer erheblichen Veränderung der Zusammensetzung des Gemeinderates geführt, wie wir in Kapitel 3 gesehen haben. Aber auch die anschließende Neuwahl der Amtsverordneten und die Neuwahl der Gemeindevorsteher im Herbst 1919 führten zu weiteren Veränderungen. Vor allem die regelmäßige Neuwahl sowohl der Amtsverordneten wie auch der Gemeindevorsteher im Rahmen jeder Kommunalwahl bis 1933 brachte eine deutlich bessere demokratische Legitimation der entsprechenden Vertreter. Weiterhin haben wir im Kapitel 2 gesehen, dass die Funktion des Gemeindevorstehers 1919 noch sehr stark administrativ ausgerichtet war, aber spätestens durch den britischen Einfluss nach 1945 wurde sie durch die geänderten Gemeindeordnungen zu einer politischen Funktion (siehe Kapitel 8.1). Aus dieser Funktion sollten die Vorgaben an die Verwaltung entstehen.

War bis zum Beginn der Weimarer Republik bei der Ernennung eines Amtmannes nur die Anhörung der Amtsversammlung erforderlich, so wurde ab 1923 dann auch die Zustimmung zur Ernennung des Amtmanns durch die Amtsversammlung nötig. Das war sicherlich ein erster Schritt zu mehr Einfluss der Amtsversammlung auf diese Ernennung und die Verwaltung. Und nach 1945 war dann die Amtsvertretung für die Wahl der Amtsdirektoren verantwortlich. Bei allen positiven Veränderungen in dieser Zeit kann aber auch nicht verkannt werden, dass es Bereiche gibt, wo trotz fortschrittlicher Vorgaben keine Veränderung stattfand. Ein Beispiel dafür ist das passive Frauenwahlrecht, das bis 1969 in Sende keine Wirkung zeigt, wie in Kapitel 3 nachgewiesen wird. Wurden in der Weimarer Republik die demokratischen Strukturen vor allem über die Wahlgesetzgebung in Gang gesetzt, ohne dass

---

<sup>252</sup> Stadtarchiv Verl, PB A 25 Sitzungsniederschriften der Gemeindevertretung Sende 1961 – 1964, Protokoll vom 17.9.1964

die Gemeindeordnung angepasst wurde, so wurden ab 1946 die demokratischen Vorgaben auch in der Gemeindeordnung manifestiert.

Die weitere Frage, die sich stellt, ist, wie sich die verschiedenen Akteure im Umgang mit der Demokratie verhalten haben. Da sind zum einen bei der Kommunalwahl 1919 die Vertreter der drei verbundenen Listen, die sich unter Nutzung des d' Hondt Verfahrens einen möglichst großen Einfluss im Gemeinderat zu sichern wussten. Andererseits scheint diese Listenverbindung keine große inhaltliche Bedeutung zu haben, da schon ein halbes Jahr nach der Wahl bei der Vorsteherwahl nicht mehr einheitlich abgestimmt wird. Andererseits sind aber auch die Amtsvertreter zu nennen, die durch Verlassen der Sitzung erreichen, dass sie doch angemessen im Steuerausschuss beim Finanzamt Wiedenbrück vertreten sind. Auch die Eltern in Sende wissen nach 1945 die neuen Formen der Demokratie in Form der Schulpflegschaft zu nutzen, um Veränderungen im Schulwesen herbeizuführen. Andererseits zeigt sich gerade am Anfang des Nationalsozialismus eine große Verlogenheit im Rat beim Umgang mit dem SPD-Mitglied Große, wie im Kapitel 6 berichtet. Hier zeigt sich, dass nicht alle Ratsmitglieder die demokratischen Strukturen für demokratische Ziele nutzten.

Als letzte Frage bleibt die nach dem Demokratieverständnis von Großerüschkamp und nach dem, was ihn über so lange Zeit erfolgreich macht, zu beantworten. Er hat offensichtlich gerade in den 1920er Jahren verstanden, was auf Grund der heterogenen politischen Struktur in Sende zu tun war, nämlich für Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen zu sorgen (siehe Kapitel 4). Weiterhin war ihm der belastbare Kompromiss als unerlässliches Instrument zum Funktionieren der Demokratie sehr wichtig, wie er deutlich bei der Verabschiedung des Amtsdirektors Dr. Gärtner 1961 betont (siehe Kapitel 9). Auch scheute er nach 1945 nicht, selbst unter Beteiligung aller Ratsparteien mit Bürgern Kompromisse auszuhandeln. Damit hält er ein Stück an der Vorsteherrolle aus der Weimarer Zeit fest, andererseits bedeutet dieses eine hohe Effizienz für die Bürger der Gemeinde. Gerade für seine Akzeptanz nach 1945 war es sicherlich sehr wichtig, dass er in der Zeit des Nationalsozialismus das richtige Maß zwischen Nähe und Distanz zum Nationalsozialismus gefunden hat. Einerseits ist er der Partei beigetreten, um nicht aus formalen Gründen seine Position zu verlieren, andererseits hat er sich durchaus mit erheblichem Risiko widersetzt, wie wir am Beispiel seiner Abreise aus Porta gesehen haben. Insgesamt war er sicherlich kein Demokratie-Theoretiker, aber ein Demokratie-Praktiker. Und das dürfte es sein, was ihn letztlich für die Bürger vor Ort in seinem Wirken erfolgreich gemacht hat.

Wenn wir heute auf die betrachtete Zeit zurückschauen, so ist festzustellen, dass die Entwicklung der Demokratie in einer Landgemeinde wie Sende sicherlich nicht geradlinig verlief, sondern dass alle Beteiligten immer wieder lernen mussten, wie mit den jeweiligen Gegebenheiten umzugehen war. Also: Demokratie, ein ständiger Auftrag und Lernprozess!



Der Autor dankt an dieser Stelle besonders der Seminarleiterin, Frau Dr. Jüttemann, die durch ihre vielen Anregungen und durch ihre gute Motivation zum Gelingen der Arbeit auch in der Corona-Zeit beigetragen hat. Weiterhin gilt der besondere Dank Frau Annette Huss, Archivarin im Stadtarchiv Verl, die keine Mühe gescheut hat, die erforderlichen Akten bereitzustellen, und den Seminarkollegen, die durch ihre klugen Anregungen zum Gelingen beigetragen haben.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### 1. Primärquellen

#### Archivalien:

##### *Stadtarchiv Verl*

- B 93 Wahlen und Einführung des Vorstehers und Stellvertreters zu Sende
- C 54 Die Wahl und Amtsführung der Amtsbeigeordneten und Verordneten.
- D 1051 Mitglieder der Gemeindevertretungen 1945-1985.
- D 1540 Personalakte Bürgermeister Großerüschkamp, Sende.
- D 1700 Ordensakte.
- PB A 2 Protokollbuch der Amtsvertretung Verl 1898 – 1921.
- PB A 3 Protokollbuch der Amtsvertretung Verl 1821 – 1947.
- PB A 4 Protokollbuch der Amtsvertretung Verl 1939 – 1964.
- PB A 20 Protokollbuch der Gemeindevertretung Sende 1911 – 1920.
- PB A 21 Protokollbuch der Gemeindevertretung Sende 1920 – 1937.
- PB A 22 Protokollbuch der Gemeindevertretung Sende 1937 – 1939, 1945 – 1947.
- PB A 23 Protokollbuch der Gemeindevertretung Sende 1939 – 1961.
- PB A 25 Protokollbuch der Gemeindevertretung Sende 1961 – 1964.

#### Kleine Erwerbungen

- 52, Freise, Josef: Verl von A – Z. Ein Lexikon
- 3, Großerüschkamp, Johannes: Rüschkamp Großerüschkamp Hofbesitzer in Sende 1662 – 1999, Verl, 1999.

#### Zeitgeschichtliche Sammlung

- Freise, Josef: Wahlen im Amt Verl 1919 – 1969
- Porträt Amtsbürgermeister, Amtsdirektor Dr. Paul Gärtner.
- Frauenwahlrecht
  - Bekanntmachung der Wahlvorschläge für die am 2. März 1919 stattfindenden Wahlen für die Gemeindevertreter im Amt Verl, in: Die Glocke – Beckumer Volkszeitung, Warendorfer Tageblatt, Wiedenbrücker Zeitung, 20. 02.1919.
  - Ergebnis der Gemeinderatswahl in Sende am 2. März 1919, in: Die Glocke – Beckumer Volkszeitung, Warendorfer Tageblatt, Wiedenbrücker Zeitung, 10. 03.1919.

*Kreisarchiv Gütersloh*

- Bestand A 02/02a-152: Wahl der Gemeindevorsteher und Gemeindeverordneten 1893-1934
- Bestand A 02/02a-153: Wahl der Gemeindevorsteher und Gemeindeverordneten im Amt Verl (1909-1934)

*Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland*

- Bestand NW 1071 Nr. 1331, Johann Großrüschkamp Entnazifizierung.
- Bestand NW 1037-BV Nr. 3129, Johann Großrüschkamp Entnazifizierung Berufung.
- Bestand NW O Nr. 6259 Johann Großrüschkamp Ordensakte

*Bundesarchiv Berlin*

- Bundesarchiv/Krankenbuchlager B 578/13172.

*Zeitungs- und Pressearchiv der Landes- und Universitätsbibliothek Münster*

Signatur YA 94

- Verl. Die Wahlkarteien für die Kommunalwahlen, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 232, 8.10.1952.
- Versammlungen der Schulgemeinde Sende-Elbracht, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 293, 19.12.1952
- Sozialreform überwindet den Kommunismus, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 43, 20. Februar 1956.
- Verler Amtshaus soll ausgebaut werden, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 27, 1. 2.1957.
- Debatte über Amtsneubau endet mit Mißklang, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 33, 8./9.2.1958.
- Liemke lehnt Beteiligung an erhöhter Amtsumlage ab, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 34, 10.2.1958.
- Erweiterungsbau für das Amt Verl endgültig beschlossen, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 110, 13. 5 1958.
- Startschuß für Erweiterung des Amtshauses in Verl, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 193, 22.8.1958.

- MEINUNGSAUSTAUSCH Was sagen die Bürger von Sende zur Zerschlagung (Aufteilung) ihrer Heimatgemeinde?, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 205, 5.9.1958.
- Verler Verwaltungsbau gedieh bis zum Dachfirst, in Verl, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 269, 21. 12.1958.
- Wenn Bauabnahmen, dann auch Genehmigungen, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 203, 3.9.1959.
- Verler Amtshaus finanziell fast schon „vergessen“, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 42, 19.2.1959.
- Neuer Amtsdirektor Dr. Hans Georg Klose, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 186, 12.8.1960.
- Wohl der Menschen heute beste Richtschnur für Amtsdirektor, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, Nr. 27, 1.2.1961.
- Volle Einmütigkeit in der Verler Amtsversammlung, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 103, 4. Mai 1961.
- Ein Ersatz für drei kleine Schulen, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 44, 21. Februar 1963.
- Bundesorden für verdiente Kommunalpolitiker, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, Nr. 130, 7. Juni 1963.
- Schon mit 30 Jahren Bürgermeister von Sende, Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, xxx, 28. Juli 1964.
- Rat der Gemeinde Sende beschloß: Bürgermeister Großrüschkamp Altbürgermeister, Die Glocke - Gütersloher Volkszeitung, , 22.9.1964.
- Jahrzehnte widmete er sich dem Allgemeinwohl, in: Die Glocke – Gütersloher Volkszeitung, 28.07.1969.

#### Signatur YA 444

- Johann Großrüschkamp gewählt, Gütersloher Zeitung – Tageblatt für Gütersloh u. die Nachbargemeinden, Nr. 274, 25.11.1952

#### Gedruckte Quellen

- Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Westf.): Die soziale und ökonomische Struktur des Raumes Wiedenbrück – Nordost, Münster (Westf.), 1959.

- Gesetz betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts, Preußische Gesetzsammlung Nr. 33, Jahrgang 1919, S. 117-125.
- Der große Mahner, Westfälische Nachrichten, Nr. 205, 3. September 2021

### Quellen im Internet

- Gesetz zur Neugliederung des Kreises Wiedenbrück und von Teilen des Kreises Bielefeld,  
[https://recht.nrw.de/lmi/owa/br\\_bes\\_text?sg=2&menu=0&bes\\_id=4044&aufgehoben=N&anw\\_nr=2](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?sg=2&menu=0&bes_id=4044&aufgehoben=N&anw_nr=2) (Zugriff vom 30.11.2020).
- Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856,  
<http://www.verfassungen.de/nrw/westfalen/> (Zugriff vom 22.12.2020).
- Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923,  
<http://www.verfassungen.de/preussen/gesetze/gemeindewahlgesetz1923.htm> (Zugriff vom 30.12.2020).
- Kontrollratsdirektive Nr. 24 - Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen vom 12. Januar 1946, <http://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm> (Zugriff vom 28.03.2021).
- Reichsverfassung, Internet <https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsverfassung> (Zugriff vom 11.1.2021).
- SA-Fahnenweihe in Eckardtsheim, in: Aufwärts 109, 11. Mai 1933, [www.zeitpunkt.nrw](http://www.zeitpunkt.nrw) (Zugriff vom 11.03.2021).
- <https://www.senden-westfalen.de/de/startseite> (Zugriff 18.01.2021).
- Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen fast unverändert, in: Die Glocke – Beckumer Volkszeitung, Warendorfer Tageblatt, Wiedenbrücker Zeitung 177, 03.08.1933, Internet [www.zeitpunkt.nrw](http://www.zeitpunkt.nrw) (Zugriff am 11.03.2021).

## 2. Sekundärliteratur

### Gedruckte Literatur

- Adämmer, Friedrich, Graffunder, Udo: VERL, eine Gemeinde mit Zukunft, Gütersloh, 1978.
- Benad, Matthias; Schmuhl, Hans-Walter: Einleitung, in Benad, Matthias u. a. (Hgg.): Bethel -Eckardtsheim, Stuttgart, 2006, S. 19-35.

- Christophliemke J. u. W. (Hgg.): 100 Jahre St. Heinrich Sende 1904 – 2004, Festschrift zum Weihejubiläum, Schloß Holte-Stukenbrock, 2004.
- Enderling, Günter (Hg.): Gemeindeordnung und Amtsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, Stuttgart, 1961.
- Freitag, Werner: Amtmann und Dorfgesellschaft in Westfalen um 1900, in: Westfälische Zeitschrift 169, 2019, S. 75 -96.
- Hoffmann, Karl Otto: Das Ende des Zweiten Weltkrieges im Kreis Gütersloh, Heimat-Jahrbuch Kreis Gütersloh, 1986, S.124-125.
- Huss, Annette: „Kommunalpolitiker mit Talent und Profil“, Neue Westfälische, 1./2.4.2017.
- Huss, Annette: Über das Frauenwahlrecht im Amt Verl, Heimat-Jahrbuch Kreis Gütersloh, 2020, S. 20 - 25
- Kröning, Annette: „Bevölkerung mit agilem, lebhaftem Charakter“, Heimat-Jahrbuch Kreis Gütersloh, 2020, S.26 – 35.
- Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe (Hg.): Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe -Entwicklung und Aufgaben der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Münster, 1960.
- Lesch, Wolfgang: Die Verwaltung der Provinz Westfalen, 1815 – 1945, Struktur und Organisation, Münster, 1993.
- Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten, Göttingen, 2020.
- Obama, Barack: Ein verheißenes Land, München, 2020.
- Othengrafen, Ralf: „Neues politisches Leben auf breitester demokratischer Grundlage“: Kreistag und Gemeindevertretungen nach 1945, Heimatjahrbuch Kreis Gütersloh, 2016, S. 44-50.
- Pollklas, Martin: Der Kreis Wiedenbrück 1933-1936 – in den geheimen Berichten des Landrates, Bielefeld, 2002.
- Reininghaus, Wilfried: „Darum wählt!“ Die ersten demokratischen Kommunalwahlen in Westfalen und Lippe 1919, Münster, 2019.
- Renk, Heinz, Dr. Sagebiel, Martin: Monographie des Kreises Wiedenbrück- Männer der Verwaltung 1816 – 1974 von Schele bis Scheele, Gütersloh 1972.
- Stadt Verl (Hg): Bewahren der Erinnerung, Kriegs- und Nachkriegsgeschichte in Verl und Umgebung, Ein Zeitzeugenprojekt der Stadt Verl in Zusammenarbeit mit dem Heimatverein Verl und der Historikerin Dr. Katja Kosubek, Verl, 2020.
- Stammen, Theo: Die Erneuerung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland nach 1945, in: Rausch, Heinz u. a. (Hgg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, München, 1977, S. 10-32.
- Türpitz, Helmut, Schmuhl, Hans-Walter: Von der Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf in der Senne zur Zweiganstalt Eckardsheim (1882 bis 1914), in: Benad, Matthias u. a. (Hgg.): Bethel -Eckardsheim, Stuttgart, 2006, S. 428-437.

**Literatur im Internet:**

- Abschied vom Familienbetrieb nach 50 Jahren, in: Die Glocke online, 19.12.2015, <https://www.die-glocke.de/lokalnachrichten/kreisguetersloh/verl/Abschied-vom-Familienbetrieb-nach-50-Jahren-9f2f55a3-8984-4d4b-b25c-e36a466ce8be-ds> (Zugriff 16.02.2021)
- Albers, Helene: Die stille Revolution auf dem Lande Landwirtschaft und Landwirtschaftskammer in Westfalen-Lippe 1899-1999, <https://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/landentwicklung/kulturlandschaft/pdf/stillerevolution.pdf> , S. 45 (Zugriff 17.03.2021).
- Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/uspdp.html> (Zugriff vom 1. Juli 2021).
- Huss, Annette: „Amtsvertretung beschloß Wichtiges“ Im Juli 1965 stellte das Amt einen Baurat ein, [https://www.verl.de/fileadmin/user\\_upload/PDF/Stadtgeschichte/Verl\\_in\\_den\\_1960er\\_Jahren\\_-\\_1965.pdf](https://www.verl.de/fileadmin/user_upload/PDF/Stadtgeschichte/Verl_in_den_1960er_Jahren_-_1965.pdf) (Zugriff am 13.1.2021).
- Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, [https://de.wikipedia.org/wiki/Verdienstorden\\_der\\_Bundesrepublik\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Verdienstorden_der_Bundesrepublik_Deutschland) (Zugriff vom 06.01.2021).